

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 14.

Freitag, den 17. Januar 1913.

20. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“

Zur politischen Lage in Spanien.

Als der spanische Ministerpräsident Canalejas vor zwei Monaten ermordet wurde, schien der Ausbruch einer Krise in der herrschenden liberalen Partei unvermeidlich. Canalejas war es in der letzten Zeit gelungen, sich zum wirklichen Führer der Demokraten und Liberalen zu machen und sein plötzlicher Tod konnte leicht die alten Gegensätze innerhalb der liberalen Partei wieder lebendig werden lassen. Darauf rechneten die Konservativen, denen das Ministerium Canalejas schon viel zu lange gedauert hatte. Auf Grund des seit einem Jahrhundert in Spanien üblichen Rotationsystems, nach dem in gewissen Zeitabschnitten die Konservativen und die Liberalen abwechselnd an die Regierung kommen, hielten es die Anhänger des früheren konservativen Ministerpräsidenten Maura für selbstverständlich, daß nun sie wieder zur Bildung des Ministeriums berufen würden. Die Konservativen erlitten die erste Niederlage, als Alphons der Dreizehnte den liberalen Kammerpräsidenten Graf de Romanones zum Ministerpräsidenten machte. Gereizt durch diese Beschränkung am Rotationsystem, kündigte die konservative Presse nun erst recht an, daß vom ersten Januar ab die Konservativen wieder die Herren sein würden. Die sozialistische und die republikanische Presse blieb die Antwort darauf nicht schuldig. Ohne ihre Oppositionsstellung gegenüber dem liberal-monarchistischen Ministerium aufzugeben, erklärte sie, daß das Volk vor keinem Mittel zurückschrecken dürfe, um die Wiederkehr Mauras, der die Erschießung Ferrers befohlen hatte, zu verhindern. In großen öffentlichen Versammlungen, die in der Hauptstadt Madrid und in der Provinz stattfanden, betonten Genosse Pablo Iglesias und republikanische Führer, wie Melquiades Alvarez, und Sorriano, daß eine Brufung Mauras die Revolution zur Folge haben konnte.

Ob sie damit nicht zu viel prophezeiten, läßt sich einstweilen nicht kontrollieren: Aber Alphons der Dreizehnte hat sich die Mahnungen zu Herzen genommen. Als der Graf Romanones ihm zu Ende des Jahres 1912 die Vertrauensfrage stellte, löste der König die „Krise“ dadurch, daß er Romanones beauftragte, auf seinem Posten zu bleiben: und zwar trat er diese Entscheidung, ohne den konservativen Führer Maura zu Rate zu ziehen, wie es bis dahin Brauch war. Diese völlige Ausschaltung brachte den ehemaligen konservativen Ministerpräsidenten in eine furchtbare Wut, der er dadurch einen demonstrativen und theatralischen Ausdruck verlieh, daß er seinen Posten als Abgeordneter und Führer der konservativen Partei niederlegte. Diese Aufregung, in welche die politischen Parteien durch diese Demission versetzt wurden, ist begreiflich, wenn man sich erinnert, welche Rolle Maura seit Jahren in der spanischen Politik spielt. Niemand bestreitet ihm, daß er ein außerordentlich befähigter Kopf ist, und die Konservativen wissen, daß sie in erster Linie Maura das Ansehen verdanken, in dem sie bei der Krone stehen, und daß nur Maura imstande ist, durch die Macht seiner Persönlichkeit die Gegensätze zu überbrücken, die sich auch unter den Konservativen immer schärfer ausbilden. Den monarchistischen Liberalen konnte die Demission Mauras ebenfalls nicht angenehm sein, denn sie bedeutet nicht einen liberalen, sondern einen Sieg der Republikaner und Sozialisten. Und da die politische Tätigkeit der Liberalen sich von der Aktion der Konservativen nicht so stark unterscheidet, als es ihr „Programm“ vermuten lassen könnte, hat die liberale Partei gar kein Interesse daran, daß die Konservativen sich spalten oder einflusslos werden. In ihren Augen konnte nur die antimonarchistische Opposition dadurch gewinnen. Das erklärt die Audienz, die der liberale Ministerpräsident dem konservativen Führer Maura sofort nach dessen Demission beim König verschaffte — das erklärte die liebenswürdigen Worte, die der Graf von Romanones fand, indem er sagte, daß die Demission Mauras ihn eher traurig mache, als verblüffe.

Es gab nur sehr wenig Stimmen, die Mauras Demission für eine „Komödie“ erklärten . . . aber diese wenigen behielten recht. Als er genug Deputationen empfangen, genug Adressen erhalten, genug konservatives Lob gesammelt hatte, nahm Maura seine Demission als Abgeordneter und als Parteiführer rasch wieder zurück.

Heute ist nun wieder alles beim Alten: oder doch nicht. Alphons der Dreizehnte, der seit der portugiesischen Revolution in Angst um seine eigene Krone lebt, würde sich wohl morgen noch mehr als gestern hüten, Maura zur Kabinettsbildung zu berufen, wenn eine neue Krise ausbrechen sollte. Es hat sich gezeigt, daß

am Hof selbst eine Strömung entstanden ist, die vor den Folgen einer brutalen Unterdrückungspolitik, wie sie von Maura stets durchgeführt wurde, zurückschreckt.

Aber wird diese vorsichtige liberalisierende Politik die Monarchie in Spanien retten? Selbst die Monarchisten wagen es nicht, diese Frage allzu laut zu bejahen. Dabei läßt sich nicht einmal sagen, ob der König der liberalen Fahne treu bleibt, oder ob er bei der nächsten Gelegenheit wieder nach rechts fällt. Seine Mutter und seine Großmutter haben auch Anfälle von „Liberalismus“ gehabt: aber immer den Weg zu den Konservativen wieder zurückgefunden und zwar stets über die Kirche. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß kurz nach der jüngsten Krise der Posten des spanischen Gesandten am Vatikan, der unter Canalejas verwaist war, wieder besetzt werden sollte. Und es will nicht viel heißen, wenn Romanones ankündigt, daß die Besetzung des Gesandtschaftspostens am päpstlichen Hofe keinerlei Einfluß haben würde auf die Kirchenpolitik des liberalen Ministeriums. Wie Canalejas wird sich wahrscheinlich Romanones bemühen, die Schwierigkeiten der „Mexikanischen Frage“ dadurch zu überwinden, daß er ihr aus dem Weg geht und am Besten nichts wesentliches ändert — dem Programm seiner Partei und seinen eigenen Versprechungen zum Trost.

Die Ansprüche der katholischen Kirche, die in Spanien auch von den liberalen Ministerien Unterjochung verlangt und erreicht, sind für die Krone am gefährlichsten. Romanones hat z. B. von jeher die Schulfrage als eine der brennendsten bezeichnet. Uebrigens mit Recht. Wie kann er jedoch die Vermehrung der Schulen und ihre „Befreiung“ durchführen, wenn er den Kampf gegen den Alerikalismus, der nichts mehr fürchtet als gute Schulen, nicht aufnimmt? Können die Liberalen den festen Willen haben, eine wirklich „liberale“ Politik zu machen, wenn sie die Ausschaltung eines Mauras aus der Politik bedauern?

Die Dinge in Spanien liegen heute so, daß die Konservativen sowohl als die Liberalen eine Revolution zwar für hinauschiebbar, aber für unvermeidlich halten. Große innerpolitische Kämpfe bereiten sich vor. Dadurch, daß Alphons der Dreizehnte das Ruder des Staateschiffes dem energielosen und korruptierten Liberalismus anvertraut, wird er das Volk nicht zur Ruhe bringen. Spanien braucht gründlichere Operationen, um seinen gesunden Körper von dem Ausatz der Korruption zu befreien, der heute an ihm frisst.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die sozialpolitische Debatte.

Wenn irgend etwas geeignet ist, die Berechtigung der sozialdemokratischen Kritik an dem Stillstand in der deutschen Sozialpolitik zu beweisen, so ist es die Ausführlichkeit dieser Generaldebatte über den Etat des Reichsamts des Innern. Die Fülle von Wünschen und Forderungen, die in jedem Jahre, und vielleicht mit besonderer Kraft gerade in diesem erhoben werden, zeigt, wie wichtig die Einwände der Regierung sind und wie künstlich die Argumente, mit denen die Konservativen namentlich die Verteidigung dieser Regierung übernehmen.

In der gestrigen Sitzung verteidigte zuerst der elsässische Zentrümmer Dr. Haegny seinen Freund Wetterle, der in den letzten Tagen wegen seiner Vorträge in Frankreich so lebhaft angegriffen worden ist. Herr Dr. Haegny nahm für seine Partei in Anspruch, daß sie entgegen allen Reuandgeklüften für die Annäherung von Frankreich und Deutschland wirke und er stellte im übrigen die sicherlich berechtigte Forderung auf, daß man auch über Herrn Wetterle nicht urteilen solle, bevor der Text seiner Rede vorliege.

Dann kam Genosse Hoch zu Wort, der in einer längeren Rede die Sozialpolitik des Deutschen Reichs mit einer scharfen und erschöpfenden Charakteristik bedachte. Unserem Genossen kommt seine vorzügliche Sachkenntnis ausgezeichnet zustatten, und seine scharf pointierte Rede war in der Tat eine überaus wichtige Anklage gegen die Regierung und die sie stützenden bürgerlichen Parteien. — Die Arbeiterschutzpolitik und alle sogenannten Mittelstandsbestrebungen behandelte er im Gesichtswinkel echter sozialer Politik. Aus dem reichen Inhalt seiner Darlegungen sei ein Moment hervorgehoben, das auch für die politische Machtverteilung in Deutschland überaus kennzeichnend ist und den Eindruck verstärken muß, den neulich schon die Mitteilung des Genossen Fischer erweckte: vor wenigen Tagen erst klagte der Staatssekretär in der Budgetkommission, daß Preußen soviel verdrücke! Dagegen versuchte sich der Staatssekretär in gewundenen Erklärungen zu wehren, die er allerdings bald verließ, um über die Arbeitsstellung im Bundesrat ein längeres Exposé zu halten. Den Wunsch

unseres Redners nach Gestaltung eines einheitlichen Arbeiterrechts mußte auch er als berechtigt anerkennen. Der Zentrumsmann Dr. Pieper suchte dann, ohne große Aufmerksamkeit zu finden, die sozialpolitischen Interessen des Zentrums nachzuweisen. Ebensoviel Gehör fand der Nationalliberale Lügell, der eine der üblichen Mittelstandsreden hielt. Das „Ohr des Hauses“ fand erst Herr Dr. Vertel wieder, von dem man auf Grund alter Gewohnheit schon erwarten darf, daß er seine Begabung als Wigmacher zur Freude aller Abgeordneten und Zuhörer wirken läßt. Gestern gabs manche Enttäuschung. Herr Dr. Vertel, dessen gut gespieltes Siedermeierium ja immer verziehen konnte, bequillte sich mit mehr oder weniger flachen Scherzen, die er vorzugsweise an die Sozialdemokraten verschickte. Er bedachte unseren Genossen Hoch, und benützte den Fall Wetterle, um sich bei unserem Genossen Dr. Weill nach seiner Beschäftigung als Korrespondent der „Humanität“, dem sozialdemokratischen Zentralorgan Frankreichs zu erkundigen. Herr Dr. Vertel scheint diese Tätigkeit beinahe hochverräterisch zu finden. Unser Genosse antwortete ihm in einer persönlichen Bemerkung, daß er auch in Zukunft Mitarbeiter des Blattes bleiben werde, das seit jeher eine Politik der Verständigung und Versöhnung zwischen den beiden großen Nationen verfolgt.

Die Generaldebatte wird vermutlich heute zu Ende geführt werden.

Freisinn und Landtagswahlen.

Die Fortschrittliche Volkspartei denkt nicht daran, bei den nächsten Landtagswahlen in Preußen in erster Linie mit den Freunden einer energischen Wahlrechtsbewegung zusammenzugehen. So schreibt das Hauptorgan der ostpreussischen Fortschrittler, die „Hartungische Zeitung“ in Nr. 21:

„Die Fortschrittliche Volkspartei kann sich nicht den Luxus erlauben, in radikalen Forderungen zu schwelgen. Sie muß als liberale Partei in erster Reihe darauf bedacht sein, mit der nationalliberalen Partei eine möglichst geschlossene Kampfeslinie aufzustellen. Sie kann bei ihrer Stellung zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten nicht einfach Vereinbarungen mit der Sozialdemokratie treffen. Für die Sozialdemokratie liegen die Verhältnisse bei den preussischen Landtagswahlen fast überall gleich. Für die Fortschrittliche Volkspartei dagegen sind die Verhältnisse in den einzelnen Gebieten durchaus verschieden. Sie ist namentlich auch dort, wo gemeinsame Wahlmänner mit den Nationalliberalen aufgestellt werden, gar nicht in der Lage, diese zu bindenden Verpflichtungen in bezug auf das Eintreten für die Sozialdemokratie zu veranlassen. Das darf nicht vergessen werden.“

Das ist eine entschiedene Abjage des Freisinnns an die Sozialdemokratie. Von einem Kampfe für das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Preußen ist unter diesen Umständen beim Freisinn nicht mehr die Rede.

Politische Kinderbewahranstalt.

Die Fürsorge der preussischen Eisenbahnverwaltung für die Angestellten und Arbeiter ist grenzenlos. Sie gänzelt die Leute, als seien es vorzuschulpflichtige Kinder. Welchen Vereinen ein Eisenbahner angehört, welche Versammlungen er besucht darf, das setzt eine hohe Dienstbehörde fest. Sie schreibt auch vor, wo die Frau des Eisenbahners ihr halbes Pfund Kaffee nicht einkaufen darf. Eine ostelbische Eisenbahndirektion, es war wohl die zu Bromberg, hat jüngst gar verordnet, daß der Gebrauch der polnischen Sprache den Eisenbahnern bei Strafe verboten ist; allen Untergebenen Breitenbachs wird zur Pflicht gemacht, Uebertretungen des Verbots zu denunzieren.

Den jüngsten Beitrag zum Kapitel: Kindererziehung in Staatsbetrieben, hat die Eisenbahndirektion in Frankfurt a. M. beigegeben. Sie erließ einen Ukas an sämtliche Lemter und Bedienstete, in dem die Vorstände der Orts-, Bezirks- und Hauptvorstände der Fachvereine der Eisenbahnbeamten angewiesen werden, die Tagesordnungen ihrer Vereinsversammlungen 14 Tage vor dem Versammlungstage auf dem Dienstwege der Direktion einzureichen. Die Tagesordnungen müssen alle in der betr. Versammlung zur Besprechung und Beschlussfassung gelangenden Punkte derart enthalten, daß der Gegenstand und Zweck der Versammlung zweifelsfrei erkannt werden kann. So sollen Tagesordnungspunkte, wie z. B. „Anträge der Mitglieder“ oder „Sonstiges“, „Diskussion“ und „Verschiedenes“ unzulässig sein. Die Eisenbahndirektion erklärt ausdrücklich, daß sie Wert auf die Mitteilung der Tagesordnungen lege und bestimmt erwarte, daß ihre Anweisungen von den Vorständen beachtet werden.

So wird auf Schritt und Tritt der brave preussische Eisenbahner gegängelt. Wie lange wird noch dieses System, das bereits greisenhaft kindisch wird, bestehen bleiben?

Die Lage der Beamten und der preussische Landtag.

Am Donnerstag hatte das Dreiklassenhaus eine Beamtendebatte. Es wurden verschiedene Petitionen von Postbeamten und anderen Unterbeamten beraten, in denen nicht nur die alten Forderungen auf Beseitigung der Arreststrafen und der geheimen Personalakten erhoben waren, sondern auch die Abschaffung verschiedener Schädigungen verlangt wurde, die den Unterbeamten durch die Beförderungsordnung zugefügt worden sind. Bekanntlich hatte vor einigen Wochen der Zentrumsausschuss eine Petition gegen unsere Genossen den Vorwurf erhoben, daß sie bei der Beamtenbeförderungsordnung in der ersten Lesung keine Anträge gestellt und dadurch bewiesen hätten, daß es ihnen nicht um eine wirkliche Verbesserung der Lage der Unterbeamten zu tun gewesen sei. Damals war in unsern Genossen keine gründliche Antwort möglich; Ströbel hatte dies am Donnerstag nach. Er wies scharfsinnig nach, daß das Zentrum sogar die liberalen Anträge abgelehnt hatte, für die sich unsere Genossen eingesetzt hatten, um nicht durch die Stellung eigener Anträge den Vorwurf der Verlangsamung der Beratung usw. auf sich zu laden. Daraus ergibt sich, daß das Zentrum sozialdemokratische Anträge erst recht abgelehnt haben würde. Unser Redner konnte aber auch nachweisen, daß das Zentrum im Reichstag für die Reichsbeamten gewisse Gehaltsätze einkippen ließ, die es für gleichgestellte preussische Beamte als undurchführbar und dergleichen mehr bekämpft hatte. Endlich widerlegte Ströbel auch noch die Behauptungen Barthscher, als ob es der Sozialdemokratie nur darum zu tun sei, durch die Stellung unerfüllbarer Anträge die bürgerlichen Parteien zu überirritieren. Wenn Barthscher sich auch auf eine aus dem Zusammenhang herauskittierte Äußerung Babels auf dem Erfurter Parteitag berufen hatte, so wies Ströbel aus dem Zusammenhang der damaligen Parteitagungsverhandlungen nach, wie völlig unbedeutend eine solche Deutung der Babelschen Ausführungen ist. Unser Redner unterließ auch nicht, den Verrat des Zentrums bei der Abstimmung über den Wahlrechtsantrag nochmals heranzuziehen und so gestaltete sich die von Herrn Barthscher provozierte Auseinandersetzung zu einer bösen Niederlage der Sozialdemokratie.

Eine ganze Reihe von Rednern trat dann auf, um gegen Ströbels Ausführungen zu polemisieren. Es wurde dabei insbesondere von wohlhabenden Reichsverbandsmitgliedern reichlicher Gebrauch gemacht. Schließlich aber schritt man unseren Genossen zur Erwidrung des Wortes, obgleich Gen. Liebknecht sich in zuvorkommender Weise hatte von der Rednertribüne zurückziehen lassen, auf der er den Platz vor Barthscher gehabt hatte, um eben Ströbel eine Erwiderung zu ermöglichen. Unsere Genossen geißelten diesen heillosen charakteristischen Verhalten mit verheerender Schärfe. Die Petitionen selbst wurden zum Teil zur Berücksichtigung, zum Teil zur Erwägung überwiesen. Über einen Teil der Forderungen wurde auch zur Tagesordnung übergegangen.

Am Schluß der Sitzung wurde die bereits vor einigen Wochen besprochene Besprechung über die Anträge des sozialdemokratischen Reichstages vorbereitet; es sprach jedoch hierzu nur der nationalliberale Abg. Dr. Wendlandt, worauf sich das Haus auf Freitag vertagte.

Die Nationalliberalen protestieren.

In der „Nationalliberalen Korrespondenz“ wird folgende Erklärung veröffentlicht:

Außerhalb der nationalliberalen Partei stehende Freigänger und Persönlichkeiten haben in letzter Zeit an die nationalliberale Partei vielfache Ermahnungen und Befehle gerichtet, die auf eine Beeinflussung des Ergebnisses der bevorstehenden Verhandlungen des Zentralverbandes und der bei den kommenden Landtagswahlen zu befolgenden Politik abzielen.

Dem gegenüber stellen wir fest:

Die Nationalliberalen werden Angehörigen anderer politischer Parteien, mögen sie rechts oder links von den Nationalliberalen stehen, irgend welchen Einfluß auf ihre Entschlüsse nicht gewähren; sie werden in den bevorstehenden Verhandlungen ihre Beschlüsse lediglich in Übereinstimmung mit ihren übrigen Parteifreunden zu fassen wissen. Hierbei wird für sie ausschließlich das Interesse der nationalliberalen Partei, wie es in ihrem Programm und in ihren nationalen und liberalen Traditionen festgelegt ist, maßgebend bleiben.

Die Wahl Hauptis ungültig.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat am Donnerstag die Wahl des sozialdemokratischen Abgeordneten Haupt (Wahlkreis Verden) mit 10 gegen 4 Stimmen für ungültig erklärt. Zur Verhandlung stand noch ein einziger Punkt. Im Groß-Wahlkreis hat der als Wahlvorschlag vorgewiesene Amtsvorsteher seinen Nachfolger beantragt, Stimmscheitel für den konservativen Kandidaten handgreiflich heranzustellen, da angeblich gedruckte Zettel nicht genügend vorhanden waren. Die 40-50 geschriebenen Zettel bekam der Amtsdienst, der als konservativer Zettelbehalter tätig war und er soll nun besonders Arbeiter solche geschriebenen Zettel ausgehändigt haben. Nach Beratung der Wahlprüfungskommission lehnte der Wahlvorschlag ab, die Wahlurne zu öffnen, sodas die Wahlkommission ziemlich in derselben Reihenfolge wieder zum Vorschein kamen, wie sie eingeleitet wurden. Von den geschriebenen Stimmscheiteln waren 14 abgegeben worden. Nach einer einseitigen Debatte erklärte die Kommission das Verhalten des Wahlvorschlags für unangehörig, lehnte es aber ab, daraus irgendwelche Schlussfolgerungen zu ziehen. Dem Abg. Haupt wurden aus den bereits früher ermittelten Wahlergebnissen 29 Stimmen abgerechnet. Damit hätte er die Stimmenmehrheit verloren und die Konvention zur Ungültigkeit der Wahl.

Im Wahlkreis Rastenburg i. Pr. wurde Abgeordneter Haase mit 1971 Stimmen gegen 1960 Stimmen gewählt. Gegen diese Wahl hat die Wahlprüfungskommission Protest eingelegt, weil er nicht in der Wahlurne stand. Da diese Wahlurne am Abend nicht mehr zu öffnen war, wurde die Wahl für ungültig erklärt. — In den letzten

findet sich auch der Entwurf der Benachrichtigung an den Genossen Haase, in der ihm der Wahlkommissar, der Königsberger Polizeipräsident, mitteilt, daß er gewählt sei. Der Verfasser des Schriftstücks hatte geschrieben: „Ew. Hochwohlgeboren teile ich mit“ usw. Der Polizeipräsident strich diesen Satz durch und korrigierte dafür hinein: „Ich teile Ihnen mit“ usw. In dem Schriftstück stand auch das Wort „ergeben“; dieses Wort ist durch strichen worden. — Diese Kleinlichkeit eines hohen Beamten wird nicht verfehlt, die gebührende Heiterkeit auszulösen. An der Tatsache, daß Genosse Haase gewählt war, konnte der Polizeipräsident, sicher zu seinem größten Bedauern, freilich nichts ändern.

Der Nachfolger.

Halbamtlich wird mitgeteilt, daß für den Botschafterposten in Rom als Nachfolger des Staatssekretärs von Jagow der Gesandte in Darmstadt, Freiherr von Senisch, in Aussicht genommen ist.

Postagenten.

Der Reichstag hat im vorigen Jahr einer Resolution zugestimmt, die den Reichskanzler ersucht, erneut Erwägungen über die Errichtung einer Pensionskasse für Postagenten anzustellen und das Ergebnis der Erhebungen dem Reichstage in einer Denkschrift mitzuteilen. Diese Denkschrift ist dem Reichstag zugegangen und die Reichspostverwaltung kommt zu dem Schluß, daß eine Pensionskasse nicht errichtet werden kann. In der Denkschrift wird zunächst die historische Entwicklung des Systems der Postagenturen dargestellt. Der große Aufschwung des Wirtschaftslebens gegen Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts erzeugte das Bedürfnis nach einer beträchtlichen Vermehrung der Postanstalten auf dem platten Lande. Die Unterhaltung einer Postanstalt dritter Klasse erschien jedoch zu kostspielig, weshalb man eine neue Klasse, in Form der Postagenturen schuf. Diese Agenturen, die einen wesentlich vereinfachten Dienst haben, sind eigentlich nur Zweigstellen der nächstliegenden Postämter. Solche Postagenturen gibt es gegenwärtig 10.406, von denen aber nur 200 ohne Telegraphenbetrieb sind. Wenn der Verkehr bei den Agenturen eine gewisse Höhe erreicht hat, dann werden sie in Postämter dritter Klasse umgewandelt und mit postfachlich ausgebildeten Beamtenpersonal besetzt. Die Postagenten sind auf dreimonatliche Kündigung angestellt und können etatsmäßige Beamte nicht werden. Unter den jetzt vorhandenen Postagenten befinden sich 1623 Beamte und Lehrer, 381 im Ruhestand befindliche Beamte, 640 Privatiers, 1365 Kaufleute, 1709 Gastwirte, 1386 Handwerker, 1761 Landwirte und 1561 Personen anderer Stände.

Diese Postagenten erhalten eine feste Vergütung, die sich nach dem Umfange der Agentur richtet, ferner erhalten sie den Aufwand an Dienstkosten ersetzt. Die höchste Vergütung, die nun um 25 Mark jährlich erhöht werden soll, beträgt 1200 Mk.; bei Agenturen ohne Telegraphenbetrieb 900 Mk. pro Jahr. Im Durchschnitt bezieht sich die Vergütung auf 769 Mark. Die Reichspostverwaltung hält daran fest, daß die Tätigkeit eines Postagenten niemals seine volle Arbeitskraft in Anspruch nehme.

Die Postagenten wünschen nun beim Scheiden aus dem Dienst wegen Dienstunfähigkeit eine Pension und für ihre Hinterbliebenen eine Versorgung. Zu diesem Zweck wünschen sie die Gründung einer Kasse, der alle Postagenten beizutreten haben. Die Beiträge sollen je zur Hälfte von der Postverwaltung und den Versicherungen getragen werden. Die Bedürfnisfrage für die Mehrzahl der Postagenten wird von der Reichspostverwaltung verneint. Der Rest unterliegt zumeist der Alters- und Invalidenversicherung, ein anderer Teil ist in der Versicherung für Angestellte versichert. Die von der Postverwaltung für beide Versicherungen zu leistenden Beiträge beziffern sich auf 109.000 Mark pro Jahr. Außerdem wird erklärt, daß aus dem Dienst geschiedenen arbeitsunfähigen Postagenten schon jetzt einmalige oder laufende Unterstützungen gewährt werden. Aus allen diesen Gründen lehnt die Postverwaltung die Errichtung der gewünschten Pensionskasse ab — was übrigens bei dem höchst mangelhaft ausgebildeten sozialen Empfinden des Staatssekretärs Kraetke voranzusehen war.

Ein Verbot des Geheimhandels

Durch ein Reichsgesetz fordert eine Petition des Rastener und Hamburger Zigarrenhändlervereins. Die Petenten behaupten, daß durch Geheimhändler, die sie als Steuerdefraudanten bezeichnen, dem Händler und Kleingewerbetreibenden besonders im Zigarrenhandel großer Schaden zugefügt werde. Nach ihren Angaben beträgt der Umsatz des geheimen Tabakhandels jährlich mehrere Millionen Mark. Diese Händler befreien sich selbst von den Abgaben für Miete, Steuern, sozialen Lasten, und es müsse deshalb von Reich eingeschritten werden. Weiter fordert die Petition das Verbot des Zigarrenverkaufs durch Gastwirte, während der Stunden, in denen andere Geschäfte geschlossen halten müssen. Die Sozialdemokraten betonen, daß dem Geheimhandel sehr natürliche Grenzen gezogen sind; daß der gemeinsame Bezug von Zigarren durch Arbeiter oder Beamte aber Maßnahmen, wie die geforderten, nicht rechtfertigen. Ein Verbot oder die Einschränkung des Handels durch die Gastwirte aber würde höchstens den Gewerbetreibenden und kleinen Fabrikanten schädigen. — Mit großer Mehrheit beschloß die Petitionskommission gegen die Stimmen einiger Mittelstandsanhänger, dem Reichskanzler den ersten Teil der Petition zur Kenntnisnahme zu überweisen und über den zweiten Teil zur Tagesordnung überzugehen.

Zur preussischen Landtagswahl. Im Wahlkreis Götting-Lambach schlossen Nationalliberale und Freiwähler ein Wahlbündnis. Ein Kompromißvorschlag der Konvention, der jeder bürgerlichen Partei einen Abgeordneten zugesprochen wollte, wurde sowohl von den Nationalliberalen wie den Freiwählern abgelehnt.

Schweiz.

Gegen den Sozialmilitarismus. Die Schweiz entbehrt bis jetzt des Sozialmilitarismus, und man mußte

sich bei der eigenartigen Stellung, die das Land unter den europäischen Staaten einnimmt, in der Tat fragen, welchen Wert eine Luftschifferabteilung da haben könnte. Auch in jenem Teil der militärischen Kreise, der sich noch eine Dosis gesunden Menschenverstandes bewahrt, ist man von der Notwendigkeit der Militärluftschifflotte nicht überzeugt. Der Größenwahn ließ indes die Militärgewaltigen nicht schlafen. Vor einiger Zeit wurde eine Nationalversammlung einberufen, um freiwillige Beiträge für den hehren Zweck zu erhalten. Eine Schokoladenfabrik fand weiter, daß sich bei dieser Gelegenheit ein gutes Reflamégeschäft machen ließe, und sie schenkte dem Bund einen Aeroplan, dessen Kosten selbstverständlich aus dem Mehrwert bestritten worden sind, den die schlecht entlohnenden Schokoladenhersteller den Unternehmern herauswirtschafteten. Für das Frühjahr ist ein Bundeskredit angekündigt, da die freiwilligen Beiträge unserer Patrioten zur Installierung der Flotte nicht ausreichen dürften. Gegen dieses großwahnsinnige Treiben veröffentlicht die sozialdemokratische Parteileitung jedoch einen Aufruf. Der Aufruf verweist auf die bisherigen Militäraufgaben, die von Jahr zu Jahr immer weiter angewachsen sind, bezeichnet die neuesten Extravaganzen der Militaristen als eine blöde Nachäfferei militärischer Einrichtungen der Großmächte, führt die Konsequenzen des ersten Schrittes in der Frage der Luftschifferabteilung an und geißelt den Widersinn, daß alle Erfindungen und technischen Erzeugnisse in erster Linie in den Dienst des Militarismus gestellt werden, mit den Worten: „Ein Wunderwerk menschlichen Schöpfedranges und vorgeschrittener Technik, das zwar noch nicht aus dem Stadium des bloßen Versuches und rein sportlichen Nervenkitzels heraus ist, aber berufen schien, die Grenzen zu überbrücken, die Völker einander näher zu bringen und ihnen die drückenden Lasten militärischer Rüstungen von den wankenden Schultern zu nehmen, soll nun auch in der Schweiz, in unserem kleinen, um seine wirtschaftliche Existenz so schwer kämpfenden Lande offiziell in den Dienst des Molochs, des Militarismus gestellt werden.“

Frankreich.

Die Präsidentenwahl findet heute in Versailles statt. Die Republikaner treten diesmal nicht geschlossen auf, nachdem in der gestrigen Volksversammlung der Republikaner kein Kandidat die absolute Mehrheit errungen hat. Im dritten Wahlgang wurden von 748 Anwesenden 646 Stimmen abgegeben, sodas die Mehrheit 324 betrug. Es erhielten Pams 323 Stimmen, Poincare 309, Ribot 11, Delcasse 2 und Deschanel 1. Verschiedene Versuche, Poincare zum Rücktritt von der Kandidatur zu bewegen, scheiterten.

Balkan.

Die Kollektivnote der Mächte wird jedenfalls heute der türkischen Regierung überreicht werden, nachdem man sich über den endgültigen Wortlaut dieser Note geeinigt hat.

In Bulgarien rüft man sich bereits wieder zum Krieg. Das Blatt „Mir“ meldet: In dem gestern in Mustapha Pacha unter dem Vorsitz des Königs abgehaltenen Kriegsrat wurde beschlossen, die Kriegsoptionen wieder aufzunehmen, falls die Türkei nach der Demarche der Mächte und der Überreichung des Ultimatus der Balkanstaaten, die dieser Demarche folgen soll, sich nicht beeilen würde, unter den von den Verbündeten gestellten Bedingungen Frieden zu schließen.

Ein türkischer Handstreich. Aus Athen wird gemeldet: Dem türkischen Kreuzer „Medjidie“ ist es in der letzten Nacht gelungen, im Nebel unbemerkt die Linien der vor den Dardanelen kreuzenden griechischen Torpedobootszerstörer zu durchbrechen. Heute erschien der Kreuzer vor Syra und beschloß ohne Resultat das Pulvermagazin und das Kohlenlager sowie das Elektrizitätswerk, das beschädigt wurde. Der Hafen der Stadt konnte infolgedessen am Abend nicht beleuchtet werden. Auf den griechischen Hilfskreuzer „Makedonia“, der seit acht Tagen sich im Hafen befand, um Reparaturen am Stenerruder vornehmen zu lassen, wurden von dem „Medjidie“ 15 Schüsse abgegeben. Da der Kommandant der „Makedonia“ befürchtete, daß die Beschädigung großen Schaden anrichten würde, versenkte er provisorisch das Schiff im Hafen von Syra, wo es am Kai verblieb, nachdem die Mannschaft vorher ausgebootet war. Diese besetzte die Kais, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und verstärkte die Wachmannschaft bei den Gefangenen. Der „Medjidie“ verließ hierauf Syra und dampfte in der Richtung nach Kleinaien ab. Bei der Beschädigung der Kohlenlager sind ein Mann und eine Frau, die dort arbeiteten, getötet worden. Die übrige türkische Flotte hatte die Dardanelen nicht verlassen. — Die Insel Syra liegt inmitten der griechischen Rykladen-Inseln, die von Piräus, der Hafenstadt Athens, nur etwa 150 Kilometer entfernt sind.

England.

Die Homerule-Bill wurde in dritter Lesung mit 368 gegen 258 Stimmen unter ungeheurem Enthusiasmus der Ministerialen angenommen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 17. Januar.

Eine öffentliche Versammlung aller im Gastwirtsberuf beschäftigten Personen fand Mittwoch nacht im Gesellschaftshaus „Monopol“ statt. Die Tagesordnung lautete: Heraus mit dem wöchentlichen Ruhetag. Als Referent war der Kollege W. Steger aus Hamburg erschienen. In seinem einseitigen Referat schilderte der Redner die überaus traurige Lage der Gastwirtsangestellten. Nachdem in der Diskussion die folgenden Redner sich im Sinne des Referenten ausgesprochen hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung der Angestellten im Gastwirtsberuf nimmt mit Bedauern Kenntnis von der Tatsache, daß die beschiedenen Wünsche der gastwirtschaftlichen Angestellten, die in zahlreichen Eingaben den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet worden sind, eine Berücksichtigung noch immer nicht gefunden haben.“

Die Versammlung erwartet, daß die Ruhezeiten im Gastwirtsberuf durch Gesetz eine durchgreifende Regelung erfahren, wie das von der Reichsregierung bereits im Jahre 1891 in Aussicht gestellt worden ist.

Die im Gastwirtsberuf übliche, lang ausgeübte Arbeitszeit, die unter gesundheitlich höchst ungünstigen Bedingungen zu leisten ist, erfordert dringend das Eingreifen der Gesetzgebung. Die Versammlung schließt sich den von der gesamten Gehilfenchaft wiederholt aufgestellten Forderungen durchaus an. Es sind dies:

Festsetzung eines regelmäßig wöchentlich wiederkehrenden Ruhetages von 36 Stunden für die gesamte Gehilfenchaft.

Regelung der täglichen Arbeitszeit, entsprechend den im § 120 f der R.-G.-D. niedergelegten Mindestforderungen.

Die Versammlung erwartet mindestens, daß bis zum Erlaß eines Gesetzes die zurzeit geltenden Bestimmungen des Bundesrats vom 23. Januar 1902 auf das gesamte Personal ausgedehnt werden.

Zu bemerken ist noch, daß die Kollegen vom Deutschen Kellnerbund auf Befehl ihres Obersten der Versammlung fernbleiben mußten; wären dieselben gekommen, hätten sie ja auch Farbe bekennen müssen, und das ist diesen Leuten unangenehm. Man könnte sich dadurch ja auch das Wohlwollen der Arbeitgeber verschmerzen.

Der Verband der Gastwirtsgehilfen (Zweigverein Lübeck) hielt am Mittwoch, dem 15. Januar, seine Generalversammlung ab. Neu aufgenommen wurden in diesem Monat 6 Kollegen. Nachdem der Kartellbericht gegeben war, gab Kollege Knaack den Jahresbericht, aus dem zu entnehmen ist, daß die Ortsverwaltung im Laufe des verfloffenen Jahres 12 Mitgliederversammlungen, 2 außerordentliche und eine öffentliche Versammlung abgehalten hat. Ferner fanden 16 Vorstandssitzungen statt. Die gesamten Einnahmen betrugen 4207,16 Mk. An Unterstützungen wurden 610,70 Mk. gezahlt. Die Mitgliederzahl ist von 128 auf 138 gestiegen. Anstatt des Kollegen Fischborn, der seinen Posten gekündigt hat, ist Kollege Otto Kolb als Lokalbeamter gewählt. Weiter ist zu berichten, daß die Kollegen vom Cafe Hodermann eines Abends im August (wegen Unstimmigkeiten mit dem Geschäftsführer) die Arbeit niederlegten; die Sache wurde jedoch von unserem Vorstand geschlichtet und noch am selben Abend wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Mit dem Gewerkschaftshaus wurde ein neuer erheblich verbesserter Tarif abgeschlossen, der am 1. Oktober v. J. in Kraft trat. Bei der vorgenommenen Neuwahl wurden die Kollegen Knaack als 1. Vorz., W. Brandt als 2. Vorz., Fischborn als Kassierer und Otto Kolb als Schriftführer für das Jahr 1913 bestimmt.

b. Zweite Strafkammer am 17. Januar. Zu seinem alten „Handwerk“ zurückgekehrt ist der Landarbeiter K. aus Ostpreußen. Nachdem er zwei Jahre lang das Stehlen nachgelassen hatte oder wenigstens die nötige Vorsicht anwandte, um nicht erwischt zu werden, „arbeitete“ er im Oktober v. J. um so ungenierter. Zu Timendorfer Strand zog der Angeklagte ein Beil aus dem Hauklos, der in einem Wirtshofe stand, und nahm es mit. Am anderen Tage löste er den Kilt vom Kellerfenster eines unbewohnten Hauses im selben Ort, krieg hinein, eignete sich Spaten, Beil, Hacke und eine Bürste an. Die Gegenstände wurden ebenso verfilbert wie diejenigen, die K. aus einer Badehütte herausholte, in der er übernachtete: Decken, Kleider, Spiegel, Nähmaschinen, Badehöfen usw. Zu guter Letzt vollführte der Angeklagte noch einen vierten Diebstahl in Timendorfer Strand. Ehe er seinen Arbeitgeber verließ, standen ihm ein paar Stiefel im Wege. Damit marschierte K. nach Travemünde und von da nach Wismar. Sie waren ihm zu eng, deshalb wurden sie verknopft. Außer diesen vier Diebstählen steht der Angeklagte im Verdacht, noch weitere Orte heimgeführt zu haben. Die vier nachgewiesenen Diebstähle bringen ihn jetzt auf eine 2 1/2 Jahre in S. Z. u. Z. u. S. und nehmen ihm außerdem 5 Jahre die bürgerlichen Ehrenrechte. — In Rottbus stand die Wiege des jetzigen „Monarchen“ A., der in Ahrensbödt auf gewalttätige Weise ein paar derbe Halbstiefel kaufte. In der Herberge verkehrte die Dreifache und suchte möglichst rasch die paar verdienten Groschen wieder in Schnaps anzulegen. A. nahm beim Schnapstrinken seinem Kollegen die Stiefel weg und drohte ihm, beim geringsten Zucken mit dem Messer in die Kehle zu fahren. Der Angeklagte behauptet, die Stiefel für 1,50 Mark in bar und 1 Mark zu gemeinschaftlichem Getränk schon tags zuvor gekauft zu haben, und stellt das andere dem Gericht anheim. Während der Staatsanwalt den Angeklagten 8 Monate auf Staatskosten verpflegte wissen wollte, erkannte das Gericht auf Freispruch, weil nicht bestimmt nachgewiesen werden konnte, ob nicht tatsächlich am Abend vorher im Rausch etwas abgemacht worden sei. Nun wird sich die Frage darum drehen, wem die Stiefel gehören, die den Gerichtstisch zierten. Der als Zeuge erschienene Geschädigte hatte sie schon unterm Arm; mühte sie jedoch wieder zurückzubringen. Auch der Freigesprochene erhebt Anspruch darauf. Bei diesem Schneegestöber hätten die „dünnen Treter“ dem ersteren bessere Dienste getan als die pentoffelartigen Halbschuhe, mit denen er über Land gekommen war. Seine Freude war verflücht. — Ein Zigarrenhändler D., zurzeit in Sachsen, hatte nach Cuxin am 5. und 7. Juni Hamburger Lotterielose gesandt, und dadurch gegen das oldenburgische Lotterielosegesetz verstoßen. Die beiden Handlungen werden mit je 250 Mark Strafe belegt. Zwei Vergehen werden deshalb angenommen, weil die Kuverts verschiedene Daten enthielten. Würde an einem Tage ein größeres Paket mit Briefen abgefertigt, käme nur eine Handlung in Betracht.

Professor Dr. Benz, der verdienstvolle Leiter der naturhistorischen Abteilung unseres Museums, ist gestern infolge einer Lungenentzündung im Alter von 63 Jahren gestorben. Benz war Elementarlehrer, und wirkte als solcher zuletzt im Johannenum. Sein reiches Wissen, besonders auf naturwissenschaftlichem Gebiete, das in mehreren Werken seinen Ausdruck fand, brachte ihm die Verleihung des Doktorhutes und des Professorentitels.

Die Erhebung der Gebühr für Ein- und Ausreise von Schiffen beginnt mit dem 17. dieses Monats.

Die Straffahre ist eishalber nur während folgender Zeiten in Betrieb: Von 5 1/2 bis 8 1/2 Uhr morgens, von 10 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachmittags, von 3 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends.

Der Eise-Grave-Kanal ist eishalber für den Verkehr gesperrt.

Handelsregister. Am 16. Januar 1913 ist eingetragen 1. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Friedr. Bendfeldt, Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer S. F. Bendfeldt in Lübeck ist alleiniger Inhaber der Firma; 2. die Firma Alfred Bendfeldt, Lübeck: Inhaber: Kaufmann A. Bendfeldt in Lübeck.

Warnung vor Schwindelintendanten. In der bürgerlichen Presse, besonders auch in weitverbreiteten illustrierten Zeitschriften, erscheinen gegenwärtig wieder Inserate von F. Oberich, Postkartenverlag Hamburg, in denen demjenigen ein Album mit 300 Postkarten oder 30 Mark in bar versprochen wurde, der eine Aufgabe richtig löse und 1,05 Mark durch Beschwörung vorher einsandte. Auch in Lübeck haben Leute die Aufgabe gelöst und die 1,05 Mark dem Verlag geschickt, doch nichts erhalten. Sie sind also geprellt worden. Wohl wurden ihnen zunächst eine Anzahl Postkarten mit den

verschiedensten Ansichten übermittelt; später wurde ihnen dann mitgeteilt, daß auch noch andere Lösungen der Aufgabe, als die eingesandten, möglich wären; deshalb gäbe es nichts. Vorsichtigerweise wurde von Oberich selbst hinzugefügt, daß gerichtlich gegen das von der Firma beliebte Verfahren nichts zu machen sei. Zahlreichen anderen Personen wird es sicherlich ebenso gegangen sein. Unerhört ist es, daß solche Anzeigen überhaupt noch aufgenommen werden.

pb. Einbruchdiebstahl. In der Nacht vom 14./15. d. M. sind aus einem an der Geversdstraße gelegenen Schuhwarengeschäft mittels Einbruchs 4 Paar Herrenschuhe gestohlen worden.

pb. Falsches Geld. In letzter Zeit wurden häufig in hiesigen Geschäften falsche 5-Mark-Stücke in Zahlung gegeben. Die Falsifikate, die im allgemeinen ziemlich gut gemacht sind, tragen 1. das Bild Kaiser Wilhelms II. und die Jahreszahl 1903, 2. das Bildnis König Friedrich August von Sachsen und die Jahreszahl 1908. Am Rande fehlt die Inschrift. Es wird Vorsicht bei Vereinnahmung von 5-Mark-Stücken empfohlen.

pb. Verschwundener Handwagen. Am 16. ds. Mts. zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags ist in der Bedergrube ein blaugefarbener Handwagen abhanden gekommen und vermutlich von einem Unbefugten benutzt und irgendwo stehen gelassen worden.

pb. Entwendete Butter. Aus einem bei den Subbrücken stehenden Eisenbahnwagen ist in der Nacht zum 16. ds. Mts. ein Faß Butter im Gewicht von 65 Algr. abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. Eigentumsvergehen. Aus einem Schlafhause in der Kolonie Kücknitz sind in letzter Nacht 2 Paar Schnürstiefel, 1 blau kariertes Jackett, 1 ebensolche Weste, 1 dunkelgrüner Winterpaletot mit Sammettragen, einer Reihe Hornknöpfe und einem an der inneren Brusttafche eingesticktem Monogramm „A. B.“, sowie ein Portemonnaie mit 3,60 Mark gestohlen worden. In den Strümpfen des einen Paares Schnürstiefel befindet sich die Marke „Salamander“.

Sozialdemokrat ist nicht
der, welcher am Bierisch räsoniert,
sonst aber nichts tut, sondern
Sozialdemokrat ist nur
wer für die Arbeitersache täglich mit-
arbeitet, seiner Organisation
angehört, vor allem aber auch
das Parteiblatt liest.

Ein richtiger Sozialdemokrat begnügt
sich auch nicht damit, sein Parteiblatt zu
abonnieren, er wirkt täglich, fründlich auch
noch für dessen weitere Verbrei-
tung. Er wirbt und agitiert unab-
lässig für den
„Lübecker Volksboten“

Sausa-Theater. Man schreibt uns: Um Fertimer zu vermeiden, teilen wir dem Lübecker Publikum mit, daß die Schliersee (Dir. Meth) noch nicht in Lübeck aufgetreten sind. Die Schliersee bringen täglich neues Repertoire, dadurch ist eine Wiederholung ausgeschlossen.

Die abgetretene Frau. betitelt sich das neue Lustspiel, welches uns das Berliner Ensemble-Gastspiel heute, Freitag, im Stadttheater bringen wird. Überall war der Erfolg dieses tollen Schwanks ein außerordentlicher und hier dürfte selbst die „Sündenböcke“ in den Schatten gestellt werden durch das übermütige Stück.

Schlutup. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet am Sonnabend, dem 18. Januar abends von 5-7 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Saborowski, „Gasthof zur Linde“ statt.

w. Mülln. In der gestrigen Kollegiensitzung, welche wegen Erkrankung des Bürgermeisters vom Beigeordneten Könnig geleitet wurde, sprach der Vorsitzende nach Begrüßung der Stadtvertretung die Hoffnung aus, daß das neue Jahr ein Fortschreiten der die Stadt Mülln beschäftigenden Arbeiten, namentlich der Wasserleitung, Kanalisation und des Krankenhausbauens, bringen werde. Danach wäre, wenn man die Worte genau beachtet, mit der Fertigstellung dieser Arbeiten noch nicht zu rechnen. Armes Mülln. Der vor einiger Zeit wiedergewählte Stadtverordnete Botje wurde aufs neue verpflichtet; böse Zungen wollen behaupten, daß der Bürgermeister krank geworden sei, um dieser Neuverpflichtung Botjes aus dem Wege zu gehen, doch ist dies, wie gesagt, nur eine Behauptung böser Zungen. Die bestehenden Kommissionen wurden, bis auf unbedeutende Veränderungen, als wiedergewählt erklärt. Bezüglich des Wasserwerks wurden vom Ingenieur Marshall Mitteilungen wegen der Wassermesser gemacht und hervorgehoben, daß die Deutzer Motorenfabrik, die die Motoren für das Werk liefert, deren Abnahme wünsche; die Abnahme könne jedoch noch nicht erfolgen, weil der Wasserturn noch nicht fertig und die Rohre noch nicht überall verlegt seien. Die Fabrik, mit der man sich in Verbindung gesetzt, fordert eine prozentige Verzinsung der noch zu zahlenden 6000 Mark, sowie für den bei der Abnahme zu stellenden Monteur 150 Mark Reisegeld und Diäten. Beschlossen wurde, der Fabrik 3000 Mark auszus zahlen, die übrigen 3000 Mark mit 5 % zu verzinsen und für den Monteur 100 Mark Entschädigung zu bieten. Der zweite Brunnen wird in einigen Tagen fertig sein. Das Kanalisationsprojekt werde, sich in diesem Monat noch nicht fertigstellen lassen, es wird jedoch mit Eifer an demselben gearbeitet. Die Pumpstation für die Kanalisation komme beim Wasserturn. Beschlossen wurde ferner, die Stadt Mülln an das Leitungsnetz des Kreises Lauenburg anzuschließen — bekanntlich hat der Kreis den Anschluß an die Überlandzentrale beschlossen — und die Kosten der Errichtung des

Ortsnetzes durch Anleihe zu decken. In den Vertrag mit dem Kreis soll die Bestimmung aufgenommen werden, daß die Stadt nicht für immer an den Bezug von Strom durch den Kreis gebunden sein soll. Die Vergrößerung des Hafens wurde von der Tagesordnung abgesetzt, da die nötigen Unterlagen noch nicht beschafft sind. In geheimer Sitzung sollte dann noch über einen Antrag der hiesigen Lehrerschaft, betr. Erhöhung der Ortszulagen für dieselben, beraten werden.

Theater und Musik.

Hansa-Theater. Das Schliersee Bauerntheater, welches von Josef Meth geleitet wird, ist auf vierzehn Tage ins Hansa-Theater eingezogen, um dort eine Reihe von Volksstücken zur Aufführung zu bringen. In der Hauptsache sind es dramatisierte Ausschnitte aus dem Leben der oberbayerischen Bauern, die von den Schlierseern auf die Bühne gebracht werden. Aber dem Ganzen haftet ein starker Erdgeruch an; es ist alles kernfest und echt, sowohl die Charaktere als auch das Milieu, in dem diese gedeihen. Das getragene erste Gastspiel des Schliersee Bauerntheaters brachte das wirkungsvolle Volksstück „Aus der Art geschlagen“ von Weinold. Es handelt in erster Linie von der Intoleranz der katholischen Kirche gegen einen ihrer Diener, der eine freiere Auffassung von seinem Amt hat, als es allgemein üblich ist, der es nicht mit dem blinden Glauben, sondern mit dem Denken hält. Dieser junge aus der Art geschlagene Kaplan fällt der Niedertracht seines Amtsbruders und den Intrigen eines Schleichers von Lehrer zum Opfer, obwohl seine Gemeinde zu ihm hält. Nebenher läuft die Geschichte des ebenfalls aus der Art geschlagenen Lumpentoni, eines Mannes, den sein wildes, brutales Rechtsgefühl, das vor nichts zurückweicht, ins Unglück bringt. Der Schluß des Volksstückes hätte mehr angesprochen, wenn er nicht gar zu sehr sich eine gewisse moderne Schauerdramatik zum Vorbild genommen hätte. Immerhin hat Weinold hier eine durch verben Humor und zündenden Mutterwitz gewürzte Drama aus dem Volksleben geschrieben, das seiner starken Wirkung auf die Zuschauer sicher ist, wenn es so ausgezeichnet dargestellt wird, wie das gestern der Fall war. Diese Bauernkünstler erleben tatsächlich ihre Rollen; nirgends ist etwas Gemachtes zu finden. Ein Bild urwüchsiger Kraft hat Direktor Meth als Lumpentoni; er war echt in seiner Gutmütigkeit, Sarkastik und ausgestattet mit schlagendem Mutterwitz dem pfäffischen Intriganten gegenüber, dabei voll ungebändigter Wildheit. Ganz famos war sein humorvolles aber kultiviertes Gegenstück, der Maler Weiringer, von Seni Bradtröger gezeichnet. Die freigesinnteren Vertreter der Kirche wurden von Benno Mülln und Ludwig Beck, die intoleranteren von Willi Boß und Josef Schmidt sehr eindringlich gespielt. Auch die übrigen Mitwirkenden erwiesen sich ihren Aufgaben durchaus gewachsen. Reicher Beifall wurde den Schlierseern zuteil. Auch denen, die durch Schuhplattler und Zither vortrüge für interessante Abwechslung gesorgt hatten. Die Vorstellungen des Schliersee Bauerntheaters verdienen volle Häuser. P. L.

Literarisches.

Ein Bildungsproblem. Das billigste Literaturblatt seit der Erfindung der Buchdruckerkunst ist unstreitig „Die Les“e“. Das ist auch nur möglich, weil sie auf gemeinnütziger Grundlage aufgebaut ist, dadurch, daß alle Leser und Leserrinnen der „Les“e“ sich zu einer großen Lesegemeinde zusammenschließen und durch Massenbeitritt sich selber eine billigste Lieferung der besten Literaturschätze verschaffen. Die heutigen großen Literaturblätter kosten meist 12 bis 24 Mark. „Die Les“e“, die wöchentlich erscheint, liefert 52 Hefte und jährlich auch zwei Bücher (im Werte von 3 Mark) zusammen für 6 Mark. Dafür aber wird nicht irgend ein billiger Stoff geboten, sondern eine Auswahl der schönsten und besten der Dichter aller Völker und Zeiten. „Die Les“e“ hat sich durch ihren Namen auf dieses Prinzip festgelegt und muß gut sein und bleiben. So löst „Die Les“e“ ein Bildungsproblem: billige und gute Literatur zu leisten in einfacher Weise. Zum Beweise geben wir den Inhalt des ersten Heftes des neuen Jahrgangs 1913 an: An der Spitze steht der Roman „Der begabene Gott“ von Hermann Stehr, eine der eigenartigsten und wertvollsten Romanschöpfungen unserer Zeit. Im Anhang eines der ältesten und merkwürdigsten deutlichen Faustbücher mit entzückenden alten Bildern. Neben Matthias Claudius Neujahreswünschen stehen Verse von Casar Platzen und ein Originalbeitrag Friedrich Menhards „Wintergedanken“, der besonders dem arbeits Menschen viel geben wird. Die „Schalksecke“, mit einer reizenden Erzählung Fritz Müllers, dient dem Humor; die Rubrik „Im häuslichen Kreise“ bringt als Beitrag ein wunderbares, altes Kupfer, das Kinderspiele darstellt, und der „Wegweiser“ berichtet vom Büchermarkt, von Frauenbildung und dem ganzen Umkreis unseres Lebens. Bestellungen auf diese Zeitschrift nimmt die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co. entgegen.

Briefkasten.

Freidenker. Minderjährige können nur durch ihre gesetzlichen Vertreter ihren Austritt aus der Landeskirche bewirken lassen. Der Austrittsantrag ist unter Beifügung des Taufscheins an das Stadt- und Landamt zu richten. Nach einiger Zeit ist auf Aufforderung des Stadt- und Landamtes die Austrittserklärung mündlich zu bestätigen. Wenn in der Schule den Kindern von Dissidenten vom Lehrpersonal irgendwelche Schwierigkeiten bereitet oder die Kinder gar schikaniert werden, dann ist nur anzuraten, daß die Eltern sich sofort beschwerdebefähigt an die Oberschulbehörde wenden und evtl. unter Vorlegung einwandfreien Materials einem sozialdemokratischen Bürgerchaftsmitglied davon Kenntnis geben. Eine Befreiung der Kinder von Dissidenten vom Religionsunterricht findet nicht statt.

M. S. II. Mangelnde Reinlichkeit und Ordnung allein ist kein Scheidungsgrund. Wenn der Mann nicht für der allein schuldige Teil erklärt wird, dann braucht er auch nicht für die Unterhaltungskosten aufzukommen.

S-u. Ravensbüsch. Wir raten Ihnen doch an, einen Strafantrag gegen den Lehrer zu stellen. Wenn Sie im Besitze eines ärztlichen Attestes sind, aus dem hervorgeht, daß das Kind mißhandelt worden ist, dann dürfte es doch sehr wahrscheinlich sein, daß gegen den Lehrer eingeschritten würde. Zum mindesten muß ein derartiger Verdacht gemacht werden.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Insertate finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

HOLSTENHAUS

G. M. B. H.

LÜBECK

HOLSTENSTR.

Mit hohen Verlustpreisen

sind in sämtlichen Abteilungen des Hauses Lagerbestände jeder Art zum Verkauf gestellt. :: ::

Damen = Konfektion

Lagerbestände

- Damen-Paletots** aus blauem Cheviot und Stollen englischer Art
Bisheriger Preis bis 36.00 Ausverkaufspreis 10.00 **6.00**
- Damen-Jacketts** schwarz und farbig
Bisheriger Preis bis 16.00 Ausverkaufspreis 3.00 **1.50**
- Kimonos** aus Tuch und Diagonal
Bisheriger Preis bis 16.00 Ausverkaufspreis durchweg 3.00 **3.00**
- Weißer Cheviot-Kostümröcke**
Bisheriger Preis bis 18.00 Ausverkaufspreis durchweg 3.00 **3.00**
- Wasch-Blusen** weiß und gestreift
Bisheriger Preis bis 7.50 Ausverkaufspreis durchweg 1.50 **1.50**

EIN LAGERBESTAND

Damen-Unterröcke
aus Moirette mit Seidenblenden und Tuch mit Moirette-Volant
Regulär 4.50 und 5.85
Ausverkaufspreis **2.50** und **3.50**

Geradehalter u. gestreifte Kind.-Korsette
Regul. b. 1.25 Durchweg **30**

Schuhwaren

Restbestände

- Herren-Rindbox-Stiefel Regulär 900 bis 1200 **4.75**
- Damen-Boxkalf-Stiefel Durchweg **4.75**
- Damen-Halbschuhe braun Chevreau Regulär 1250 bis 1650 **7.50**
- „Original Goodyear-Welt“ Durchweg **7.50**
- Herren-Boxkalf-Stiefel
- Damen-Chevreau-Stiefel

RESTBESTÄNDE

- Reinseidene Taffet- u. Chinebänder 12 u. 15 cm br. Regulär bis 2.00 Ausverkaufspreis m **40**
- Reinseidene Schärpenbänder ca. 15 cm breit Regulär bis 1.75 Ausverkaufspreis m **50**
- Sammetbänder mit Atlasrücken, ca. 6 cm breit Regulär bis 2.00 Ausverkaufspreis m **70**

Strumpfwaren

Lagerbestände

- Damen-Ringelstrümpfe** reine Wolle, regulär 95. **65**
- Damen-Kaschmirstrümpfe** reine Wolle, regul. 1.75. **1.05**
- Reinwollene Herrensocken** regulär 1.10. **80**
- Eleg. Herren-Ringelsocken** reine Wolle, regul. 1.50. **90**
- Wollene Kinder-Gamaschen** regulär bis 1.00. **30**
- Ausverkaufspreis 50 $\frac{1}{2}$, 40 $\frac{1}{2}$ u.

HERREN-KONFEKTION

Herren-Anzüge aus Stoffen engl. Art, 1- u. 2-reihig	Regulär bis 28.00	Regulär bis 35.00	Regulär bis 48.00
	12.00	16.00	18.00
Herren-Paletots mit Plaid- und Sergfuller	Regulär bis 21.00	Regulär bis 38.00	Regulär bis 45.00
	14.00	18.00	22.00
Herren-Ulster aus englisch gemusterter Stoffen	Regulär bis 24.00	Regulär bis 29.00	Regulär bis 48.00
	15.00	19.00	24.00

Herren = Artikel

Lagerbestände

- Weißer Oberhemden** regulär bis 5.00. **1.50**
- Farbige Oberhemden helle und dkl. Dessins**, Regulär bis 4.95. **2.95**
- Weißer Serviteurs mit Halsweite** regulär bis 1.00. **45**
- Steh- und Stehumlegekragen** 4- und 5 fach Leinen regulär bis 85. **25**
- Orig. englische Haarhüte steif** verschiedene Formen und Farben regulär bis 7.25. **1.45**
- Weiche Haarhüte versch. Formen u. Farben**, regulär bis 6.75. **1.50**
- Herren-Jachtklub-Mützen** regulär 4.25. **1.95**
- Knaben-Jachtklub-Mützen** regulär 48. **25**
- Tellermützen in Tuch und Ribbed** regulär b. 2.35. **90**

Schürzen

Lagerbestände

- Damen-Miederschürzen** mit Borde besetzt, Trägern, regul. bis 2.50. **90**
- Ausverkaufspreis 1.75. 1.25.
- Damen-Achselschürzen** mit Bänderbesatz regulär bis 3.00. **1.50**
- Ausverkaufspreis 2.00. 1.75.
- Damen-Tändelschürzen** mit Trägern regulär bis 1.65. **85**
- Ausverkaufspreis 1.10.
- Damen-Tändelschürzen** in Satin u. imit. Wien. Leinen, regul. bis 2.10. **40**
- Ausverkaufspreis 1.25.
- Kinderschürzen** schöner Machart regulär bis 2.45. **90**
- Ausverkaufspreis 1.95. 1.45.

HANDSCHUHE

- Damen-Trikot-Handschuhe** Bisher 70 $\frac{1}{2}$ durchweg **25**
- Kinder-Trikot-Handschuhe** Bisher 50 $\frac{1}{2}$ Paar **25**
- Damen-Handschuhe** weiß mit Druckknöpfen Bisher 1.25 durchweg **50**
- Herren-Handschuhe** weiß mit Druckknöpfen Bisher 1.25 Paar **50**
- Gestrickte Damen-Handschuhe** reine Wolle Bisher 1.25 durchweg **75**
- Kinder-Glance-Handschuhe** mit 1 und 2 Druckknöpfen Bisher bis 1.85 Paar 1.25 **75**
- Eleg. Damen-Handschuhe** Schwedenled.-Imit. ganz mit Seidenfutt. Bisheriger Preis 1.65 Ausverkaufspreis **98**

Herren-Krawatten

- Ein großer Posten
- Binder, Regattes und Diplomat
- Serie I Wert bis 95. **25**
- Serie II Wert bis 1.25. **45**
- Serie III Wert bis 1.50. **65**

Lebensmittel bester Qualität.

Grosse Ladung

- Apfelsinen** Feinste Valencia 10 Stück **25**
- Blumenkohl** große Köpfe . . . Stück **20**
- Bananen** reif . . . 10 Stück **32**
- Tomaten** Pfund **36**
- Rhabarber** 2 Bund **25**
- Zitronen** Duzend **50** und **20**
- Anstral. Apfel** Pfund **40**

- Schnitt- u. Brechbohnen** . . . 2-Pfd.-D. **33**
- Wachsbohnen** **42**
- Junge große Bohnen** **62**
- Gemüse-Erbsen** **42**
- Junge Erbsen m. fein** **62**
- Spargel-Abschnitte I** **64**
- Brechspargel mit Köpfen** **88**
- Stangenspargel zart** **1.25**
- Franz. Champignon** Dose **44**

- Junger Spinat**, fein gewiegt . . . 2-Pfd.-D. **44**
- Grün-, Rot- u. Weißkohl** **33**
- Junge Karotten** **32**
- Junge Erbsen u. Karotten** **45**
- Junge Pariser Karotten** **68**
- Teltower Rübchen** **70**
- Pflaumen, süß-sauer** **48**
- Kirschen u. Birnen** **84**
- Mirabellen** **84**

Grosse Ladungen

- Amerik. Tafeläpfel** „Kings“, 10 Pfund 2.15. **23**
- Gäneschmalz** Pfund **1.10**
- Schweinechmalz gar. rein** Pfund **73**
- Palmitin** Pfund **65**
- Tilsiter Käse** Pfund **58**
- Marmelade** Pfund **32**
- Kunsthonig** Pfund **29**
- Kronsbeeren** Pfund **38**

- Frisches Fleisch** vom Lübecker Schlachthof
- Junges Rindfleisch** Bratenstücke Pfd. 80 u. 90. **75**
- Junges Schweinefleisch** Bratenstücke Pfd. 95. **90**
- Mastkalbfleisch** Bratenstücke Pfd. 1.00. **90**

Erfrischungen: Kaffee mit Kuchen 15. Bouillon mit Pastete 20. Würstchen mit Salat 15. Grog von Wein, Rum, Arrak 20.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 16. Januar 1913.

92. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Reichsamt des Innern.
Vierter Tag.

Dr. Haegy (Cf.) spricht über den Fall Wetterlé. Mit der Zentrumsparlei des Reichstages hat Wetterlé nichts zu tun. Im übrigen liegen authentische Berichte über seine Reden in Frankreich noch nicht vor. Die elsaß-lothringischen Abgeordneten haben die Aufgabe, versöhnend zwischen Frankreich und Deutschland zu wirken. Sollte Herr Wetterlé auf französischem Boden die Renanngeschäfte aufgesteckt haben, so würden wir darüber unser lebhaftes Bedauern aussprechen. Von dergleichen will bei uns niemand etwas wissen. (Bravo!) Uebrigens hat Herr Wetterlé, als er die unerwartete Sensation seiner Vorträge bemerkte, die Tournee abgebrochen. Wir wünschen freundschaftliche Beziehungen mit Frankreich. Die Elsaß-Lothringer möchten das glückliche Bindeglied einer freundschaftlichen Entente sein, in der die endliche Sicherung des Weltfriedens eine feste Basis finden könnte. Wir meinen, der Krieg von 1870 müßte der letzte gewesen sein, der die glücklichen Gefilde am Rhein mit dem Blut zweier Völker tränkte, die dazu geschaffen sind, sich zu verstehen und Hand in Hand an den Werken der Kultur und des Fortschritts der Kultur zu arbeiten. Herr Camp meinte, Herr Wetterlé gehöre nicht mehr in den Reichstag, das muß er ihm schon überlassen. Wenn ein solcher Ostrakismus gelten sollte, dürfte auch ein anderer Abgeordneter, der die Vertretung einer französischen Zeitung übernommen hat, nicht Mitglied des Reichstages bleiben. (Bravo! Im Zentr.)

Hoch (SD.): Es ist einfach ein Gemeinplatz geworden, daß der Ausbau unserer sozialpolitischen Gesetzgebung weit hinter dem Notwendigen zurückbleibt. Das erkennt auch das Wochenblatt der bürgerlichen Sozialpolitik, die „Soziale Praxis“ unumwunden an. Der Staatssekretär verweist auf die Reichsversicherungsordnung, aber auch bei ihr ist nicht erreicht worden, was erreicht werden konnte, wenn wir eine Zentrumsparlei hätten, die wirklich eine Vertretung der Arbeiterinteressen wäre. In bezug auf den Arbeiterschutz hat sich der Staatssekretär auf die große Zahl von Gesetzen und Verordnungen berufen. Dies viele Herumdoktern beweist ja gerade, daß die Grundlage ungenügend ist. Der Staatssekretär hat noch nicht einmal die Kinderarbeit in der Landwirtschaft geregelt, hier ist der Ausbeutung vollständig freies Spiel gelassen. In dieser Session haben wir noch keine sozialpolitische Vorlage bekommen, trotz aller schönen Versprechungen selbst der Konservativen während des Wahlkampfes. Dabei gestalten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse so, daß eine entschiedene Sozialpolitik immer notwendiger wird. Immer schärfer wird der Zusammenschluß des Großkapitals. Ende 1911 hatten 158 Großbanken ein Kapital von 15 1/2 Milliarden in Verwaltung. Der Gesamtumfang der Deutschen Bank betrug 1911 126 Milliarden und wird 1912 auf 150 Milliarden gestiegen sein. Nicht nur die Gütererzeugung wird unermesslich gesteigert, sondern auch die Ausbeutung des arbeitenden Volkes. Neben den Lebensmitteln sind durch diese kapitalistische Wirtschaft auch die Preise der anderen Verbrauchsgegenstände gesteigert, der Kohlenpreis unter eigentümlicher Mitwirkung der preussischen Regierung um 50 Pfg. bis 1 Mk., was für das arbeitende Volk in Deutschland eine

Mehrausgabe von mindestens 100 Millionen

bedeutet. So wird das arbeitende Volk immer mehr gedrückt und verzwängt, damit das Großkapital immer neue Profite bekommt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Berliner Großbanken haben im vorigen Jahre einen Ueberschuß von 12 Millionen Mk. Durch diese riesigen Gewinne werden den Kapitalisten die Mittel zur Verfügung gestellt, in ihren Kreisen den Luxus und die Verschwendung bis ins äußerste, oft bis ins unnatürliche zu steigern, während das arbeitende Volk immer mehr ausgebeutet wird. Unter dieser Ausbeutung leidet auch der Mittelstand. Trotzdem wir zwei gute Geschäftsjahre hatten, sind viele kleine Unternehmer bankrott geworden, andere sind zurückgegangen und in größere Abhängigkeit vom Großkapital gekommen. Hier wird immer erklärt, wir werden den Mittelstand schon retten, er soll nur warten. Das hören wir jedes Jahr mit denselben Worten, wobei der Mittelstand immer mehr und mehr aufgerieben wird. Gesetze zu seiner Rettung sind genug gemacht worden, aber sie haben nichts geschafft, wie wir vorausgesagt haben. Sie können eben den unermesslichen Entwicklungsgang nicht aufhalten. Man mag diese Entwicklung bedauern, aber man darf den Leuten nicht vorkäuschen, daß man sie zurückschrauben könne. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es ist eine unjüngliche Uebertreibung, zu sagen, die Warenhäuser arbeiten nur mit unlauteeren Mitteln. Ich will Herrn Werner nicht zu nahe treten, ich glaube aber, ich habe ihn schon selbst im Warenhause kaufen sehen. (Weiterkeit.) Es ist ja geradezu lächerlich, zu sagen, Wertheim erzielt seine Erfolge nur durch unredliche Maßnahmen. Das Wühlen der Warenhäuser beruht eben auf der Uebermacht des Großkapitals, und diese Entwicklung kann man nicht aufhalten, wenn man dem Großkapital Zwangsmaßnahmen in den Weg legt, sondern man muß sie zum Wohle der Gesamtheit gestalten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch der häuerliche Mittelstand leidet unter dieser Entwicklung. In meinem Wahlkreise haben mir ländliche Bauern, auch die, die Vieh halten, gesagt, wenn sie nachrechnen, was ihnen alles durch die Zölle verteuert ist, und dagegen den Nutzen hatten, den sie von den gestiegenen Fleischpreisen haben, so sind sie durch diese Politik weit mehr geschädigt als gefördert. So wird also der gesamte Mittelstand getroffen. Deshalb müssen wir den Kampf gegen das Großkapital aufnehmen, und die Arbeiter stehen in diesem Kampfe an der Spitze. Die Arbeiter verdienen noch nicht einmal, was zum notwendigen Lebensunterhalt gehört. Trotzdem sagt man immer wieder: Es ist ja nicht so schlimm, die Sozialdemokraten übertreiben. Demgegenüber erinnere ich an die bedenkliche Tatsache, daß unsere Bevölkerungszunahme zurückgeht. Früher waren wir stolz darauf, daß das deutsche Volk die Kraft hat, die Bevölkerung in starkem Maße auszuwachen zu lassen. Jetzt werden Stimmen laut, die meinen, der Rückgang der Bevölkerungszunahme sei gar nicht so schlimm, die vorhandenen Güter reichen dann besser aus. Eine solche volkswirtschaftliche Anschauung ist längst widerlegt. Der Rückgang der Bevölkerungszunahme ist auf die Erhöhung der Preise aller Lebensbedürfnisse zurückzuführen, was das Volk für jeden Sozialpolitiker eine ernste Warnung

sein, sich zu fragen, ob nicht neue Wege eingeschlagen werden müssen, um den Forderungen der Arbeiter mehr gerecht zu werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Statt dessen sagt man den Arbeitern von oben herab: Ihr müßt noch mehr Opfer bringen, Ihr müßt noch mehr hungern, damit der Geldbeutel der Agrarier gespart wird. Und in derselben Zeit bringt es ein kleines Häuflein allerreichsten Leute fertig, auf einen Weltkrieg loszuarbeiten, der im letzten Grunde auch nur den Ausbeutungsinteressen einer kleinen Clique dienen soll. Und in dieser Zeit der allgemeinen Bedrückung des Arbeitervolkes bekommen es die Konservativen fertig, hier und im Abgeordnetenhaus den Kampf zu verkünden gegen die Grundrechte der Arbeiter. (Sehr wahr! bei den Soz.) Mit Ausnahmegelesen gegen die Arbeiter ist ja schon Fürst Bismarck, der doch schließlich ein ganz anderer Kerl war als der Graf Westarp, kläglich gescheitert. Dabei war die wirtschaftliche Entwicklung damals noch lange nicht so weit wie heute. Die Sozialdemokratie war eine ganz kleine Partei. Aber als das Ausnahmegesetz schmächtig zusammenbrach, da hatte die Sozialdemokratie dreimal soviel Stimmen. Also Sie sehen, wir brauchen den Kampf gegen die Ausnahmegelesen nicht zu scheuen. So lange Arbeiter vom Großkapital ausgebeutet werden, werden wir auch Sozialdemokraten haben. Doch das enthebt uns nicht der Pflicht, gegen solche Bestrebungen mit aller Kraft anzukämpfen im Hinblick auf die Opfer, die unseren Genossen solche ausnahmsweise Zustände auferlegen. Bezeichnend war die Stellung des Herrn Delbrück zu dem Vorstoß des Grafen Westarp. Man kann aus Herrn Delbrück nicht ohne weiteres klug werden. Mit einem Auge sieht er nach den Konservativen, mit dem andern schielt er ganz vorsichtig nach der Linken. (Abg. Hertel: Hört, hört! Weiterkeit.) Er meinte, so dumm — das darf ich ja nicht sagen (Weiterkeit) — in der Weise, wie Graf Westarp die Sache machen will, geht es nicht. Ich meine, er tut dem Grafen Westarp sehr unrecht, wenn er seine Rede als Entgegnung auffaßt. Graf Westarp hat sich seine Rede sehr sorgfältig überlegt. Sie hätte nach Inhalt und Form garnicht anders sein können, wenn er den Befähigungsnachweis hätte erbringen wollen, daß er auch in einer höheren Stelle, etwa als preussischer Justizminister, die Geschäfte der Scharfmacher besorgen könne. (Sehr gut! bei den Soz.) Das entscheidende ist, daß Herr Delbrück mit dem Grafen Westarp eingestimmt hat in das Entrüstungsgeheul gegen den Terrorismus der streikenden Arbeiter. Wir geben zu, es ist niemals von uns bestritten worden, daß bei Streiks hier und dort Dinge vorkommen, die besser vermieden würden, und wir bemühen uns auch, diese Dinge möglichst zu verhüten. Ich erinnere nur an die Warnung vor dem Alkoholgenuss beim Bergarbeiterstreik, und an die ständigen Warnungen der Gewerkschaftspresse, sich bei Streiks in den gesetzlichen Grenzen zu halten. Aber ist denn das so ohne weiteres möglich? Sehen wir nicht, daß überall, wo gewaltige Bewegungen der Geister erfassen, die Menschen in ihrer Leidenschaft über das hinausgehen, was sie bei ruhiger Überlegung nicht tun würden! Und ein Streik ist eine Angelegenheit, die das Wohl des Arbeiters aufs äußerste berührt, seine Existenz steht auf dem Spiel. Ist es da nicht menschlich erklärlich, wenn er Leute, die ihm bei dem Kampf in den Rücken fallen, als Verräter betrachtet? Sie selbst verachten den Verräter im Kriege und lassen ihn ohne weiteres über die Klinge springen. Und wenn Arbeiter mit Erbitterung erfüllt werden gegen Verräter in ihren Kämpfen und dabei über die Schur hauen, so kann man das bedauern, aber es ist menschlich verständlich. Herr Delbrück hat ja selbst zugeben müssen, daß beim Bergarbeiterstreik schwere Vergehen nur in ganz geringem Maße vorgekommen sind. Er hätte dabei auch über den Fall sprechen sollen, wo eine Mutter mit ihrem Säugling ins Gefängnis geschickt wurde, weil sie „Pflui“ Streikbrecher“ gesagt hatte. (Hört, hört! bei den Soz.) Ein solcher Rechtszustand ist eine Schande und eine Schande für unsere Kultur. Wenn der Staatssekretär Verständnis für das Gefühl der Arbeiter hätte, würde er sich vor allem bemühen, solche Gesetze zu mildern, und würde nicht die Stirn haben, die Gesetze noch weiter verschärfen zu wollen. Wir werden ja dafür sorgen, daß die Rede des Grafen Westarp im Volke bekannt wird, und werden hinzusetzen die Worte des Staatssekretärs darüber, was die Regierung bei der bevorstehenden Reform des St.-G.-B. beabsichtigt. Das werden wir bei den nächsten Wahlen benutzen und dann wird hoffentlich das arbeitende Volk, das den ersten Schritt getan, die ersten 110 in den Reichstag geschickt hat, die zweiten 110 bald nachfolgen lassen. (Bravo! bei den Soz.) Die Entrüstung der Herren über den sogenannten Terrorismus der Arbeiter ist ja noch dazu meist garnicht ehrlich gemeint, sondern vielmehr eine schamlose Komödie. (Sehr wahr! bei den Soz.) Weshalb entrüsten sich denn die Herren sonst nicht auch über den Terrorismus der Unternehmer? (Sehr gut! bei den Soz.) Da ist im letzten Jahre von einem Regierungsrat ein Buch erschienen, das darlegt, welche Kampfmittel die Arbeitgeber gegen ihre Streikbrecher anwenden, und in der Besprechung dieses Buches in der „Sozialen Praxis“ sagt der Herausgeber dieser Blätter, das die Kampfmittel, die die Arbeiter gegen ihre Streikbrecher anwenden, durchaus dürftig wären, gegenüber diesen Kampfmitteln der Unternehmer. (Hört, hört! bei den Soz.) Damit vergleichen Sie das Auftreten des Grafen Westarp, der sich über den Terrorismus der Arbeiter entrüstet, aber vom Terrorismus der Unternehmer kein Wort redet. Das ist die höhere Gerechtigkeit. Der Herr hat uns bei den letzten Wahlen genug genügt und wird uns noch mehr nützen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Doch es handelt sich nicht um den Grafen Westarp, sondern um einen planmäßigen Vorstoß der Konservativen. Besonders entrüstet hat sich Graf Westarp noch darüber, daß Genosse Fischer uns Mitteilung machte über eine Auseinandersetzung zwischen Herrn Delbrück und den preussischen Ministern des Innern. Wer die Gesichts der politischen Parteien aller Länder kennt, weiß, daß von allen Parteien und allen Regierungen das Mittel der Veröffentlichung vertraulicher Mitteilungen aus gegnerischen Kreisen benutzt worden ist. Graf Westarp als früherer Polizeipräsident muß das doch am besten wissen. (Sehr gut! bei den Soz.) In ihrer heutigen Morgenausgabe bringt die „Vossische Zeitung“ die urkundlichen Belege dafür, daß auch die konservativen Junker sich solcher Mittel bedienen haben, und noch viel schlimmer. Wobei der grundsätzliche Unterschied zu beachten ist: mein Freund Fischer hat nichts dazu getan, um sie schriftlich zu bekommen, was aber die Junker und die Regierungen getan haben, um in den Besitz solcher Schriftstücke zu gelangen, ist ja bekannt genug. Ich möchte in diesem Jubiläumsjahre die Herren nur an eine ganz besondere Leistung der preussischen Junker erinnern. Wer war es, der vor etwas mehr als 100 Jahren den 7. u. 8. Stein zum zweiten Male aus dem preussischen Ministerium hat fliegen lassen? Das waren die preussischen Junker, die einen

vertraulichen Brief des Ministers, in dem er seinem Herz über die französische Wirtschaft in Preußen Luft machte, der Franzosenpartei, den Erbfeinden Deutschlands, ausgeliefert haben. (Hört, hört! bei den Soz.) Ein solches Schandm in der Geschichte hat keine einzige Partei auf sich sitzen. In neuerer Zeit brauche ich ja nur an die Flucht des Herz v. Marjhall in die Öffentlichkeit zu erinnern. Also Sie (no rechts) sind am wenigsten berufen, uns Moral zu predigen. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Konservativen haben offenbar diese ganze Frage nur angechnitten aus wahltaktischen Rücksichten, um ihre engsten Parteiinteressen zu fördern. In Landtagswahlen in Preußen stehen vor der Tür und Ihr G wissen ist so schlecht, Ihre Angst so groß, daß Sie trotz d schlechtesten Wahrscheinlich nach einem Verbündeten umsehen. Da war dieser Vorstoß notwendig, um die Nationalliberalen zu gewinnen. Es gab ja eine Zeit, wo die Konservativen noch im Volk wurzelten und Zutrauen zu sich hatten. Damals traten auch konservative Sozialpolitiker gegen diese Uebermacht des Kapitals auf und verlangten auch das Koalitionrecht der Fabrikarbeiter. Damals waren die Konservativen noch eine selbständige Partei, heute bilden sie sich immer mehr zu einer

Söldnertruppe des Großkapitals

aus. (Lebh. Zust. bei den Soz.) das ihnen ihre Machtposition in Preußen erhalten soll. Sie wissen, was sie daran haben. Das beleuchtete ja auch das vom Abg. Fischer vorgebrachte Material. Ohne daß ich dieses kannte, habe ich am 2. vorher in der Budgetkommission darüber Lärm geschlagen, daß das Reichsamt des Innern der Sozialpolitik vollständig verlagert. Da hat der Staatssekretär selbst gesagt: U sind ja die Hände gebunden, weil Preußen die Sachen nicht schleppt. Ledebour beantragte die Erklärung des Staatssekretärs ins Protokoll zu bringen. In diesem hat der Staatssekretär seine Erklärung freilich abzuschwächen gesucht. (Hört, hört! bei den Soz.) Freilich gibt es auch Gesetze, bei den der Staatssekretär von Preußen gefördert wird, so, wenn eine Zuchthausvorlage verlangt oder Liebesgaben für den Junker. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gehemmt wird er, weil es sich um Arbeiterrechte handelt. Die Erklärung des Staatssekretärs in der Budgetkommission zeigt, daß das Reichsamt des Innern dem preussischen Ministerium untergeordnet ist und dieses ist untergeordnet den preussischen Junkern. (Leb. Zust. bei den Soz.) Deshalb bin ich dem Abg. Fischer für seine Mitteilung dankbar, denn sie beleuchtet unsere staat rechtlichen Verhältnisse und sie zeigt dem preussischen Volk, daß bei den nächsten Landtagswahlen viel mehr auf die Spiele steht, als es den Anschein hat. Wollen wir uns Vaterland von dem Apudra befreien, unter dem es leid wollen wir freie Bahn schaffen für eine gesunde Entwicklung, so müssen alle Kräfte daran gesetzt werden, um mit dem Junkerregiment in Preußen zu brechen und damit in Deutschland aufzuräumen! (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der Abg. Hoch hat sich auf Ansuchen von mir in der Budgetkommission bezogen die auf Wunsch eines Freundes von ihm ins Protokoll aufgenommen und von mir in diesem abgeschwächt seien. Ich stelle fest, daß ich an dem Protokollentwurf, der mir zugun wesentliche Änderungen nicht gemacht habe. Ich habe auch nicht die Absicht gehabt, mich über Schwierigkeiten der Preussens zu beschweren, ich habe lediglich darauf hinarbeiten lassen, daß die Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen in der Reichsregierung vermög seiner Verfassung schwieriger ist als in einem Einheitsstaat. Allerdings bin ich auch von anderer Seite mißverstanden worden, wie ein heutiger Artikel des Abg. Gothein im „Berl. Tagebl.“ zeigt. Ich betone deshalb noch einmal, daß im Bundesrat Anträge nur seitens der Einzelstaaten gestellt werden können. Sogenannte Präsidialvorlagen die in den Reichsämtern ausgearbeitet werden, können gar nicht anders an den Reichstag gelangen, als durch Ermächtigung des betreffenden Bundesstaates, d. i. Preußens. Die Reichsregierung ist also stets genötigt, die Zustimmung der preussischen Staatsministeriums zu einer Vorlage beizubringen. Dieser Zustand darf auch garnicht beseitigt werden, denn das Reich ist darauf aufgebaut, daß Preußen der führenden Staat ist, woraus sich ergibt, daß die preussische Art die Reichspolitik nach einheitlichen Zielen zu führen ist. (Abg. Ledebour: Auch das Wahlrecht muß einheitlich sein. Das Reich hat die Verpflichtung übernommen, die verfassungsmäßigen Einrichtungen der Bundesstaaten zu schützen, deshalb ist die Beziehung auf das Wahlrecht verfehlt. W einer Beschlußfassung des Bundesrates müssen die einzelnen Bevollmächtigten ihre Regierungen informieren, bei dem die Vorlagen dann geprüft werden. Daraus ergibt sich ein sorgfältige Durcharbeitung mit Berücksichtigung der verschiedensten Interessen in dem großen Reiche. Diese Einrichtung muß bei der großen Zahl der Faktoren, mit denen ich zu verhandeln habe, zu Schwierigkeiten führen, die aber mit dem Kauf zu nehmen sind. Auch Fürst Bismarck hat über diese Schwierigkeiten schon gesagt, doch ist ihm nie der Gedanke gekommen, sie durch eine grundlegende Änderung der Verfassung zu beseitigen. Der Abg. Hoch hat dann über die vielen und komplizierten Vorarbeiten auf dem Gebiete der Arbeiterrechte geklagt. Diese Reglementierung rührt von der kapitalistischen Art her, in der hier Gesetze gemacht werden; in jedem einzelnen Fall soll immer auch gleich ein besonderer Paragraph gemacht werden. Das erspart natürlich die Anwendung der Gesetze. Der Abg. Hoch meinte, es fehlt ein einheitlicher Unterbau. Auch ich bin der Ansicht, daß ein einheitliche Gestaltung unserer großen Verfassungsorgane für alle Teile besser wäre. Auch Graf Poladownsky hat die Auffassung gehabt. Daß dieses Ziel nicht erreicht wird, liegt an der historischen Entwicklung unserer Arbeitergesetzgebung. Herrn Hoch schwebte, wie ich ihn verstand, vor, daß hier nur große Grundzüge ausgearbeitet und die Anwendung der Gesetze paritätisch zusammengesehen Insanzen übergeben werde. Wenn die Arbeiter rein sachlich und ohne politische Tendenz handelten, würde die Arbeitergesetzgebung ein solchen Tendenz sich nähernden Wege wohl aufgeben werden können. Daß das nicht möglich ist, dafür will ich nur an den Geset über die Sicherheitsmänner der Bergleute erinnern. Ich habe diese als ein technisches Institut gedacht, jedoch bei der Wahl lediglich die technische und persönliche Zuverlässigkeit maßgebend sei. Tatsächlich ist eine politische Einrichtung der Sozialdemokratie daraus geworden, die Wahlen nicht sich ab als Kampf zwischen den christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften. Durch die Politisierung der Sicherheitsmänner ist der Zweck dieser guten Einrichtung vollständig verfehlt. Soviel zur Sozialpolitik. In bezug auf die Mittelstandfragen verweise ich auf meine eingehenden Darlegungen im Vorjahre, die ich heute nicht wiederholen will. Die Lösung vom Mittelstandsproblem ist ganz besonders schwierig. Der Redner sucht dies an einzelnen Beispielen

HOLSTENHAUS

G. M. B. H.

LÜBECK

HOLSTENSTR.

Mit hohen Verlustpreisen

sind in sämtlichen Abteilungen des Hauses Lagerbestände jeder Art zum Verkauf gestellt. :: ::

Damen = Konfektion

Lagerbestände

- Damen-Paletots** aus blauem Cheviot und Stoffen englischer Art
Bisheriger Preis bis 36.00 Ausverkaufspreis 10⁰⁰ **6⁰⁰**
- Damen-Jacketts** schwarz und farbig
Bisheriger Preis bis 16.00 Ausverkaufspreis 3⁰⁰ **1⁵⁰**
- Kimono's** aus Tuch und Diagonal
Bisheriger Preis bis 16.00 Ausverkaufspreis durchweg 3⁰⁰ **3⁰⁰**
- Weißer Cheviot-Kostümröcke**
Bisheriger Preis bis 18.00 Ausverkaufspreis durchweg 3⁰⁰ **3⁰⁰**
- Wasch-Blusen** weiß und gestreift
Bisheriger Preis bis 7.50 Ausverkaufspreis durchweg 1⁵⁰ **1⁵⁰**

EIN LAGERBESTAND

Damen-Unterröcke

aus Moirette mit Seidenblenden und Tuch mit Moirette-Volant

Regulär 4⁵⁰ und 5⁸⁵

Ausverkaufspreis

2⁵⁰ und **3⁵⁰**

Geradehalter u. gestreifte **Kind.-Korsette** 30⁰⁰
Regul. b. 1.25 Durchweg

Schuhwaren

Restbestände

- Herren-Rindbox-Stiefel } Regulär 4⁷⁵
Damen-Boxkalf-Stiefel } 9⁰⁰ bis 12⁰⁰ **4⁷⁵**
Damen-Halbschuhe braun Chevreau } Durchweg
„Original Goodyear-Welt“ } Regulär 7⁵⁰
Herren-Boxkalf-Stiefel } 12⁵⁰ bis 16⁵⁰ **7⁵⁰**
Damen-Chevreau-Stiefel } Durchweg

RESTBESTÄNDE

- Reinseidene Taffet- u. Chinebänder 12 u. 15 cm br. } Regulär bis 2.00 Ausverkaufspreis m **40⁰⁰**
Reinseidene Schärpenbänder ca. 15 cm breit } Regulär bis 1.75 Ausverkaufspreis m **50⁰⁰**
Sammetbänder mit Atlasrücken, ca. 6 cm breit } Regulär bis 2.00 Ausverkaufspreis m **70⁰⁰**

Strumpfwaren

Lagerbestände

- Damen-Ringelstrümpfe** reine Wolle, regulär 95⁰⁰ Ausverkaufspreis **65⁰⁰**
- Damen-Kaschmirstrümpfe** reine Wolle, regul. 1.75⁰⁰ Ausverkaufspreis **1⁰⁵**
- Reinwollene Herrensocken** regulär 1.10⁰⁰ Ausverkaufspreis **80⁰⁰**
- Eleg. Herren-Ringelsocken** reine Wolle, regul. 1.50⁰⁰ Ausverkaufspreis **90⁰⁰**
- Wollene Kinder-Gamaschen** regulär bis 1.00⁰⁰ Ausverkaufspreis 50⁰⁰, 40⁰⁰ u. **30⁰⁰**

HERREN-KONFEKTION

Herren-Anzüge aus Stoffen engl. Art, 1- u. 2-reihig	Regulär bis 28.00	Regulär bis 35.00	Regulär bis 48.00
	12⁰⁰	16⁰⁰	18⁰⁰
Herren-Paletots mit Plaid- und Sergfutter	Regulär bis 21.00	Regulär bis 38.00	Regulär bis 45.00
	14⁰⁰	18⁰⁰	22⁰⁰
Herren-Ulster aus englisch gemusterten Stoffen	Regulär bis 24.00	Regulär bis 29.00	Regulär bis 48.00
	15⁰⁰	19⁰⁰	24⁰⁰

Herren-Artikel

Lagerbestände

- Weißer Oberhemden** regulär bis 5.00⁰⁰ durchweg **1⁵⁰**
- Farbige Oberhemden helle und dkl. Dessins**, Regulär bis 4.95⁰⁰ durchweg **2⁹⁵**
- Weißer Serviteurs** mit Halsweite regulär bis 1.00⁰⁰ durchweg **4⁵⁰**
- Steh- und Stehumlegekragen** 4- und 5-fach Leinen regulär bis 85⁰⁰ durchweg 35⁰⁰ u. **2⁵⁰**
- Orig. englische Haarrüte** steif verschiedene Formen und Farben regulär bis 7.25⁰⁰ durchweg **1⁴⁵**
- Weiche Haarrüte** versch. Formen u. Farben, regulär bis 6.75⁰⁰ durchweg **1⁵⁰**
- Herren-Jachtclub-Mützen** regulär 4.25⁰⁰ durchweg **1⁹⁵**
- Knaben-Jachtclub-Mützen** regulär 4⁸⁰ Ausverkaufspreis **2⁵⁰**
- Tellermützen** in Tuch und Ribbed regulär b. 2.35⁰⁰ Ausverkaufspr. 1.25 u. **90⁰⁰**

Schürzen

Lagerbestände

- Damen-Miederschürzen** mit Borte besetzt, Trägern, regul. bis 2.50⁰⁰ Ausverkaufspreis 1.75⁰⁰, 1.25⁰⁰ **90⁰⁰**
- Damen-Achselschürzen** mit Bänderbesatz regulär bis 3.00⁰⁰ Ausverkaufspreis 2.00⁰⁰, 1.75⁰⁰ **1⁵⁰**
- Damen-Tändelschürzen** mit Trägern regulär bis 1.55⁰⁰ Ausverkaufspreis 1.10⁰⁰ **85⁰⁰**
- Damen-Tändelschürzen** in Satin u. imit. Wien. Leinen, regul. bis 2.10⁰⁰ Ausverkaufspreis 1.25⁰⁰ **40⁰⁰**
- Kinderschürzen** schöner Maschert regulär bis 2.45⁰⁰ Ausverkaufspreis 1.95⁰⁰, 1.45⁰⁰ **90⁰⁰**

HANDSCHUHE

- Damen-Trikot-Handschuhe** Bisher 70⁰⁰ } durchweg **2⁵⁰**
- Kinder-Trikot-Handschuhe** mit Druckknöpfen Bisher 50⁰⁰ } Paar **2⁵⁰**
- Damen-Handschuhe** weiß mit Druckknöpfen Bisher 1.25 } durchweg **5⁰⁰**
- Herren-Handschuhe** weiß mit Druckknöpfen Bisher 1.25 } Paar **5⁰⁰**
- Gestrickte Damen-Handschuhe** reine Wolle Bisher 1.25 } durchweg **7⁵⁰**
- Kinder-Glacee-Handschuhe** mit 1 und 2 Druckknöpfen Bisher bis 1.85 } Paar 1²⁵ **7⁵⁰**

Eleg. Damen-Handschuhe Schwedenled.-Imit. garz mit Seidenfutt. Bisheriger Preis 1.65 Ausverkaufspreis **98⁰⁰**

Herren-Krawatten

- Ein großer Posten Binder, Regattes und Diplomat
- Serie I Wert bis 95⁰⁰ durchweg **2⁵⁰**
- Serie II Wert bis 1²⁵ durchweg **4⁵⁰**
- Serie III Wert bis 1⁵⁰ durchweg **6⁵⁰**

Lebensmittel bester Qualität.

Grosse Ladung

Apfelsinen Feinste Valencia 19 Stück **72 58 38 25⁰⁰**

- Blumenkohl** große Köpfe . . . Stück 20⁰⁰
- Bananen** reif 10 Stück 32⁰⁰
- Tomaten** feinst Pfund 36⁰⁰
- Rhabarber** 2 Bund 25⁰⁰
- Zitronen** Dutzend 50 und 20⁰⁰
- Austral. Apfel** Pfund 40⁰⁰

- 2-Pfd.-D.
- Schnitt- u. Brechbohnen** . . . 33⁰⁰
- Wachsbohnen** 42⁰⁰
- Junge große Bohnen** 62⁰⁰
- Gemüse-Erbsen** 42⁰⁰
- Junge Erbsen m. fein** 62⁰⁰
- Spargel-Abschnitte I** 64⁰⁰
- Brechspargel mit Köpfen** 88⁰⁰
- Stangenspargel zart** 1.25
- Franz. Champignon** Dose 44⁰⁰

- 2-Pfd.-D.
- Junger Spinat, fein gewiegt** . . . 44⁰⁰
- Grün-, Rot- u. Weißkohl** 33⁰⁰
- Junge Karotten** 32⁰⁰
- Junge Erbsen u. Karotten** 45⁰⁰
- Junge Pariser Karotten** 68⁰⁰
- Teltower Rübchen** 70⁰⁰
- Pflanzen, süß-sauer** 48⁰⁰
- Kirschen u. Birnen** 84⁰⁰
- Mirabellen** 84⁰⁰

Grosse Ladungen

- Amerik. Tafeläpfel** „Kings“, 10 Pfund 2.15⁰⁰ Pfund **2³⁰**
- Gäneschmalz** Pfund 1.10
- Schweinechmalz gar. rein** Pfund 73⁰⁰
- Palmitin** Pfund 65⁰⁰
- Tilsiter Käse** Pfund 58⁰⁰
- Marmelade** Pfund 32⁰⁰
- Kunsthonig** Pfund 29⁰⁰
- Kronsbeeren** Pfund 38⁰⁰

Frisches Fleisch vom Lübecker Schlachthof **Junges Rindfleisch** 75⁰⁰ **Junges Schweinefleisch** 90⁰⁰ **Mastkalbfleisch** 90⁰⁰

Erfrischungen: Kaffee mit Kuchen 15⁰⁰ Bouillon mit Pastete 20⁰⁰ Würstchen mit Salat 15⁰⁰ Grog von Wein, Rum, Arrak 20⁰⁰

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 14.

Freitag, den 17. Januar 1913.

20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 16. Januar 1913.

92. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück.

Reichsamt des Innern.
Vierter Tag.

Dr. Haegy (Eis.) spricht über den Fall Wetterlé. Mit der Zentrumspartei des Reichstages hat Wetterlé nichts zu tun. Im übrigen liegen authentische Berichte über seine Reden in Frankreich noch nicht vor. Die elsaß-lothringische Abgeordnete haben die Aufgabe, verständig zwischen Frankreich und Deutschland zu wirken. Sollte Herr Wetterlé auf französischem Boden die Revanchegedanken aufgeschwemmt haben, so würden wir darüber unser lebhaftes Bedauern aussprechen. Von dergleichen will bei uns niemand etwas wissen. (Bravo!) Uebrigens hat Herr Wetterlé, als er die unerwartete Sensation seiner Vorträge bemerkte, die Tournee abgebrochen. Wir wünschen freundschaftliche Beziehungen mit Frankreich. Die Elsaß-Lothringer möchten das glückliche Bindeglied einer freundschaftlichen Entente sein, in der die endliche Sicherung des Weltfriedens eine feste Basis finden könnte. Wir meinen, der Krieg von 1870 müßte der letzte gewesen sein, der die glücklichen Gefilde am Rhein mit dem Blut zweier Völker tränkte, die dazu geschaffen sind, sich zu verstehen und Hand in Hand an den Werken der Kultur und des Fortschritts der Kultur zu arbeiten. Herr Gamp meinte, Herr Wetterlé gehöre nicht mehr in den Reichstag, das muß er ihm schon überlassen. Wenn ein solcher Ostarraktismus gelten sollte, dürfte auch ein anderer Abgeordneter, der die Vertretung einer französischen Zeitung übernommen hat, nicht Mitglied des Reichstages bleiben. (Bravo! im Zentr.)

Hoch (SD.): Es ist einfach ein Gemeinplatz geworden, daß der Ausbau unserer sozialpolitischen Gesetzgebung weit hinter dem Notwendigen zurückbleibt. Das erkennt auch das Wochenblatt der bürgerlichen Sozialpolitik, die „Soziale Praxis“ unumwunden an. Der Staatssekretär verwies auf die Reichsversicherungsordnung, aber auch bei ihr ist nicht erreicht worden, was erreicht werden konnte, wenn wir eine Zentrumspartei hätten, die wirklich eine Vertretung der Arbeiterinteressen wäre. In bezug auf den Arbeiterschutz hat sich der Staatssekretär auf die große Zahl von Gesetzen und Verordnungen berufen. Dies viele Herumdoktern beweist ja gerade, daß die Grundlage ungenügend ist. Der Staatssekretär hat noch nicht einmal die Kinderarbeit in der Landwirtschaft geregelt, hier ist der Ausbeutung vollständig freies Spiel gelassen. In dieser Session haben wir noch keine sozialpolitische Vorlage bekommen, trotz aller schönen Versprechungen selbst der Konservativen während des Wahlkampfes. Dabei gestalten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse so, daß eine entschiedene Sozialpolitik immer notwendiger wird. Immer schärfer wird der Zusammenschluß des Großkapitals. Ende 1911 hatten 158 Großbanken ein Kapital von 15 1/2 Milliarden in Verwaltung. Der Gesamtumsatz der Deutschen Bank betrug 1911 126 Milliarden und wird 1912 auf 150 Milliarden gestiegen sein. Nicht nur die Gütererzeugung wird unermesslich gesteigert, sondern auch die Ausbeutung des arbeitenden Volkes. Neben den Lebensmitteln sind durch diese kapitalistische Wirtschaft auch die Preise der anderen Verbrauchsgegenstände gesteigert, der Kohlenpreis unter eigentümlicher Mitwirkung der preussischen Regierung um 50 Pf. bis 1 Mt., was für das arbeitende Volk in Deutschland eine

Mehrausgabe von mindestens 100 Millionen bedeutet. So wird das arbeitende Volk immer mehr gedrückt und vergewaltigt, damit das Großkapital immer neue Profite bekommt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Berliner Großbanken haben im vorigen Jahre einen Ueberschuß von 112 Millionen Mk. Durch diese riesigen Gewinne werden den Kapitalisten die Mittel zur Verfügung gestellt, in ihren Kreisen den Luxus und die Verschwendung bis ins äußerste, oft bis ins unnatürliche zu steigern, während das arbeitende Volk immer mehr ausgebeutet wird. Unter dieser Ausbeutung leidet auch der Mittelstand. Trotzdem wir zwei gute Geschäftsjahre hatten, sind viele kleine Unternehmer bankrott geworden, andere sind zurückgegangen und in größere Abhängigkeit vom Großkapital gekommen. Hier wird immer erklärt, wir werden den Mittelstand schon retten, er soll nur warten. Das hören wir jedes Jahr mit denselben Worten, wobei der Mittelstand immer mehr und mehr aufgetrieben wird. Gesetze zu seiner Rettung sind genug gemacht worden, aber sie haben nichts geholfen, wie wir vorausgesagt haben. Sie können eben den unvermeidlichen Entwicklungsgang nicht aufhalten. Man mag diese Entwicklung bedauern, aber man darf den Leuten nicht vortäuschen, daß man sie zurückschrauben könne. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es ist eine unfinnige Uebertreibung, zu sagen, die Warenhäuser arbeiten nur mit unlauteren Mitteln. Ich will Herrn Werner nicht zu nahe treten, ich glaube aber, ich habe ihn schon selbst im Warenhaus kaufen sehen. (Heiterkeit.) Es ist ja geradezu lächerlich, zu sagen, Wertheim erzielt seine Erfolge nur durch unethische Maßnahmen. Das Blühen der Warenhäuser beruht eben auf der Uebermacht des Großkapitals, und diese Entwicklung kann man nicht aufhalten, wenn man dem Großkapital Zwangsmaßnahmen in den Weg legt, sondern man muß sie zum Wohle der Gesamtheit gestalten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch der häuerliche Mittelstand leidet unter dieser Entwicklung. In meinem Wahlkreise haben mir sämtliche Bauern, auch die, die Vieh halten, gesagt, wenn sie nachrechnen, was ihnen alles durch die Zölle verloren ist, und dagegen den Nutzen halten, den sie von den gestiegenen Fleischpreisen haben, so sind sie durch diese Politik weit mehr geschädigt als gefördert. So wird also der gesamte Mittelstand getroffen. Deshalb müssen wir den Kampf gegen das Großkapital aufnehmen, und die Arbeiter stehen in diesem Kampfe an der Spitze. Die Arbeiter verdienen noch nicht einmal, was zum notwendigsten Lebensunterhalt gehört. Trotzdem sagt man immer wieder: Es ist ja nicht so schlimm, die Sozialdemokraten übertreiben. Demgegenüber erinnere ich an die bedenkliche Tatsache, daß unsere Bevölkerungszunahme zurückgeht. Früher waren wir stolz darauf, daß das deutsche Volk die Kraft hat, die Bevölkerung in starkem Maße anzuwachsen zu lassen. Jetzt werden Stimmen laut, die meinen, der Rückgang der Bevölkerungszunahme sei gar nicht so schlimm, die vorhandenen Güter reichen dann besser aus. Eine solche volkswirtschaftliche Anschauung ist längst widerlegt. Der Rückgang der Bevölkerungszunahme ist auf die Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse zurückzuführen, was das Volk für jeden Sozialpolitiker eine ernste Mahnung

sein, sich zu fragen, ob nicht neue Wege eingeschlagen werden müssen, um den Forderungen der Arbeiter mehr gerecht zu werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Statt dessen jagt man den Arbeitern von oben herab: Ihr müßt noch mehr Opfer bringen, Ihr müßt noch mehr hungern, damit der Geldbeutel der Agrarier gefüllt wird. Und in derselben Zeit bringt es ein kleines Häuflein allerreichsten Leute fertig, auf einen Weltkrieg loszuarbeiten, der im letzten Grunde auch nur den Ausbeutungsinteressen einer kleinen Clique dienen soll. Und in dieser Zeit der allgemeinen Bedrückung des Arbeitervolkes bekommen die Konservativen fertig, hier und im Abgeordnetenhaus den Kampf zu verkünden gegen die Grundrechte der Arbeiter. (Sehr wahr! bei den Soz.) Mit Ausnahmegeetzen gegen die Arbeiter ist ja schon Fürst Bismarck, der doch schließlich ein ganz anderer Kerl war als der Graf Westarp, kluglich geschickert. Dabei war die wirtschaftliche Entwicklung damals noch lange nicht so weit wie heute. Die Sozialdemokratie war eine ganz kleine Partei. Aber als das Ausnahmegesetz schmächtig zusammenbrach, da hatte die Sozialdemokratie dreimal soviel Stimmen. Also Sie sehen, wir brauchen den Kampf gegen die Ausnahmegeetze nicht zu scheuen. So lange Arbeiter vom Großkapital ausgebeutet werden, werden wir auch Sozialdemokraten haben. Doch das enthebt uns nicht der Pflicht, gegen solche Bestrebungen mit aller Kraft anzukämpfen im Hinblick auf die Opfer, die unseren Genossen solche ausnahmegesetzlichen Zustände auferlegen. Bezeichnend war die Stellung des Herrn Delbrück zu dem Vorstoß des Grafen Westarp. Man kann aus Herrn Delbrück nicht ohne weiteres klug werden. Mit einem Auge sieht er nach den Konservativen, mit dem andern schielt er ganz vorsichtig nach der Linken. (Abg. Dertel: Hört, hört! Heiterkeit.) Er meinte, so dumm — das darf ich ja nicht sagen (Heiterkeit) — in der Weise, wie Graf Westarp die Sache machen will, geht es nicht. Ich meine, er tut dem Grafen Westarp sehr unrecht, wenn er seine Rede als Entgegnung auffaßt. Graf Westarp hat sich seine Rede sehr sorgfältig überlegt. Sie hätte nach Inhalt und Form garnicht anders sein können, wenn er den Befähigungsnachweis hätte erbringen wollen, daß er auch in einer höheren Stelle, etwa als preussischer Justizminister, die Geschäfte der Scharfmacher besorgen könne. (Sehr gut! bei den Soz.) Das entscheidende ist, daß Herr Delbrück mit dem Grafen Westarp eingestimmt hat in das Entrüstungsgeheiß gegen den Terrorismus der streikenden Arbeiter. Wir geben zu, es ist niemals von uns bestritten worden, daß bei Streiks hier und dort Dinge vorkommen, die besser vermieden würden, und wir bemühen uns auch, diese Dinge möglichst zu verhüten. Ich erinnere nur an die Warnung vor dem Alkoholgenuss beim Bergarbeiterstreik, und an die ständigen Warnungen der Gewerkschaftspresse, sich bei Streiks in den gesetzlichen Grenzen zu halten. Aber ist denn das so ohne weiteres möglich? Sehen wir nicht, daß überall, wo gewaltige Bewegungen die Geister erfaßen, die Menschen in ihrer Leidenschaft über das hinausgehen, was sie bei ruhiger Überlegung nicht tun würden! Und ein Streik ist eine Angelegenheit, die das Wohl des Arbeiters aufs äußerste berührt, seine Existenz steht auf dem Spiel. Ist es da nicht menschlich erklärlich, wenn er Leute, die ihm bei dem Kampf in den Rücken fallen, als Verräter betrachtet? Sie selbst verachten den Verräter im Kriege und lassen ihn ohne weiteres über die Klinge springen. Und wenn Arbeiter mit Erbitterung erfüllt werden gegen Verräter in ihren Kämpfen und dabei über die Schamur heuen, so kann man das bedauern, aber es ist menschlich verständlich. Herr Delbrück hat ja selbst zugeben müssen, daß beim Bergarbeiterstreik schwere Vergehen nur in ganz geringem Maße vorgekommen sind. Er hätte dabei auch über den Fall sprechen sollen, wo eine Mutter mit ihrem Säugling ins Gefängnis geschickt wurde, weil sie „Pu!“ Streikbrecher“ gefaßt hatte. (Hört, hört! bei den Soz.) Ein solcher Rechtszustand ist eine Schmach und eine Schande für unsere Kultur. Wenn der Staatssekretär Verständnis für das Gefühl der Arbeiter hätte, würde er sich vor allem bemühen, solche Gesetze zu mildern, und würde nicht die Stirn haben, die Gesetze noch weiter verschärfen zu wollen. Wir werden ja dafür sorgen, daß die Rede des Grafen Westarp im Volke bekannt wird, und werden hinzuzügen die Worte des Staatssekretärs darüber, was die Regierung bei der bevorstehenden Reform des St.-G.-B. beabsichtigt. Das werden wir bei den nächsten Wahlen benutzen und dann wird hoffentlich das arbeitende Volk, das den ersten Schritt getan, die ersten 110 in den Reichstag geschickt hat, die zweiten 110 bald nachfolgen lassen. (Bravo! bei den Soz.) Die Entrüstung der Herren über den sogenannten Terrorismus der Arbeiter ist ja noch dazu meist garnicht ehrlich gemeint, sondern vielfach eine schamlose Komödie. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wehalb entrüsteten sich denn die Herren sonst nicht auch über den Terrorismus der Unternehmer? (Sehr gut! bei den Soz.) Da ist im letzten Jahre von einem Regierungsrat ein Buch erschienen, das darlegt, welche Kampfmittel die Arbeitgeber gegen ihre Streikbrecher anwenden, und in der Besprechung dieses Buches in der „Sozialen Praxis“ jagt der Herausgeber dieses Blattes, das die Kampfmittel, die die Arbeiter gegen ihre Streikbrecher anwenden, durchaus dürftig wären, gegenüber diesen Kampfmitteln der Unternehmer. (Hört, hört! bei den Soz.) Damit vergleichen Sie das Auftreten des Grafen Westarp, der sich über den Terrorismus der Arbeiter entrüstet, aber vom Terrorismus der Unternehmer kein Wort redet. Das ist die höhere Gerechtigkeit. Der Herr hat uns bei den letzten Wahlen genug genügt und wird uns noch mehr nützen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Doch es handelt sich nicht um den Grafen Westarp, sondern um einen planmäßigen Vorstoß der Konservativen. Besonders entrüstet hat sich Graf Westarp noch darüber, daß Genosse Fischer uns Mitteilung machte über eine Auseinandersetzung zwischen Herrn Delbrück und den preussischen Minister des Innern. Wer die Geschichte der politischen Parteien aller Länder kennt, weiß, daß von allen Parteien und allen Regierungen das Mittel der Veröffentlichung vertraulicher Mitteilungen aus gegnerischen Kreisen benutzt worden ist. Graf Westarp als früherer Polizeipräsident muß das doch am besten wissen. (Sehr gut! bei den Soz.) In ihrer heutigen Morgenansage bringt die „Vossische Zeitung“ die unfunktionale Belege dafür, daß auch die konservativen Junker sich solcher Mittel bedienen haben, und noch viel schlimmerer. wobei der grundsätzliche Unterschied zu beachten ist: mein Freund Fischer hat nichts dazu getan, um sie schriftlich zu bekommen, was aber die Junker und die Regierungen getan haben, um in den Besitz solcher Schriftstücke zu gelangen, ist ja bekannt genug. Ich möchte in diesem Jubiläumsjahr die Herren nur an eine ganz besondere Leistung der preussischen Junker erinnern. Wer war es, der vor etwas mehr als 100 Jahren den Erb. v. Stein zum zweiten Male aus dem preussischen Ministerium hat fliegen lassen? Das waren die preussischen Junker, die einen

vertraulichen Brief des Ministers, in dem er seinem Herzen über die französische Wirtschaft in Preußen Luft machte, der Franzosenpartei, den Erbfeinden Deutschlands, ausgeliefert haben. (Hört, hört! bei den Soz.) Ein solches Schandmal in der Geschichte hat keine einzige Partei auf sich sitzen. Aus neuerer Zeit brauche ich ja nur an die Flucht des Herrn v. Marjhall in die Öffentlichkeit zu erinnern. Also Sie (nach rechts) sind am wenigsten berufen, uns Moral zu predigen. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Konservativen haben offenbar diese ganze Frage nur angeknüpft aus wahltaktischen Rücksichten, um ihre engsten Parteinteressen zu fördern. Die Landtagswahlen in Preußen stehen vor der Tür und Ihr Gewissen ist so schlecht, Ihre Angst so groß, daß Sie trotz des schlechten Wahlrechts sich nach einem Verbündeten umsehen. Da war dieser Vorstoß notwendig, um die Nationalliberalen zu gewinnen. Es gab ja eine Zeit, wo die Konservativen noch im Volk wurzelten und Vertrauen zu sich hatten. Damals traten auch konservative Sozialpolitiker gegen diese Uebermacht des Kapitals auf und verlangten auch das Koalitionsrecht der Fabrikarbeiter. Damals waren die Konservativen noch eine selbständige Partei, heute bilden sie sich immer mehr zu einer

Söldnertruppe des Großkapitals

aus, (Lebh. Zust. bei den Soz.) das ihnen ihre Machtstellung in Preußen erhalten soll. Sie wissen, was sie daran haben. Das beleuchtete ja auch das vom Abg. Fischer vorgebrachte Material. Ohne daß ich dieses kannte, habe ich am Tage vorher in der Budgetkommission darüber Lärm geschlagen, daß das Reichsamt des Innern in der Sozialpolitik vollständig versagt. Da hat der Staatssekretär selbst gesagt: Uns sind ja die Hände gebunden, weil Preußen die Sachen verschleppt. Ledebour beantragte die Erklärung des Staatssekretärs ins Protokoll zu bringen. In diesem hat der Staatssekretär seine Erklärung freilich abzuschwächen gesucht. (Hört, hört! bei den Soz.) Freilich gibt es auch Gesetze, bei denen der Staatssekretär von Preußen gefördert wird, so wenn er eine Zuchthausvorlage verlangt oder Liebesgaben für die Junker. (Sehr wahr! bei den Soz.) Geklemmt wird er, wenn es sich um Arbeiterrechte handelt. Die Erklärung des Staatssekretärs in der Budgetkommission zeigt, daß das Reichsamt des Innern dem preussischen Ministerium untergeordnet ist, und dieses ist untergeordnet den preussischen Junkern. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Deshalb bin ich dem Abg. Fischer für seine Mitteilung dankbar, denn sie beleuchtet unsere staatsrechtlichen Verhältnisse und sie zeigt dem preussischen Volk, daß bei den nächsten Landtagswahlen viel mehr auf dem Spiele steht, als es den Anschein hat. Wollen wir unser Vaterland von dem Alpdruck befreien, unter dem es leidet, wollen wir freie Bahn schaffen für eine gesunde Entwicklung, so müssen alle Kräfte daran gesetzt werden, um mit dem Junkerregiment in Preußen zu brechen und damit an Deutschland anzuräumen! (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der Abg. Hoch hat sich auf Äußerungen von mir in der Budgetkommission bezogen, die auf Wunsch eines Freundes von ihm ins Protokoll aufgenommen und von mir in diesem abgeklärt sind. Ich stelle fest, daß ich an dem Protokollentwurf, der mir zugeht, wesentliche Änderungen nicht gemacht habe. Ich habe auch nicht die Absicht gehabt, mich über Schwierigkeiten seitens Preußens zu beschweren, ich habe lediglich darauf hingewiesen, daß die Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen im Deutschen Reich vermöge seiner Verfassung schwieriger ist als in einem Einheitsstaat. Allerdings bin ich auch von anderer Seite mitgehört worden, wie ein heutiger Artikel des Abg. Gohst ein „Berl. Tagebl.“ zeigt. Ich betone deshalb noch einmal, daß im Bundesrat Anträge nur seitens der Einzelstaaten gestellt werden können. Sogenannte Präsidialvorlagen, die in den Reichsämtern ausgearbeitet werden, können garnicht anders an den Reichstag gelangen, als durch Ermächtigung des beteiligten Bundesstaates, d. i. Preußens. Die Reichsregierung ist also stets genötigt, die Zustimmung des preussischen Staatsministeriums zu einer Vorlage beizubringen. Dieser Zustand darf auch garnicht beseitigt werden, denn das Reich ist darauf aufgebaut, daß Preußen der führende Staat ist, woraus sich ergibt, daß die preussische und die Reichspolitik nach einheitlichen Zielen zu führen sind. (Abg. Ledebour: Auch das Wahlrecht muß einheitlich sein!) Das Reich hat die Verpflichtung übernommen, die verfassungsmäßigen Einrichtungen der Bundesstaaten zu schützen, deshalb ist die Beziehung auf das Wahlrecht verfehlt. Vor einer Beschlußfassung des Bundesrates müssen die einzelnen Bevollmächtigten ihre Regierungen informieren, bei denen die Vorlagen dann geprüft werden. Daraus ergibt sich eine sorgfältige Durchsicht mit Berücksichtigung der verschiedensten Interessen in dem großen Reich. Diese Einrichtung muß bei der großen Zahl der Faktoren, mit denen ich zu verhandeln habe, zu Schwierigkeiten führen, die aber mit in den Kauf zu nehmen sind. Auch Fürst Bismarck hat über diese Schwierigkeiten schon geklagt, doch ist ihm nie der Gedanke gekommen, sie durch eine grundlegende Änderung der Verfassung zu beseitigen. Der Abg. Hoch hat dann über die vielen und komplizierten Vorschriften auf dem Gebiete des Arbeiterrechts geklagt. Diese Reglementierung rührt von der kasuistischen Art her, in der hier Gesetze gemacht werden; für jeden einzelnen Fall soll immer auch gleich ein besonderer Paragraph gemacht werden. Das erspart natürlich die Anwendung der Gesetze. Der Abg. Hoch meinte, es fehlt ein einheitlicher Unterbau. Auch ich bin der Ansicht, daß eine einheitliche Gestaltung unserer großen Gesetzgebung für alle Teile besser wäre. Auch Graf Posadowsky hat diese Auffassung gehabt. Daß dieses Ziel nicht erreicht wurde, liegt an der historischen Entwicklung unserer Arbeitergesetzgebung. Herrn Hoch schwebte, wie ich ihn verstand, vor, daß hier nur große Grundzüge ausgearbeitet und die Anwendung der Gesetze paritätisch zusammengewickelten Instanzen überlassen werde. Wenn die Arbeiter rein sachlich und ohne politische Tendenz handelten, würde die Arbeitergesetzgebung einer solchen Tendenz sich nähernden Weise wohl ausgebaut werden können. Daß das nicht möglich ist, dafür will ich nur an das Gesetz über die Sicherheitsmänner der Bergleute erinnern. Ich habe diese als ein technisches Institut gedacht, jedoch bei der Wahl lediglich die technische und persönliche Zuverlässigkeit maßgebend sei. Tatsächlich ist eine politische Einrichtung der Sozialdemokratie daraus geworden, die Wahlen spielen sich ab als Kampf zwischen den christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften. Durch die Politisierung der Sicherheitsmänner ist der Zweck dieser guten Einrichtung völlig vereitelt. Soviel zur Sozialpolitik. In bezug auf die Mittelstandfragen verweise ich auf meine eingehenden Darlegungen im Vorjahre, die ich heute nicht wiederholen will. Die Lösung vom Mittelstandsproblem ist ganz besonders schwierig. Der Redner lacht dies an einzelnen Beispielen

auszuführen. Unsere Handwerksvereine sind der Meinung, dass die Vorlage in dieser Richtung sich dem Reichstag zuwenden. Unsere bisherige Zoll- und Wirtschaftspolitik werden wir in den alten Bahnen weiterführen. (Bravo! rechts.)

Dr. Piper (A.): Soweit der Theatergeheimrat das Bühnenwesen betrifft, haben ihn die Interessenten als brauchbare Unterlage anerkannt; hoffentlich wird er bald vorgelegt werden. Eine Kinoreform ist dringend notwendig. Vor allem muß gegen die rücksichtslose und gemeine Kellereimancher Kinos energisch vorgegangen werden. Die Antikündigung eines Entwurfs über die Zigarrenhausindustrie begrüßen wir, ein gleicher für die Konfektion sollte folgen. Die Gewerbeaufsichtsbeamten sollten das Recht erhalten, nicht nur, wenn Gefahr im Verzuge ist, selbst Verfügungen zu treffen. Ein Verbot des Streikpostenstehens würde die bei Streiks vorzunehmenden Ausschreitungen nicht verhindern. Es ist deshalb unabweisbar, und im übrigen auch unerschwinglich, denn verbietet man das wirkliche Streikpostenstehen, so macht man Streiks überhaupt unmöglich. Dies Verbot würde daher im Volke mit Recht als Klassengesetz empfunden werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das Reichsamt des Innern sollte der Entlastung der Tarifverträge freundlich gegenüberstehen. Empfehlenswert wäre die Ausarbeitung einer Denkschrift über die gesundheitlichen und sozialen Wirkungen unserer Arbeitergesetzgebung. (Lebh. Beifall im Zentrum.)

Lügel (M.): Der gewerbliche Mittelstand hat von der sozialpolitischen Gleichmachung keinen Vorteil; die Gelegenheitsgelehrtheit schädigt vielmehr das Handwerk ungemein. Ein treffendes Beispiel dafür ist in meinem Beruf die Sägereiverordnung. So wenig wie durch Gesetze kann dem Handwerk durch Schulhilfe allein geholfen werden; Staatshilfe und Schulhilfe können nur dann ihr Ziel erfüllen, wenn unser Bildungswesen besser wird. So müßten die Fortbildungsschulen vor allem Fachschulen angegliedert werden. (Bravo! bei den Natlib.)

Dortel (R.): Ob die Ausführungen des Staatssekretärs in der Budgetkommission zweckmäßig waren, scheint mir fraglich, da sie mißverständlich waren und mißverstanden worden sind. Herr Hoch meinte, in Preußen kommandierten die Junker. Ich habe davon noch nichts gemerkt; kommandierten wir wirklich, so würde manches ganz anders aussehen, und die Herren von der äußersten Linken würden ganz andere Empfindungen haben. In den Vorgängen von 1808 ist die konservative Partei unaktiv, denn damals existierten sie noch gar nicht. Auch die Marschälle gingen nicht von den Junkern aus. Herr Hoch meinte, der Zweck unseres Vorgehens erklärte sich aus wahrhaftigen Rücksichten. Nun, unsere Revolution ist kein Vorstoß, sondern ein Rückzug. Wir hoffen, für diese abgemilderte Streikpostenresolution ein besseres Verständnis zu finden, wie im vorigen Jahr für die schärfere. Von wahrhaftigen Rücksichten kann absolut nicht die Rede sein. Wir „engherzigen, einseitigen Agrarier“ haben volles Verständnis für die Bedeutung der Großindustrie, die schwer unter dem Terrorismus leidet. Der Abg. Hoch nannte uns eine Soldatentruppe des Kapitalismus. Nun, der „Vorwärts“ hat mehrfach bei Artikeln der „Deutschen Tageszeitung“ gegen den Kapitalismus geschrieben, sie hätten ebenso gut im „Vorwärts“ stehen können. Wir bekämpfen eben die Auswüchse des Kapitalismus. — Herr Müller hat uns nicht gesagt, wer die Dämpfung zuerst angeregt hat. (Zuruf: Nicht so neugierig!) Neugierig ist manchmal sehr nützlich und gerade Herr Müller-Meinungen hat davon ein volgerüstetes Maß. (Sehr richtig.) Wir haben mit der Sozialdemokratie nichts gemeinames. (Zuruf v. d. Sp.: Das Cochnische Fahnenband!) Das hat ja Dr. Cogn ins Reich der Märchen verwiesen. Die konservative Partei wird jeden abhaken, der sich irgendwie mit der Sozialdemokratie einleitet. Es ist uns schon nicht angenehm, hier mit den Herren verhandeln zu müssen. (Hört.) Die Sozialdemokratie ist republikanisch und antimonarchisch. Gegen den Krieg sind alle Sozialdemokraten eintzig. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Sie vermerken ihn alle, vom stärksten Radikalen bis zum sanftesten vomäßigsten Radikalen. (Hört.) Fragt man aber, wie sie ihn verhindern wollen, so schweigt des Singers Stille, und entfährt jemandem das Wort „Waffenstillstand“, so sagt man ihm: Schweig still, mein Herr! So etwas sagt man nicht, das tut man nur im gegebenen Fall. Herr Bebel hat ja selbst einmal gesagt, es werde noch die Feinde auf den Sackel nehmen, wenn es sich um einen Abwehrkrieg handelt. Nun hat neuerdings Dr. Maurerbroder geschrieben: die modernen sozialistisch erzeugten Arbeiter würden sich wie ein Mann erheben, um einen in das Land einfallenden Feind zu vertreiben. Er hat hinzugefügt, daß unter Umständen gerade vom demokratischen Standpunkt aus ein Krieg notwendig sein wird, wenn er auch äußerlich als Ungerechtigkeitskrieg oder als Krieg wegen ganz fernliegender Objekte erscheint — z. B. Rußland gegenüber. Nun steht gegen ihn das „Hamburger Echo“ auf und sagt: Der Mann muß liegen. Ich glaube, diese Meinungsäußerung ist Ihnen nicht ganz angenehm, das sehe ich Ihnen an. (Hört.) Wenn man aber über den Krieg so denkt, wie das „Hamburger Echo“, so folgt daraus, daß zwischen keiner liberalen Partei und der Sozialdemokratie irgend welches Verhältnis bestehen kann. Was die Sozialdemokratie über die Revolution denkt, ist auch nicht recht zu verstehen. Mit den Radikalen von der Entwicklung kommen wir nicht weiter. Die Entwicklung wird doch geschehen; Sie werden sie nach Ihnen, wie nach unserem Geschick gehalten wollen, und schließlich wird es zum Zusammenstoß kommen. Gewiß, Sie wollen keine Revolution, keine nicht, es ist ja viel besser, hier im Hause zu sitzen. (Hört.) Aber Sie wollen bei diesem Entschluß nur bleiben, wenn wir uns die Haut über die Ohren ziehen lassen. Lassen wir uns das nicht gefallen, denn wird die Revolution kommen und Sie weisen kann uns die Schuld zu. Ich verheiß auch nicht, wie der Abg. Dr. Weill als deutscher Reichstagsabgeordneter das hiesige Bureau einer französischen Zeitung leiten kann, die auf dem Standpunkt des Herrn Jaures steht. Die private Beschäftigung eines Abgeordneten geht uns nichts an, aber in der jetzigen Zeit das Bureau einer französischen Zeitung zu leiten, erfordert ein Maß von Klugheit der Politik, politischer Klugheit und vornehmlich von Gehirngang, das ich Herrn Dr. Weill — vor Herrn Jaures. (Hört.) — Die Maßnahmen zur Herabsetzung der Reichspreise bedürfen eines Bruch mit der Reichsregierung des Reiches. Das Verbot des Streikpostenstehens ist nur der Anfang eines besseren Schutzes gegen den wirtschaftlichen Koalitionszwang. Damit können wir nicht bis zur allgemeinen Streikgesetzgebung gehen. Deshalb bedürfen wir den Standpunkt des Staatssekretärs, aus dem heraus wir den unermesslichen Einbruch bekämpfen können, daß er und der Reichstag in dem bevorstehenden Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht den Weg zum Verfall des Reiches zeigen werden, die notwendig sind. Die wirtschaftlichen Einrichtungen des Staatssekretärs an die Sozialdemokratie vertragen nicht. Da ist ein sehr wichtiger Punkt, den wir zu erörtern, zu erörtern, zu erörtern, zu erörtern werden. (Zuruf v. d. Sp.: Die Karte!) Der Reichstag muß getrennt werden, kein Mann von uns in das Reich des Reiches sozialdemokratischen Parteiens. (Bravo! rechts.)

Stamm (M.): Herr Dortel hat sich sehr schön über die Arbeitergesetzgebung geäußert. Ich habe mich sehr

berettwillig ist: Ich bin bisher der Korrespondent der „Humanität“ gewesen und werde es bleiben. (Bravo! b. d. Soz.) Diese Tätigkeit steht keineswegs im Widerspruch mit meinen Pflichten als Mitglied dieses Hauses. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die „Humanität“ verfolgt seit ihrem Bestehen gerade die Politik, die Herr Dortel vorher den Herren Wetterle und Haegy als mißgerichtet empfunden hat, die Politik der Annäherung, Verständigung und Versöhnung der beiden großen Kulturvölker. (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Kleine Anfragen, Fortsetzung der Beratung des Stats des Innern.) Schluß: 6½ Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Verbandstag der Bauarbeiter. Nach den Schlussworten der Berichterstatter, die kurz auf die Differenzen zwischen Vorstand und Ausschuss eingingen, wurde ein Antrag, der die alten Rechte der Ehrenmitglieder aufrechterhalten will, dem Vorstand überwiesen. Der Antrag Frankfurt a. M., eine sachtechnische Beilage herauszugeben, wurde abgelehnt; ein Antrag, der einen früheren Redaktionschluss verlangt, dem Vorstand überwiesen. Sodann wurde in die Statutenberatung eingetreten. Während Paeplo die vom Vorstand vorgeschlagenen Änderungen des Gauleiterstems und die Einführung eines Beirats erörterte, besprach Winnig die geplante Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Die Diskussion hierüber setzte äußerst lebhaft ein. Die Gegner der Vorstandsvorlage ließen gegen diese heftig Sturm. Einer um den anderen der Redner erklärte, zwar im Prinzip voll für die Arbeitslosenunterstützung zu sein, sie halten aber den gegenwärtigen Zeitpunkt für ihre Einführung für sehr ungeeignet. Vor allem müsse die Lohnbewegung zu Ende geführt werden. Man wisse noch gar nicht, wie diese ausgeht, ob sie den Verband zu sehr in Anspruch nehme. Sehr starken Widerspruch fand besonders die Bestimmung der Vorstandsvorlage, daß nur für 44 Wochen Unterstützung gewährt wird. Das sei ein Stückwerk, die Unterstützung müsse auch in den Wintermonaten bezahlt werden. Paeplo betonte jedoch, daß dies eine weitere Anwendung von 3½ Millionen Mark für diesen Unterstützungszweig zur Folge habe, während für die vorgeschlagenen zehn Monate nur eine Ausgabe von 2½ Millionen Mark veranschlagt sei. Daß die Mitglieder schon ab 1. März 1913 die erhöhten Beiträge bezahlen sollen, ist ein weiterer großer Stein des Anstoßes. Vorgeschlagen wurde, die Statutenberatungskommission solle einen Gegenvorschlag ausarbeiten, der einem späteren Verbandstag zur Entscheidung vorgelegt werden soll. Auch die Vornahme einer Abstimmung wurde verlangt. Für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung traten nur wenige der zahlreichen Redner ein. In der Donnerstagsitzung erklärte sich der Verbandstag unter Ablehnung eines Antrages auf Überweisung der Vorstandsvorlage an eine Kommission im Prinzip in namentlicher Abstimmung mit 301 gegen 97 Stimmen für die Einführung einer Erwerbslosen-Unterstützung im Verband. Ein außerordentlicher Verbandstag, der nach Abschluß der Tarifbewegung einberufen werden soll, soll dann endgültig über die Einführung der Erwerbslosenunterstützung entscheiden. — Mit lebhafter Genugtuung muß folgende telegraphische Meldung aus Jena begrüßt werden: Die Differenzen zwischen Vorstand, Ausschuss und Gauleitern im Bauarbeiterverbande wurden beigelegt durch eine entgegenkommende gemeinsame Erklärung von Paeplo, Daehne und Silberhmidt. Der Verbandstag nahm mit lebhaftem Beifall hiervon Kenntnis.

Eisenbahnminister und Beamten-Konsumvereine. Der preussische Eisenbahnminister v. Breitenbach hat wieder einmal einen heißen Wunsch der Reaktionen erfüllt. In einem Erlaß an die Eisenbahnbeamten hat er verfügt: „Die Übernahme von Ämtern im Aufsichtsrat oder Vorstand von Konsumvereinen durch Beamte der Staatseisenbahnverwaltung ist in allen Fällen von der vorherigen Genehmigung der vorgesetzten Behörde abhängig zu machen und Genehmigung nur dann zu erteilen, wenn für den Konsumverein ein unabwiesbares Bedürfnis besteht und die dienstliche Tätigkeit des Beamten nicht darunter leidet. Beamte, welche vermöge ihrer Tätigkeit Warenbezugsquellen erschaffen können, sind völlig ausgeschlossen. Auch soll unter keinen Umständen den Beamten mit Rücksicht auf solche Nebenämter eine Einschränkung der dienstlichen Aufgaben zugestanden werden. Eine Begünstigung der Konsumvereine, insbesondere hinsichtlich der Behandlung eingehender Güter usw., ist grundsätzlich auszuschließen. Endlich ist das Einschleichen von Warenangeboten in Diensträumen unzulässig.“

Eine Nachlese von der Bergarbeiterbewegung im Saarrevier. Die Erregung der Saarbergleute über das christliche Komödientpiel zeigt sich am deutlichsten in den Versammlungen, die jetzt nach der Bewegung im Saarrevier abgehalten werden. Alle Versammlungen, die der päpstlich-geduldete Streikbrechergewerkschaft abhielt, arteten in Radikalisierung aus; einige wurden sogar polizeilich aufgelöst, während die Versammlungen, die der alte Verband abhielt, glänzend verliefen und gut besucht waren. Selbst in rein katholischen Bergmannsdörfern fanden überfüllte Versammlungen des alten Verbandes statt und alle Versuche einzelner Fanatiker, die Leute gegen die „Sozialdemokraten“ aufzuheizen, blieben erfolglos. Wenn in den christlichen Versammlungen die Redner von Erfolgen der Bewegung sprachen, oder die Notwendigkeit des Waffenstillstandes erklärten, erhob sich allgemeine Heiterkeit. Der alte Verband hat nach der Bewegung über 30 Versammlungen abgehalten, die, obgleich die „Saarpost“ die Bergleute vor dem Besuch warnte und trotzdem mehrere Geistliche von der Kanzel herunter den Besuch ausdrücklich verboten hatten, riesig besucht waren. Jetzt kommt man auch hinter verschlossene Schläge der christlichen Führer. Ein christlicher Konferenz-Delegierter wollte in einer Versammlung den Streikabbruchbeschluss damit rechtfertigen, indem er erklärte, daß man doch mit 6000 Organisierten keinen erfolgreichen Streik hätte unternehmen können. Noch nach dem 15. Dezember teilte die Zentrumspreffe mit, daß mehr als 3500 Saarbergleute sich durch Unterschrift mit dem Vorgehen des Gewerkschaftsvereins einverstanden erklärten und daß sich jeden Tag Hunderte, ja Tausende zur Neuaufnahme meldeten, sobald, wenn die Zentrumspreffe die Maßgabe geschrieben hätte, am Monatschluss mindestens 4900 Mann hinter dem Gewerkschaftsverein stehen müßten. Was ist nun die Wahrheit bei diesen unterschiedlichen Angaben? Wie stark die katholische Geistlichkeit, den Anweisungen der päpstlichen Enzyklika entsprechend, gegen den Streik gewirkt hat, geht aus einem Hirtenbrief hervor, den der Bischof von Trier an die Dekanate des Saarreviers am 28. Dezember erlassen hat, der folgendermaßen lautet: „Lieber Herr Dekan! Obgleich ich fest überzeuge bin, daß Euer Hochwürden in Ihrer Liebe für Ihre Pfarrkinder alles aufbieten werden, Sie von dem ungeliebten Streik zurückzuhalten, so glaube ich doch, in letzter Stunde Sie insofern bitten zu sollen, die Arbeiter vor einem unüberlegten Schritt zu warnen. Ohne mich in die schwerbedenklichen Fragen im einzelnen einzumischen, bin ich doch der Meinung, daß nach den Erklärungen, die der Herr Minister öffentlich gegeben hat, sowohl betreffs der Arbeitsordnung, als auch der allmählichen Erhöhung der Löhne, jeder vernünftige Grund, die Arbeit einzustellen, ge-

schwunden sein dürfte. Ich hoffe und bitte zu Gott, daß die Bergleute nicht dasselbe Elend für sich und ihre Familien und ihre Zukunft hinaufbeschreiben, das sie nach dem Streik von 1893 betroffen hat. Wie bitter haben es die guten Leute bereuen müssen, wie viele haben es mir später selbst gestanden, daß sie damals unieren wohlmeinenden Reden nicht gefolgt, unsere warnende Stimme nicht gehört haben. Eure Hochwürden bitte ich, in geeigneter Weise von dieser meiner Bitte Ihre Herren Kapitulare verständigt zu wissen. Wir wollen alle innigst beten, daß die Vorherrschaft des Friedens, welche in diesen Tagen verkündet wurde, in die Herzen aller dringe, das Elend des Streikes abwende und den Arbeitern die Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche dauernd sichern möge. In der Liebe Christi Ihr ergebenster M. Felig, Bischof von Trier.“

Krankenkassenverbände und Leipziger Ärzteverband.

Erklärung.

Die Krankenkassen-Zentralverbände, welche die Interessen von über 14 Millionen Versicherter vertreten, Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter aller Parteien in sich vereinigen und in der Urzfrage in allen Punkten völlig einig gehen, haben bereits bei früherer Gelegenheit fundgegeben, daß sie den dringenden Wunsch hegen, mit den Ärzten in Frieden zu leben und eine Verständigung auf allgemeiner Grundlage herbeizuführen. Nachdem die vom Reichsamt des Innern in dankenswerter Weise eingeleiteten Einigungsverhandlungen zwischen den Verbänden der Krankenkassen und der Ärzte vorläufig gescheitert sind, hatten es die Krankenkassenverbände für geboten, vor der Deffektivität folgendes festzustellen:

1. Die Krankenkassenverbände waren bereit, an den Einigungsverhandlungen teilzunehmen auf der Grundlage, die in der Einladung des Herrn Staatssekretärs Dr. Delbrück zu einer Konferenz im Reichsamt des Innern am 13. November 1912 gegeben war. Die Krankenkassen hatten sich hierzu unter Zurückstellung schwerer Bedenken entschlossen und obwohl sie nach ihrer aufrichtigen Überzeugung durch die Fassung des Entwurfs der Vereinbarung bei den Verhandlungen von vornherein in eine ungünstige Stellung gebracht waren. Demgegenüber ist der Leipziger Ärzteverband trotz wiederholter Vorstellungen der Reichsregierung dabei verblieben, daß er Vertreter zu den Einigungsverhandlungen nur dann entsenden werde, wenn die Teilnahme der Ärzte daran auf die Vertretung seiner Richtung beschränkt werde. Mit Recht hat es Herr Staatssekretär Dr. Delbrück abgelehnt, sich von dem Leipziger Verband in dieser Beziehung Vorschriften machen zu lassen, und erklärt, daß der Leipziger Verband das Zustandekommen einer Konferenz verhindern will und somit die Verantwortung für das Scheitern des Vermittlungsversuches der Regierung trägt.

2. Die gesamten Krankenkassen-Zentralverbände sprechen sich weiter einmütig aus gegen Sonderverhandlungen zwischen Krankenkassen- und Ärztekreisen für einzelne Bundesstaaten, weil nach ihrer Ansicht auf diese Weise der herbeigesehnte Friede in vollem Umfange nicht zu erreichen ist. Keine der beiden Parteien würde bei solchen Einzelverhandlungen mit vollkommener Freiheit vorgehen können, weil sie sich durch Rücksichten auf die Gesamtheit gebunden fühlen würde. Einigungsverhandlungen können nur dann Zweck haben, wenn sie durch die Zentralverbände und für das ganze Reich geschehen.

3. Der Leipziger Ärzteverband steht den Krankenkassen kampfbereit gegenüber; er hat für einen allgemeinen Kampf einen Millionenfonds angeschafft, er hat örtliche Ärztevereinigungen geschaffen, die rein wirtschaftliche Zwecke verfolgen. Diese Vereine sollen in Zukunft allein noch Beiträge schließen mit den Krankenkassen und den anderen Körperschaften, welche auf die Ärzte angewiesen sind. Nach dem Willen des Leipziger Verbandes sollen in Zukunft die einzelnen Ärzte überhaupt keine Beiträge unterzeichnen. Den Krankenkassen ist es in Wahrung ihrer wichtigsten Interessen und ihres Bestandes unmöglich, die zur Genüge bekannten Forderungen des Leipziger Verbandes zu erfüllen. Bei dieser Sachlage und bei der drohenden Kampfesstellung des Leipziger Verbandes müssen die Krankenkassen erwarten, daß entweder ihnen die ärztliche Hilfe, nötigenfalls durch beamtete Ärzte, sichergestellt wird, oder daß sie in Streitfällen von der Gewährung der ärztlichen Behandlung entbunden und alsbald ermächtigt werden, an deren Stelle die im Gesetz vorgesehene Geldleistung zu geben.

Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Dresden. Hauptverband deutscher Betriebskrankenkassen, Essen. Gesamtverband deutscher Krankenkassen, Essen-Köln. Allgemeiner deutscher Knappschaftsverband, Berlin. Verband deutscher Innungskrankenkassen, Hannover. Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen, Berlin.

Aus Nah und Fern.

Die unpolitischen Kriegervereine. Der Militärverein in Themar (Sachsen-Meinungen) sandte an einen ihm als Mitglied angehörenden Arbeiter, der es waarte, sich gewerkschaftlich zu organisieren, folgendes Schreiben: „Ihnen zur Mitteilung, daß Sie laut Versammlungsbeschluss vom 5. Januar 1913 wegen „sozialdemokratischer Untriebe“ (!) aus dem Militärverein Themar ausgeschlossen worden sind.“ — Wer also einem Kriegerverein angehört, hat nicht nur „patriotische Gesinnung“ zu zeigen, sondern man verwehrt es ihm auch, sich einer Gewerkschaft anzuschließen, die für eine materielle Verbesserung seiner Lebenslage eintritt. Deshalb gibt es für einen klassenbewußten Arbeiter hierin nur eine Parole: „Heraus aus dem Kriegerverein!“

Manbauhall auf ein Dienstmädchen. Im Hause Wilowstraße 27 in Berlin wurde Mittwoch gegen 11 Uhr vormittags das Dienstmädchen Erna Görnlein, das bei dem Arzt Dr. Budde in Stellung ist, in Abwesenheit der Herrschaft von einem unbekannten Mann überfallen. Der Räuber hatte sich vorher telephonisch darüber unterrichtet, daß das Mädchen allein in der Wohnung war. Eine halbe Stunde später klingelte er, mit Postmantel und Postmütze angetan, an der Wohnungstür, stellte sich als Telephonarbeiter vor, der den Fernsprecher nachsehen solle; darauf wurde er von dem ahnungslosen Mädchen eingelassen. Kaum hatte er die Wohnung betreten, als er über das Mädchen herfiel, im die Hände fesselte und einen Knebel in den Mund steckte. Dann brach der Verbrecher die Schreibtischschreiber auf und nahm eine Kassetten mit etwa 60 Mk. an sich. Inzwischen war es dem kräftigen Mädchen gelungen, eine Hand aus der Schlinge zu befreien, einen Pfeffertopf zu ergreifen und dem Einbrecher den Inhalt in die Augen zu schleudern. Nun ließ der Räuber die Kassetten fallen, zog ein Messer und stürzte sich auf das Dienstmädchen. Da aber in diesem Augenblick am Hintereingang geklingelt wurde, brachte er dem Mädchen nur einige ungefährliche Schnitte am Unterarm bei, ließ die Kassetten im Stich und entfloh über die Bordertreppe. Auf die Hilferufe des Mädchens wurde sofort die Verfolgung des Täters aufgenommen, doch gelang es ihm, zu entkommen.

Johann Dittmer

Fernsprecher 2634.

Drögestraße 12 a, Ecke Warendorpstraße.

Fernsprecher 2634.

Inventur-Ausverkauf

vom 18. Januar bis 2. Februar.

Kolossale Preisermäßigungen in allen Abteilungen.

Rote
Lubeca-Marken.

Große Posten Reste enorm billig.

In der Markthalle Stand 37 empfehle
prima russische Mast-Gänse Pfd. 73 Pfg.,
reines Gänseschmalz 1.20 Mk., Gänsegebraten pro Pfd. 50 Pfg.,
besond. preiswert frisch gefalzt. Gänselein 50 Pfg.
Wilh. Schwarz, Gänse-Spezialhandlung,
460) Unterstraße 100. — Fernruf 2042.

Ia. kleine Rauchstücke per Pfund 100⁴⁸
Ia. ger. fetter Speck 100⁴⁸
b. Abn. v. 4 Pfd. v. Pfd. 100⁴⁸
" ger. magerer Speck 100⁴⁸
b. Abn. v. 4 Pfd. v. Pfd. 100⁴⁸
" bestes weißes Schmalz 90⁴⁸
b. Abn. v. 4 Pfd. v. Pfd. 90⁴⁸
" Hausm.-Leberw. 100⁴⁸
Ia. ger. Schweinsbacken 100⁴⁸
ohne Knochen per Pfd. 100⁴⁸
" ger. Schweinefleisch 100⁴⁸
ohne Knochen per Pfd. 100⁴⁸
" Eisbeine 70⁴⁸
frisch u. gepöfelt pr. Pfd. 70⁴⁸
" Bratenfett 60⁴⁸
per Pfd. 60⁴⁸
Ia. dicke, frische Flomen
Karl Lahrtz, M. Lahrtz, Büttcherstraße 1416.

Morgen Sonnabend
Eröffnung meiner Lokalitäten
in meinem neuerbauten Hause
Margaretenstraße 9.

Halle mich meinen Gästen und Bekannten bestens empfohlen.
Klubzimmer stehen Vereinen zur Verfügung.
Hochachtungsvoll G. Lorenzen
Restaurant zur Himmelsleiter.

25jähr. Stiftungsfest
des Athleten-Klubs „Hansa“ von 1888
am Sonnabend, dem 18. Januar 1913
in den „Zentral-Hallen“.
Anfang des Konzerts 7 Uhr. (801) Anfang des Balles 8 Uhr.
Der Vorstand.

Achtung!
Zentralverband der
Zimmererer.
Zahlstelle Lübeck.
Ortsgruppe Schlutup.
Versammlung
am Sonntag, 19. Januar 1913
nachmittags 4 Uhr
im Lokale des Herrn Saborowski
in Schlutup.
Zahlreiches Erscheinen wünscht
Der Vorstand.

Achtung!
Arbeiter-Sängerbund.
Versammlung
aller der Verzeichnung
entgegenstehenden Vereine
in Lübeck
am Sonntag, dem 19. Januar
vormittags 10 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
Weshalb und warum ver-
schmelzen wir uns.
Ebenfalls findet nachm. 3 1/2 Uhr
in Schwartau
eine
Versammlung
beider Vereine
im Gasthof „Transvaal“ statt.
Der Bezirksvorstand.

Deutscher
Holzarbeiter-Verbd.
Zahlstelle Lübeck.
Sektions-Versammlung
der
Maschinen- u. Hilfsarbeiter
am Sonnabend, 18. Januar
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht.
2. Wahlen.
3. Verschickenes.
Die Branchenleitung.

Verband der
Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.
Dürft. Stockelsdorf.
Versammlung
am Sonntag, d. 19. Januar
nachmittags 4 Uhr
im Lokale des Herrn H. Dose.
Vortrag des Kollegen Radde.
Der jährliche Bericht wird erstattet
Die Branchenleitung.

Konzert
Zauberflöte.
Morgen abend (Sonnabend)
u. Sonntag wieder humorist.
Bockbierfest
unter Leitung des Oberbocks
„Rehr“
Kappen und Lieder gratis.
Eintritt frei.
Ludwig Kock.

Großer
Abonnement
im Hansa-Theater
Kabarett
(Karnev.-sittimung).
Sonntag, den 19. Januar,
nachmittags ab 4 Uhr
Kabarett-Programm
Entree frei.

Kalnbergs Variété.
Neue Künstler.
Neuer Jubel. — Neuer Erfolg.
Beginn 8 Uhr. Entree 20 Pfg.

Hansa-Theater.
Sonnabend, d. 18. Jan.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Gastspiel der
Schlierseer.
Musikantendeandl
Gr. Bauernkomödie v. Werner
Nach d. Vorstellung ab 11 Uhr:
Kabarett. Neue Künstler
Sonntag, den 19. Jan.,
nachm. 4 Uhr.
Kleine Preise.
Die Leni v. Oberammergau
Volksstück.
Abends 8 1/2 Uhr:
Aus der Art geschlagen.
Volkschauspiel. (454)

Stadthallen-Theater.
Direktor: G. Feldhufen.
Berliner Ensemble-Gastspiel.
Heute Freitag, d. 17. Jan., 8 1/4 Uhr:
Premiere:
Die abgetretene Frau.
Schwan in 3 Akten von J. Hoff.
Überall kolossaler Lacherfolg.
Sonnabend: Die abgetretene Frau.
Sonntag: Keine Vorstellung.
Vorverkauf bei Herrn Friedr. Nagel,
Markt 14, und bei Herrn Carl Roll,
Kohlmarkt 21.

Neues Stadttheater.
Sonnabend, 18. Januar 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.
103. Vorst. i. B.-H. Nuper Sonnab. 18.
Richard-Wagner-
Jahrhundert-Feier.
Sonntag, den 19. Januar 1913.
Nachm. 3 Uhr. Ende 5 1/2 Uhr.
3. Volksvorst. z. Einheitsspr. v. 75 Pfg.
Zar und Zimmermann.
Kom. Oper von H. Vorhagen.
„Marie“ — Balletka Martini a. G.
Die Verlosung der Plätze findet
heute und morgen von 8-9 Uhr
abends an der Kasse statt. (455)
Abends 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.
104. Vorst. i. B.-H. Nuper Sonnab. 18.
Madame Butterfly.
Oper von G. Puccini.
In Vorbereitung: König für
einen Tag. Oper von Adam in d.
Bearbeitung von P. Wolff.

Fast für 1/2 Preis die Restbestände (451) Damen- u. Kinder-Konfektion im Inventur-Ausverkauf.

Schwarze Frauen-Mäntel 8⁵⁰
jetzt 19.50 bis
Schwarze Frauen-Häuser
Damen-Ulster und Paletots 4⁵⁰
jetzt 16.50 bis
Konfirmanden-Paletots 7⁵⁰
zum Ausschneiden 1 Serie Wert bis 16.50 . . . jetzt
Konfirmanden-Kleider 12⁵⁰
1 Serie Wert bis 19.00 . . . jetzt
Musselin-Blusen 2⁷⁵
1 Serie Wert bis 9.80 . . . jetzt
Woll-Blusen 2⁵⁰
1 Serie Wert bis 8.50 . . . jetzt
Morgenröcke 4⁵⁰
Wert bis 9.80 für

Restbestände
Herren- u. Knaben-Konfektion
Loden-Joppen Serie III II I
Wert 6.80 bis 15.00 . . . 9⁵⁰ 6⁷⁵ 4⁹⁰
Herren-Anzüge Serie III II I
Wert 18.50 bis 29.00 . . . 19⁵⁰ 16⁵⁰ 12⁸⁰
Konfirmanden-Anzüge Serie III II I
9⁵⁰ 6⁵⁰ 4⁵⁰
Ulster für Jünglinge für 1/2 Preis.



Breite Strasse 44-46.

Das Ende der französischen Herrschaft in Lübeck.

V.

Gleichzeitig erließ Oberstleutnant von Bentendorf eine strenge Aufforderung zur Aufgabe des seiner Meinung nach noch in Lübeck versteckt gehaltenen französischen Staats- und Gouvernementseigentums, welcher am folgenden Tage eine an den Senat gerichtete Note folgte, in welcher ausgesprochen wurde: „daß Lübeck, welches durch die Truppen Sr. Majestät des Kaisers aller Reußen vom französischen Joch befreit sei, jetzt dazu beitragen müsse, seine Freiheit zu erhalten und zu bewahren. Demnach sei ein Korps zu stellen, welches sich an die vorwärts rückenden aktiven Armeen anschließe, um teilzunehmen an dem gemeinschaftlichen Kampfe für Deutschlands Unabhängigkeit. Ferner sei eine bewaffnete Macht in der Stadt selbst aufzustellen zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und zur Abwehrung feindlicher Parteien, die vielleicht im Laufe des Krieges in das Gebiet der Stadt einfallen könnten.“

Daneben wurde auch noch verlangt, daß die Stadt zu dem unter Lettenborns Leitung zu organisierenden Freikorps von 1200 Mann starken Korps solle ein Mann gestellt werden, der sowohl das Vertrauen des Barons von Lettenborn als auch der Bürger Lübecks besitze. Ueber die Unterhaltung des Freikorps und anderer notwendig werdenden Ausgaben solle das Nähere mit der Stadt verhandelt werden. Schließlich wurde dem Senat noch auferlegt, für die Errichtung eines, in gesunder Lage der Stadt anzulegenden Lazarets Sorge zu tragen und die Leitung desselben einer städtischen Kommission zu übertragen.

In einem sehr herrischen Ton forderte der „Befreier“ Bentendorf den Senat auf, hierüber sofort Beschluß zu fassen und ihm unverzüglich hiervon Mitteilung zu machen. Auch ließ er folgen, das Freikorps betreffende Bekanntmachung publizieren:

„In Hamburg, Lübeck und Bremen soll ein Korps freiwilliger errichtet werden, das den Namen hanseatische Legion führen und einen Teil der norddeutschen Armee ausmachen wird. Diejenigen mehrfachen Jünglinge und Männer der Stadt Lübeck und ihres Gebietes, welche sich dem Dienste des Vaterlandes weihen wollen, werden hiermit aufgefordert, sich ohne Verzug in dem bei mir zu diesem Behufe errichteten Bureau zu melden. Das in Lübeck zu errichtende Korps wird aus Jägern zu Fuß und zu Pferde bestehen, und von der Stadt Lübeck besoldet werden; wer sich selbst völlig ausgerüstet stellt, wird sich um so verdienstvoller ums Vaterland machen. Diesen sich selbst equipierenden Personen dient zur Nachrüstung, daß die Kleidung, sowohl des Jägers zu Fuß als zu Pferde, in einem dunkelgrünen Kasack oder Oberrock ohne Knöpfe und in weiten Pantalons von eben der Farbe, worunter Stiefeln getragen, bestehen soll und in einer grauen Mütze, mit oder ohne Schirm. Im Bureau wird ein Musteranzug ausgestellt werden. Diejenigen, die nicht die Mittel sich zu equipieren haben, werden aus einer besonders dazu errichteten Kasse ausgerüstet werden.“

Da diese Anforderungen nicht aus den vorhandenen Staatsmitteln gedeckt werden konnten, sah sich der Rat

veranlaßt, schon unterm 23. März 1813 nachfolgenden Aufruf „an Lübecks patriotische Bürger“ zu veröffentlichen:

„Bürger Lübecks! Ihr seht mit freudiger Nüchternheit aus Eurer Mitte eine mutige junge Mannschaft zu den Fahnen der hanseatischen Legion weiteilend eilen, um unter tapfern Heerführern unseres siegreichen Erretters, Alexander, des erhabenen Beherrschers aller Reußen, sich zu versammeln. Es bedarf Eurer wirksamen Unterstützung zur Ausrüstung und Besoldung derer unter diesen ruhmvoll bereitwilligen Kämpfern für Eure Freiheit, die solcher Hilfe nicht entzogen können. Eine Kasse, unter der Verwaltung von Mitgliedern des Rates und einiger Bürger, muß unverzüglich errichtet werden.“

„Teure Mitbürger, die Ihr seit wenigen Tagen uns wiedergegeben seid, wie wir Euch, Ihr werdet unsern Ruf nicht vergeblich an Euch ergehen lassen. Auf denn! Jeder von Euch leiste froh und reichlich Beitrag nach seinem Vermögen. Mit dem morgenden Tage werden für jedes der vier Stadtquartiere Bürger zu Unterzeichnungen eröffnet werden, mit der Aufforderung, dadurch zu doppeltem Beitrage sich zu verpflichten; zu dem einen als Anleihe, die hernach allgemein, nach verhältnismäßigem Steuerfuße, verteilt werden soll; zu dem andern als Gabe, auf dem heiligen Altar des Vaterlandes geopfert. Die Senatoren, Herren Reußen und Behnde, denen vier Bürger sich zugesellen werden, nehmen die unterzeichneten Summen entgegen und verwalten die Kasse.“

„Mitbürger, Eurer wackern Ahnen würdig, wir vertrauen auf Eure eifrigste Bereitwilligkeit. Diese Opfer werdet Ihr noch erschwingen, so lastvoll und erschöpfend auch die Tausende waren, die Ihr in jahrelanger Bedrückung bringen mußt. Es gilt Erhaltung der köstlichen Freiheit, Unterstützung der edlen Jugend, die sich, von den heiligsten Antrieben begeistert, dem Vaterlande weiht.“

Dieser Aufruf hatte insoweit Erfolg, als für die Anleihe 39 870 Mark kulant, für die freiwilligen Gaben 50 000 Mark zusammenkamen. Auch sonst war man in allen Kreisen des Bürgertums bemüht, dem Drängen Bentendorfs nachzukommen. So wurden von einem Kreis junger Mädchen 404 Mark 9 Schill.; vom „Berein junger Armenfreunde“ 1535 Mark 4 Schill. beigegeben. Fast alle Aemter und zum Teil auch deren Gefellen, mehrere Schulen, eine Sterbekasse, Witwen, Kinder mit Hilfe ihrer Sparbüchsen, Anechte, Dienstmädchen, alle trugen nach Kräften zur Ausrüstung der Vaterlandsverteidiger bei. Eine angesehenere Dame schenkte 300 Hemden. Ringe, Tuchnadeln, Uhren und Silberfachen wurden geopfert; die Travemünder Bürger schenkten den bisher von ihrem Schützenkönig getragenen silbernen Wogelnebst Kette und Schildern; das gleiche taten die Travemünder Schulkinder. Nichtsdestoweniger reichte dieser Opfermut bei weitem nicht aus, denn schon am 29. April hatte die Equipierungskommission eine Schuldenlast von 150 000 Mark auf sich geladen.

Obwohl sich innerhalb sechs Tagen nach der Bentendorfschen Bekanntmachung schon 272 Freiwillige gemeldet hatten, entsprach diese Zahl doch nicht im geringsten den Erwartungen Lettenborns; er drohte dem Senat

abzusehen und in Fesseln nach Hamburg führen zu lassen, wenn er (der Senat) nicht eifriger wie bisher für die Kompletierung des Freiwilligen-Korps Sorge trage.

Kommunales.

Korruption. Die Entdeckung der Steuerhinterziehungen des liberalen Stadtverordneten Otto zur Hellen in Dortmund hat anscheinend wieder einmal einen Sumpf kommunaler Korruption bloßgelegt; mit der Mandatsniederlegung des Hellen ist in Dortmund keineswegs Ruhe eingekehrt, vielmehr geht nun der Skandal erst recht los. Jetzt ist es der „Generalanzeiger“, der scharf Front macht gegen die Stadtverordneten, die Arbeiten und Lieferungen für die Stadt übernommen haben. Damit macht er sich allerdings nur eine sozialdemokratische Forderung zu eigen. Als die ersten Sozialdemokraten ins Dortmunder Stadtverordneten-Kollegium einzogen, haben sie gleich gefordert, daß Stadtverordnete Arbeiten und Lieferungen für die Stadt nicht übernehmen dürfen. Sie forderten gleichzeitig Namhaftmachung derjenigen Stadtverordneten, die bisher schon für die Stadt gearbeitet und geliefert hatten. Der sozialdemokratische Antrag wurde mit über großer Mehrheit abgelehnt. Nun behauptet der „Generalanzeiger“ nach der Mandatsniederlegung des Herrn zur Hellen, daß dieser viele Jahre konfuzioslos die Gaslieferung für die Stadt gehabt habe. Für Hellen seien diese Lieferungen eine Einnahmequelle von alljährlich 20 000 Mark gewesen. Wenn mal versucht worden sei, die Lieferungen einer anderen Firma zu übertragen, sei Hellen gleich auf dem Bureau des betr. städtischen Beamten erschienen, um die Lieferungen für sich zu erwirken.

Noch haben sich die Dortmunder Bürger nicht von ihrem Staunen über diese Geschichte erholt, da plakt schon wieder eine Bombe. Jetzt behauptet der „Generalanzeiger“, daß auch die Städtische Straßenbahn ihre Wagen nicht direkt beziehe, sondern durch die Vermittlung eines Dortmunder Stadtverordneten. Er deutet an, daß dieser Herr für seine Vermählungen Provision bezogen habe. — Die Stadtverwaltung schweigt zu diesen Anklagen. Außer dem Zentrumsorgan wagt es kein Blatt, die Partei der Beschuldigten zu ergreifen; die „Tremonia“, das Organ des Stadtverordneten und Zentrumsführers Lambert Vensing verteidigt allein die Korruption, sie wendet sich gegen die Forderung, daß die Stadtverordneten von Arbeiten und Lieferungen für die Stadt ausgeschlossen sein sollen. Das sei in Dortmund gar nicht durchführbar.

„weil dann wohl niemand mehr Stadtverordneter werden würde, das Amt des gewerblichen Leben steht. Das Amt eines Stadtverordneten erfordert Zeit und Geld. Wer in mehreren wichtigen Kommissionen mitzuarbeiten berufen ist, hat gewaltige Opfer für sein Geschäft und seine Familie zu bringen, wenn er sein Mandat gewissenhaft ausüben will. Daß der betreffende Stadtverordnete nun noch fernerhin für die Ausübung des Ehrenamtes geschäftlich geschädigt werden soll, wäre eine durch nichts gerechtfertigte Härte.“

Die „Tremonia“ betrachtet also die Übertragung von städtischen Arbeiten und Lieferungen an Stadtverordnete gewissermaßen als Entschädigung für die ehrenamtliche Tätigkeit. Dann ist es allerdings zu verstehen, daß sich so viele Kandidaten, namentlich vom Zentrum, gleichsam auf Leben und Tod um den Besitz eines Stadtverordnetenmandats reißen. Bei der nächsten Stadtverordnetenwahl wird hoffentlich Rehraus gehalten mit diesen Rußnießern des Steuerfackels.

Eine Lebensfrage.

Erzählung von Theodor Mügge.

(7. Fortsetzung.)

„Also durch Wettbewerb und Verwandtschaft empfohlen, sagte Hertner. Ich kann mir die Wege nun wohl denken und glaube allerdings, daß es gehen wird, wenn Du Dich klug zu benehmen weißt.“

Das sagte die Tante auch, und daran soll es mir nicht mangeln. Eben war der Schwager des Geheimrats bei mir, der im Kabinett des Staatskanzlers arbeitet.“

Herr von Sternau, der ehemalige Gardeoffizier? Jawohl, er ist sehr geschickt und mir zugetan. Sobald meine Arbeit hier fertig ist, geht sie durch seine Hände an den Minister. Es ist nämlich eine Abhandlung über den Einfluß der Kunst auf Volkserziehung und Volksbildung.“

So, sagte Hertner, das ist eine schöne Aufgabe; aber dieser Sternau hat nicht den besten Ruf. Ich habe zufällig davon gehört. Er soll leichtsinnig sein, Schulden machen, überhaupt ein laoderes Leben führen.“

Der Doktor hörte aufmerksam zu, doch sein Gesicht wurde immer lächelnder, und endlich schüttelte er den Kopf. Er ist sehr lebenswürdig, erwiderte er, ein schöner Mann und jung, daher gefällt er; aber wer solche Vorzüge besitzt, wird am leichtesten verleumdet. Wenn das wahr wäre, würde er im Hause des Geheimrats nicht so beliebt sein, ebensowenig in manchen anderen vornehmen Häusern, selbst bei dem Staatskanzler, und die Tante würde ihn schon führen. Er lächelte und rieb sich die Hände, was er immer tat, wenn er von einer Sache fest überzeugt war.

Hertner verzog dabei keine Miene. — Wie geht es denn Deinem kleinen Gottlieb? fragte er.

Sehr gut geht es ihm. Der Junge wird bald ein Jahr alt. Siehst Du, Rudolf, wenn ich Professor bin, Direktor des Museums und Rat im Ministerium, kann ich einmal ganz anders für ihn sorgen.“

Sorgst Du denn jetzt für ihn? fragte Hertner. Hast Du ihn gesehen?

Gesehen? Nein, seit einigen Tagen nicht. — Er ist ein wenig unwohl an den Zähnen, doch die Tante sagte mir, es habe nichts zu bedeuten.“

Dein Onkel hat das Kind gestern gesehen, er meint, es sei krank.“

Krank? — Er sah Hertner ungläubig an. Es kann nicht sein, erwiderte er, die Tante würde es mir doch gesagt haben und Marie — von der hätte ich es auch erfahren. Sie ist sehr gut, sehr lieb.“

Das ist sie, versetzte Hertner. Bei alledem aber könnte es doch sein, daß der arme Knabe sich übel befände, und der Onkel recht hätte.“

Ich glaube es nicht! rief Johannes, will aber doch mit der Tante sprechen.“

Sprich doch zunächst, wenn Du selbst Dich überzeugt hast, mit Deiner Frau darüber.“

Meine arme Emma ist heute recht unwohl, antwortete er. Das macht mir mehr Sorge als das Kind. Aber Du mußt ihr doch guten Tag sagen, Rudolf; ich will mich erkundigen, wie es ihr geht.“

bleib, sagte Hertner ihn zurückhaltend, und als Johannes eine Einwendung machte, setzte er hinzu: Deine Frau ist nicht zu Haus.“

Nicht zu Haus? rief der Doktor erfreut, dann ist ihr Kopfschmerz auch gewiß vorüber.“

Sie ist mit der gnädigen Tante und dem Herrn von Sternau ausgefahren. Als ich die Straße herauf kam, rollte der Wagen an mir vorüber.“

Eine Spazierfahrt in die frische Luft, sagte Johannes freundlich. Der Tag ist sehr schön, das wird ihr gewiß recht gut tun.“

Du weißt also gar nichts davon?

Nein. Warum sollte sie mich stören? Und die Tante ist ja bei ihr. Die Tante sagt ganz richtig, eine Frau muß dem Manne gegenüber ihre Selbstständigkeit bewahren.“

Und Du weißt auch nicht, wohin sie gefahren sind?

Wie sollte ich das wissen? Ich werde es nachher schon hören.“

Ich kann es Dir sagen, erwiderte Hertner, denn ich erkundigte mich bei Peter, oder, wie er jetzt genannt wird, bei Franz, und er antwortete mir, daß, wie er gehört habe, die Fahrt nach dem Park ginge, wo ein Haus begeben und von der gnädigen Frau Tante gemietet werden sollte.“

Ah richtig! rief der Doktor, das ist wahr, ich hatte es vergessen. Ja, lieber Rudolf, das ist notwendig, denn wenn ich die Professur erhalte, so kann ich hier nicht wohnen bleiben. Ich wohne zu entlegen und muß dann doch manche Leute bei mir sehen, die nicht hierher kommen würden.“

Das eine folgt aus dem andern, sagte Hertner.“

Jawohl, wir müssen uns danach einrichten, aber da fällt mir ein, daß ich heut noch an Dich schreiben wollte. Ich gebrauche Geld dazu.“

Und Du willst es von mir haben. Doch nicht so gleich?

Nein, aber doch bald, und wenigstens für jetzt etwas. Meine Kasse ist leer.“

Leer? erwiderte Hertner verwundert. Vor nicht langer Zeit hast Du eine ansehnliche Summe empfangen; alles was Du zu fordern hattest.“

Aber ich habe wirklich nichts mehr davon.“

Hertner sah ihn scharf an. Der Doktor lächelte verwirrt; es war ihm, als drängen die Blicke seines Freundes pfeifartig in ihn hinein.“

Es ist alles fort, wiederholte er, Du wirst mir aushelfen müssen.“

Wieviel? fragte der Fabrikant.“

Tausend Taler sagte der Doktor rasch. Wenn ich das Haus verkaufe, zahle ich sie Dir zurück, auch was ich weiter brauchen werde.“

Du sollst das Geld morgen erhalten, erwiderte Hertner. Zu betreff dessen, was Du weiter brauchst, überlege erst, was Du tust.“

Die Tante wird es einrichten, antwortete Johannes, mit Emma zusammen. Meine arme Emma ist so leidend, sie muß frische Luft haben, und im Park ist die Luft am besten.“

Wächstest Du nicht mit Deinem Onkel zunächst darüber sprechen? Willst Du ihn nicht besuchen?

Gerne, gewiß will ich! versetzte der Gelehrte. Es wird ihm zwar nicht ganz recht sein, ich weiß, er wird Einwände machen, allein ich werde ihn überzeugen. Sage ihm nur zunächst, was mir bevorsteht und was ich vorhabe, mein lieber Rudolf. Du bist einseitig und kennst die Weltverhältnisse. Der Onkel ist herzensgut, aber er ist alt und zuweilen doch wunderbar in seinen Vorurteilen.“

Was nennst Du Vorurteile?

Er mag die Tante nicht leiden. Ich glaube fast, er zürnt darum auch auf Emma, und das tut mir doppelt weh, denn Emma ist das Liebste und das Beste, was ich auf Erden besitze.“

Ich werde mit Deinem Onkel reden, erwiderte Hertner seinen Hut nehmend, indem ich Dich aber jetzt verlasse, höre ein letztes Wort, Johannes. Wer sich tatkräftig im Leben zeigen will, muß die Augen offen haben und weder schwach gegen sich selbst sein, noch die Schwächen anderer Menschen verkennen. Tue also Deine Augen auf. Was die Menschen Güte nennen, ist recht häufig bebauerliche Schwäche. Auch die Liebe darf nicht schwach sein. Und nun Gott befohlen, Johannes!“

Meine arme Emma! flüsterte der Doktor von der Tür zurückkehrend, sie sind dir nicht zugetan, ich merke es wohl; aber sie kennen dich nicht, und sie wissen nicht, fügte er noch leiser hinzu, daß dein Glück mir über alles geht.“

Aus der Partei.

Zur Eröffnung des württembergischen Landtages. Entsprechend dem kürzlich mitgeteilten Beschlusse der Fraktion haben die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten an der Eröffnung des Landtages, die dort in dem Parlamentsgebäude durch den König geleitet, mit Ausnahme der Genossen Westmeyer, Sperfa, Engelhardt und Hofsta, teilgenommen. Die Stuttgarter „Tagwacht“ nimmt dagegen in einem Artikel scharf Stellung und sagt u. a.: „Unsere Landtagsfraktion hat es vorgezogen, freiwillig dem Rummel beizuwohnen und den Willen und das Gefühl unserer deutschen Parteimitglieder zu verleiden. Mit Ueberlegung und Absicht. Denn der Tag gingen Beratung und Best-lussfassung voraus. Die Fraktion sagt, es handelt sich um „einen in der Verfassung vorgeschriebenen Akt“. Wir finden in der Verfassung keine Stelle, nach der unsere Fraktion auch nur die geringste Verpflichtung hätte, an der „von den bürgerlichen Parteien der Zweiten Kammer veranlasseten monarchischen Huldigung“ teilzunehmen. Weiß die Fraktion es anders, dann möge sie uns die Bestimmungen in der Verfassung nennen, durch die sie zum Schutze irgendwelcher profanarischen Rechte und Interessen gezwungen war, gegen die Grundzüge und die Tradition der republikanischen Sozialdemokratie zu handeln. Wir verstehen nicht recht die Bemerkung im Fraktionsbeschlusse: es entspricht der Absicht der Fraktion sich nicht an dem höflichen Kumbum zu beteiligen. Wir glaubten zunächst, unsere Fraktion wolle erst den oben geschilderten feierlichen Akt mit monarchischer Dekoration und monarchischer Huldigung vorübergehen lassen und dann den Sitzungssaal des Landtags betreten. Wir haben uns aber geirrt, denn unsere Abgeordneten, mit Ausnahme der genannten, haben dem ganzen Rummel mit Hurra und Hoch beigemohnt und ihn durch ihre Anwesenheit — wenn sie sich selbstverständlich auch passiv verhielten — sanktioniert! Wozu das geschehen ist, ist uns um so weniger verständlich, als ja die eigentlichen Funktionen des Landtages erst begannen, nachdem der Hof unter Hochrufen abgezogen war. Erst dann trat Genosse Tauscher als Alterspräsident auf, um die nächste Sitzung auf den folgenden Tag zur Vornahme der Präsidentenwahl usw. anzuberaumen. Und damit war überhaupt alles erledigt. Unsere Fraktion hätte nichts verübelt, wenn sie dem ganzen Eröffnungsrummel ferngeblieben wäre! Unsere Reichstagsfraktion tut das übrigens regelmäßig.“

In einem zweiten Artikel, der sich mit der Eröffnungsfeier beschäftigt, wird ebenfalls der höfliche Formelkram bei Eröffnung des Landtages verurteilt und darauf hingewiesen, daß unsere Genossen keinen Anteil an dem „feudalen Wert“ haben. Sie erschienen in dem Hause, in das sie das Volk entsandt, um das Programm der Regierung, das in der Thronrede entwickelt wird, entgegenzunehmen. In dem einen wichtigen Punkte unterscheidet sich die Parlamentsöffnung in Württemberg von der sonst in Deutschland üblichen, daß die Vertreter des Volkes nicht ins Schloß „besohlen“ werden, sondern das Staatsoberhaupt sich in das Haus der Volksvertreter begibt, um hier verfassungsmäßig den Landtag in Funktion zu setzen. „Und nicht im Saale der „hohen Herren“ vom Oberhaus, sondern im Haus der Volksabgeordneten vollzieht sich der Akt“, schreibt der Verfasser des zweiten Artikels. „Vertreter dieses Hauses, gewissermaßen „Hausherren“ war unser alter und hochverdienter Parteigenosse Tauscher. Wozu sich die Sozialdemokratie in allen Parlamenten und insbesondere im Reichstag stets bereit erklärt hat: alle aus der Verfassung und der Geschäftsordnung sich ergebenden Pflichten zu erfüllen, das hat Tauscher mit der Würde getan, die dem aufrichtigen Volksvertreter geziemt.“

Der Vorstand der Landtagsfraktion erläßt dagegen folgende Erklärung:

„Die Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ hat in ihrem Artikel „Der Eröffnungsrummel im württembergischen Landtag“ die ungeschicklichsten Vorwürfe und Anschuldigungen gegen die sozialdemokratische Landtagsfraktion erhoben. Hätte sich die Redaktion der kleinen Wache unterzogen, bei der Fraktion nach den Beweggründen ihres Beschlusses zu fragen, so würde sie nimmermehr diesen Artikel veröffentlicht haben. Daß sie nicht die geringste Fühlung mit der Fraktion suchte, sondern blindlings das größte Geschick ausspüht, führt uns zu der Annahme, daß sie nicht unterrichtet sein möchte.“

Wir bitten, indem wir gegen die Art des Vorgehens der Redaktion höchstlichen Protest erheben, die Parteigenossen, sich nicht ähnlich in eine erhabte Stimmung verlegen zu lassen.

Zur materiellen Begründung der Haltung der Fraktion möge vorläufig folgendes dienen: Die Fraktion hat sich von denselben Gesichtspunkten leiten lassen, die 1907 und 1911 für sie maßgebend waren. Im Jahre 1907 sind neben einer die jetzigen Uebertreibungen der „Tagwacht“ vermeidenden Darstellung des dekorativen Brimboriums den Parteigenossen

die politischen Gründe der Fraktion mitgeteilt worden. Eine Verhöhnung der Parteigenossen durch das Parteiorgan wurde allerdings vermieiden. Die Parteigenossenschaft des ganzen Landes hat damals die Haltung der Fraktion gebilligt. Die Fraktion würde sich dem Gespött aussetzen, wenn sie in einer solchen Frage das eine Mal so, das andere Mal anders entscheiden wollte. Bei der diesmaligen Entscheidung aber kam noch ein neuer gewichtiger Grund in Betracht. Die Sozialdemokratie hat in allen Parlamenten, wenn sie um die Erfüllung ihrer Ansprüche zu kämpfen hatte, stets erklärt, sie übernehme alle aus der Verfassung und der Geschäftsordnung sich ergebenden Pflichten. Nach der württembergischen Verfassung und der Geschäftsordnung der Zweiten Kammer fiel dem Genossen Tauscher als dem Ältesten die Pflicht zu, das Alterspräsidentium zu übernehmen. Die Erfüllung dieser Pflicht war nur bei Teilnahme an dem Eröffnungsakt möglich. Die Fraktion konnte unmöglich den Genossen Tauscher allein in diesem Akt teilnehmen lassen. Die Annahme der Redaktion, daß die Mitglieder der Fraktion erst nach Schluß der Eröffnungszeremonie hätten eintreten können, beruht auf einer totalen Unkenntnis der württembergischen Verfassung, nach der nur vereidigte Mitglieder an den Sitzungen teilnehmen dürfen. Auch die wiedergewählten Abgeordneten konnten nicht zwischen dem Eröffnungsakt und der ersten Sitzung eintreten, weil der Hinweis auf den früher geleisteten Eid bei Beginn des Eröffnungsaktes erfolgt und sie dabei anwesend sein oder ihren Eintritt auf den folgenden Tag verschieben mußten.

Wenn die Redaktion auf das Verhalten der Reichstagsfraktion hinweist, so hat die Landtagsfraktion eine Parallele mit der Haltung der Reichstagsfraktion bei den verschiedensten Gelegenheiten nicht zu scheuen.

Im übrigen besteht für uns kein Zweifel, daß die erdrückende Mehrheit der Parteigenossen des Landes die Haltung der Fraktion nicht nur billigt, sondern mit großer Befriedigung Kenntnis genommen hat vor der Art und Weise, wie unser Parteiveteran Tauscher das Amt des Alterspräsidenten ausgeübt hat. Im höchsten Grade bedauerlich ist es, daß durch die unberechtigten Angriffe und die falsche Darstellung der Gründe der Fraktion nicht nur die Wirkung der Amtsführung des Genossen Tauscher, sondern auch die Tätigkeit der Fraktion in ihrer Gesamtheit von vornherein aufs schwerste beeinträchtigt und daneben der Parteistreit in Württemberg verschärft wird.“

Auf diese Erklärung erwidert die Redaktion der „Tagwacht“:

„Auf die rein persönlichen Angriffe gegen uns gehen wir nicht ein, damit der Kampf auf streng sachlichem Boden ausgefochten wird. Die Unterstellung einer bösen unparteiigen Absicht weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück. Die Fraktion hat ihre Stellung zur Eröffnungsfeierlichkeit in einer besonderen Erklärung, die in der „Tagwacht“ veröffentlicht worden ist, dargelegt. Diese Erklärung mußte der Redaktion maßgebend sein. Für uns stand die Sache so: 1. Der Fraktion ist bekannt, daß sich die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie klar und deutlich gegen jede Teilnahme an monarchischen Zeremonien ausgesprochen hat. 2. Der Fraktion ist bekannt, daß die sozialdemokratische württembergische Landtagsfraktion noch im Jahre 1901 ausdrücklich gegen jede Teilnahme an den Eröffnungsfeierlichkeiten ausgesprochen hat. 3. Der Fraktion ist bekannt, daß sie ohne Verletzung der württembergischen Verfassung der ganzen Eröffnungsfeierlichkeit fernbleiben konnte. 4. Der Fraktion ist bekannt, daß durch ihr Fernbleiben profanarische Rechte und Interessen nicht verletzt worden wären. 5. Die Tatsache, daß ein Sozialdemokrat Alterspräsident werden konnte, halten wir nicht für bedeutend genug, um deshalb unseren Klassenkampfstandpunkt im Parlament zu verfehlern. 6. Auf diese Punkte geht die Erklärung des Fraktionsvorstandes nicht ein. Wir warten ab, welche politischen und sachlichen Gründe die Fraktion endlich für ihre Haltung anführen wird.“

Zu einer Geldstrafe von 700 Mark wurde am Montag vom Schöffengericht in Bockum der verantwortliche Redakteur des „Schäpumer Volksblattes“, Gen. Bierenkämper, wegen Beleidigung eines Polizeikommissars verurteilt. In einem Bericht über den rätselhaften Tod eines Bergarbeiters, der unter merkwürdigen Umständen in einem Wassertrümpel aufgefunden war, war der Ansicht Ausdruck gegeben worden, daß die Polizei nicht alles getan habe, was zur Aufklärung des Falles nötig gewesen wäre. Dabei war erwähnt worden, daß der Kommissar, als er Einsicht in das bei dem Toten gefundene Mitgliedsbuch des Bergarbeiterverbandes genommen, eine Bemerkung habe fallen lassen, aus der geschlossen werden konnte, daß ihm die Sache nunmehr nicht mehr so wichtig erscheine. (Der Kommissar gilt als ein ganz besonders eifriger Bekämpfer der Sozialdemokratie.) Der Beweis, daß die Äußerung, wie behauptet, gelautet hätte, konnte nicht erbracht werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Spionageprozeß. In dem am Donnerstag vor dem Reichsgericht verhandelten Spionageprozeß gegen den siebzehnjährigen Kaufmann Wily Worg-Weihenfels wurde der Angeklagte wegen versuchten Betrags militärischer Geheimnisse zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Vier Monate wurden als durch die Unteruchungshaft verbüßt angesehen.

Aus Nah und Fern.

Die vom Friedhof verbannte Wahrheit. Im Jahre 1911 wurde bei einem Hafenarbeiterstreik in Duisburg der Hafenarbeiter Friß Meierling von einem Arbeitswilligen namens Brackhage erschossen. Der Täter ist anker Verfolgung gesetzt worden, da er sich angeblich im Notwehr befunden haben soll. Der Transportarbeiterverband ließ im August 1912 auf dem Grabe Meierlings einen Grabstein setzen. Der folgende Inschrift trägt: „Friß Meierling, Hafenarbeiter, geb. am 28. 2. 85. Erschossen am 27. September 1911 von einem Arbeitswilligen“. Nun, am 4. Januar 1913, wurde dem Transportarbeiterverband ein Schreiben der Stadtverwaltung zugeföhrt, in dem es in bezug auf die Inschrift des Denksteins heißt: „Diese Inschrift ist für einen Ruheplatz Verstorbener, also für eine Stätte des Friedens, durchaus unannehmlich und ärgernisregend, da sie anerkundet ist, durch den Hinweis auf den sozialen Klassenkampf, der zweifellos aus der Fassung der Inschrift zu deuten ist, verbitternd und aufreizend zu wirken an einem Orte, wo die sozialen Gegensätze ausgeglichen sein sollten. Die Stadtgemeinde ist als Eigentümerin des Friedhofes berechtigt, sich gemäß der Paragraphen 1004, 903 B.-G.-B. die Zulassung derartigen Inschriften vorzubehalten. Ich ersuche Sie daher, den Grabstein zu beseitigen oder auf demselben eine andere, der Stadtgemeinde genehme Inschrift anbringen zu lassen.“ — Natürlich ist es nicht richtig, daß auf einem Friedhof die sozialen Gegensätze ausgeglichen werden. Das tritt schon rein äußerlich hervor. Wo war aber die Duisburger Stadtverwaltung mit ihrem Streben, die sozialen Gegensätze auszugleichen, als der Streik der Hafenarbeiter mit der Rheinisch-Westfälischen Speditionsgesellschaft und der Firma Schweißer bestand? Da hätte sie bei gutem Willen, sozial ausgleichend zu wirken, doch einspringen müssen. Hätte sie das rechtzeitig und mit dem nötigen Ernst getan, vielleicht wäre dann Meierling noch am Leben. Aber nichts von dem hat sie unternommen. Im Gegenteil: Sie hat mit dem ganzen Aufgebot der Polizeimacht zugunsten der guten Arbeitswilligen und der armen Firmenträger von vornherein Stellung genommen und so die Gegensätze noch verschärft. Und jetzt will die Verwaltung ihr merkwürdig verführendes Werk an einer Grabinschrift üben, die nur eine traurige Tatsache registriert? Wer kann da noch an die Absicht der Verwaltung, sozial ausgleichend zu wirken, glauben?

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher.
„Neue Zeit“, Heft 16.

Weiteres.

Angenehmer Aberglaube. „Was, Sie wollen jetzt noch ein vierzehntes Glas Bier trinken?“ — „Frei! mit dreizehn darf i nit hoam, mei Alte is gar so viel abergläubisch.“
„Allzu ängstlich. Chef: Wo stecken Sie denn Meyer?“ — „Rassierer (aus dem Nebenzimmer rufend): „Hier!“ — „So! Man denkt immer, Sie seien durchgebrannt. . . Sie sollten wenigstens pfeifen, so lange Sie sich im Nebenzimmer aufhalten!“
Ein lieber Gatte. „Weißt Du noch, Max, im strengsten Winter haben wir uns verlobt!“ — „Ja, mich fröstelt heute noch, wenn ich daran denke!“
Ein geeignetes Versteck. Hauptmann (zum Bauern, bei dem er einquartiert ist): „Ich muß schon sagen, Euer Gesellschaft hat einen ganz eigentümlichen Geschmack!“ — „Dees kunnt' scho' sei! Mer habe geglaubt, daß der Feind kommt, und da habe mer's im Misthaufe vergraben!“
(Aus „Weggendorfer Blätter“.)

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

IV.

Eine Woche war vergangen, und während dieser Zeit hatte der Doktor seine Abhandlung vollendet und dem Herrn von Sternau überreicht, die Lante hatte das Haus im Park gemietet und dem gutmütigen Gelehrten bei dieser Gelegenheit seinen gesamten Geldvorrat abgenommen. Es ist besser sagte sie, wenn Sie mir und Emma die Verwaltung anvertrauen und uns die Ausgaben für das Hauswesen ganz überlassen. Sie haben nur anzusehen lassen davon und keinerlei Freude. Mein lieber Mann machte mich auch zu seinem Kassenführer und hand sich sehr gut dabei. Er war so freigebig und großzügig, wie Sie es sind, bergte seinen Freunden und Bekannten, so lange er etwas hatte, und geriet darüber in eigene Schwierigkeiten. Sind Sie ein in Ihrem neuen Amte, so können Sie überhaupt sich nicht mehr mit solchen Dingen zinjassen. Gelehrte Herren wissen gewöhnlich mit Geld nicht umzugehen. Sie überlassen Ihre Einnahmen daher gern Ihren Frauen. Ich habe einen berühmten Gelehrten gekannt, der noch heute gegen Stillsitzen zu nichts kam, weil er das Geld nicht anwachte. Sie erheiratete, wurde er reich, obwohl er nun ein Haus machte, das die junge, elegante Frau übernahm die Hausverwaltung. Der Geld haben wollte, mußte sich an sie wenden, und die Studenten, welche bisher jeden ausleihen, der so dumm war den Herrn Professor zu begehren, erhielten nichts mehr frei, denn der Herr Professor mußte ihnen erklären, daß die Kollegien seiner Frau gehörten, ihre Redaktionen ihm, und daß sie sich an die Frau Professorin wenden müßten, die aber kein Erbarmen mit ihnen hatte.

So wollen wir es wenig auch machen! Nie Emma jemals Geld, wenn sie kein Arm am ihn legte.

Der Doktor schüttelte jedoch den Kopf dazu. Daß die Emma, welche ihm für ihre Dienste bezahlt werden, sagte er, noch von den Schülern sich bezahlen lassen, ist ein altes Unrecht, das rechtlich abgelehnt werden müßte, denn es erheben des Studenten rechtlichster jünger Leute. Würdest Du aber einem Studenten, der nichts bezahlt, was Tisch im Koffer legt, und nur eines lernen möchte, keine Bitte abschlagen lassen?

Schicken Sie zu mir zu mir, sagte die Lante, ich werde auch gut mit Ihnen fertig werden, wie jene Frau Professorin, die der Herr lehrer nicht kannte, denn sie sollte ihnen nichts ausgeben, daß ihre Redaktionen durchaus keine Beiträge ertragen konnten, und wer nicht Geld hat, mußte auch nicht bezahlen, sondern ein Stundlohn kassieren. Das war,

mein Lieber, habe ich neulich erst auch von unserm Cousin, dem Geheimrat von Köller, zu meiner innigen Genugung ausgesprochen hören; aber bei dieser Gelegenheit will ich Ihnen einen guten Rat erteilen. Sie haben gegen den Geheimrat einige Meinungen geäußert, welche ihm nicht gefallen haben, die jedoch ganz zu dem passen, was ich jetzt wieder von Ihnen höre.

Ich weiß nicht, was das sein könnte, antwortete der Doktor.

Sie haben davon gesprochen, daß — ich weiß nicht recht, wie Sie sich ausdrücken — allein ich glaube, Sie haben geäußert, daß die Unversitäten mit den Zeitforderungen nicht im Einklange ständen, oder hinter der Zeit zurückblieben, kurz, Sternau hat mir erzählt, daß Herr von Köller gemeint, Sie müßten sich vor Unvorsichtigkeiten hüten, und zwar besonders dem Minister gegenüber, und das meine ich auch.

O, sagte Johannes mit seinem sanften Lächeln, das ist ja nichts Neues, und man könnte wohl von dem gesamten Schulwesen dasselbe behaupten.

Aber was hilft das Behaupten, wenn man keine Macht besitzt, seine Behauptungen zur Geltung zu bringen? rief die gnädige Frau. Im übrigen sind das Dinge, die Sie nichts angehen, und verständig, wie Sie es sind, mein Lieber, werden Sie solche Äußerungen gewiß vermeiden.

Der Doktor versprach dies, am so eher, da er der Lebenslangen Lante recht geben mußte, und weil kein Respekt vor ihr sich noch vermehrt hatte. Er hatte, nachdem Hertner bei ihm gewesen, kein Kind besucht und sich davon überzeugt, daß der Knabe allerdings lebend und verändert ansah. Während dessen kehrte Emma zurück, und er konnte nicht umhin, ihr mit seinen eifrigeren Sorgen entgegenzukommen, deren Wirkungen ihn jedoch sehr erschreckten.

Die junge Frau wurde totenbleich, sie eilte in das Krankenzimmer und blieb so lange in größter Kummer, bis der Arzt kam und ihr erklärte, daß für jetzt gar keine Gefahr vorhanden sei. Frau von Grafwitz hatte dies von Anfang an versichert und wußte nun auf die unüberlegte Art, wie die arme Frau in Angst und Schrecken gesetzt worden sei.

Sie haben recht, beste Lante, sagte der Doktor demütig. Ich bin im höchsten Grade bestürzt über Emmas entsetzliche Aufregung.

Eine Mutter, denken Sie doch, eine junge, unerfahrene Mutter, die ihr Kind leidenschaftlich liebt, und der man nun plötzlich mitteilt, es sei abgestorben und elend! Wie ist es

andere möglich, als das ein so weiches, edles Gemüt außer sich gerät.

Es soll nicht wieder geschehen, es war noerilig und unbedacht, murmelte er bittend vor sich hin; doch nicht allein Hertner setzte sich in Sorge, sondern auch Marie sagte mir, daß das Kind recht krank gewesen sei, und ich hörte von Peter — vom Franz —, daß die gute Marie die ganze Nacht über an dem Bett geessen habe.

Die Frau Majorin lächelte und zuckte die Achseln. Der gleichen Leute, sagte sie, geben sich gern das Ansehen, als ob sie uns wunder wie große Dienste leisten. Sie werden mir glauben, mein Lieber, und zwar, wie ich denke, mehr glauben, als Wirtschaftserinnen und alten Bedienten, wohl auch mehr als Ihrem würdigen Onkel und seinem Geschäftsgenossen. Wenn wirkliche Gefahr ist, werde ich selbst Emma in schonendster Weise davon unterrichten, aber ich bitte Sie, ängstigen Sie mein liebes Kind nicht wieder so unnötigerweise.

Der Doktor drückte der gnädigen Lante reuenvoll die Hand, und sie sprach mit ihm über die Wohnung im Park und über die dazu nötigen Geldmittel. Sie haben also keine Antwort von dem Herrn Hertner erhalten? fragte sie.

O ja, erwiderte er, Hertner hat geschrieben, daß er im Augenblicke mir nicht dienen könne; daß er jedoch mit dem Onkel noch darüber sprechen werde, an den ich mich gleichfalls wenden sollte.

Was haben Sie darauf getan? Sind Sie bei dem Onkel gewesen?

Ich wollte heute noch an ihn schreiben, sagte Johannes verlegen.

Schreiben hilft bei Geldverlegenheiten viel weniger als hingenen und selbst handeln. Einen Brief beantwortet man mit einigen Entschuldigungen; im übrigen ist es wenig hilfreich von dem Herrn Stadtrat, daß er sich so gar nicht um uns kümmert, von Hertner aber ist es auffallend — ich weiß nicht, wie ich es nennen soll — impertinent, Ihnen zu antworten, er könne Ihnen nicht dienen. Er wirtschaftet mit Ihrem Gelde. Wissen Sie denn, wie er überhaupt wirtschaftet? Was haben Sie denn für Sicherheit? Ich würde mein Vermögen nicht einem Fabrikanten überlassen, einem Spekulant. Wenn er Ihnen nicht einmal dreitausend Taler zahlen kann, wie muß es denn überhaupt mit ihm stehen?

Hertner ist ein ausgezeichnete industrieller Kopf, erwiderte der Doktor. Der Onkel vertraut ihm ja noch viel mehr an.
(Fortsetzung folgt.)

Saison-Ausverkauf

Es gelangen große Posten zu enorm billigen Preisen zum Verkauf:

Teppiche □ Gardinen □ Möbelstoffe □ Portieren □ Tischdecken
Chaiselonguedecken □ Reisedecken □ Schlafdecken □ Bettdecken
Steppdecken □ Felle - Kopfstücke □ Bettvorlagen □ Strohteppiche
Läuferstoffe □ Wollläufer □ Kokosläufer □ **Orient-Teppiche**
Kissen □ Gobelins

In allen Artikeln die größte Auswahl am Platze.

Gardinen-Reste □ Möbelstoff-Reste □ Läufer-Reste
noch besonders herabgesetzt.

Einzelne Garnituren Portieren in Leinen, Tuch und Velvet
für die Hälfte des Wertes.

Tapeten □ Tapeten-Reste, vorjährige Muster spottbillig.

Jedes Stück wird aus dem Fenster genommen.

Trotz enorm ermässigter Preise rote Lubeca-Marken oder 4 Prozent in bar.

Schwanner & Heeschen

Königstrasse 69-71-73.

 Empfehle prima
junges kernfestes
Fleisch sowie aus-
nahmsweise dicke Flomen,
schöne Bratenstücke, schönes
Suppenfleisch, schönes Beefsteak
frisches Gehacktes, sowie sämt-
liche Wurstsorten in bekannter
Güte

H. Bibow,
15 Krähenstr. 15.
Telephon 2401. (448)

Holentelle

Kanin, Warden, Zitis, Fuchs usw.,
sowie Pferdehaare kauft zu höchsten
Tagespreisen. (65)

D. Wagner, Holstenstr. 8.

Hasenfelle

Kanin, Fuchs, Warden, Zitis usw.

Pferdehaare

Mähnen, Kutschweiffhaare
kauft zu höchsten Preisen
J. L. Würzburg, Wahnstr. 22a.

Gottfried Stamer

Genin bei Lübeck. 398
Kolonial- u. Fettwarenhöl.
Tabak u. Zigarren.
Brot und Stäbchenbrot.
Braune Kuchen u. Pfefferkuchen
von der Genossenschafts-Bäckerei.

Holzpanntoffel-Fabrik

en gros en detail

Joh. Stamer

Lübeck, Moislinger Allee 168
empfehl. (397)

Holzpanntoffel in all. Größ.

Schönes trockenes
Buchen-Abfallholz
ab Fabrik 80 Pf. und frei Haus
1 Mt. pro Sad. (4)
F. E. Schacht & Co.,
Tel. 299. Moislinger Allee 21.

Freitag, Sonnabend u. Sonntag

die letzten Tage unseres diesjährigen

Inventur-Ausverkaufs

Einzelne Kostüme :: Mäntel,
Kleider, Blusen, Kostümröcke,
Morgenröcke :: Unterröcke,
sowie Pelzwaren

sind nochmals im Preise ermäßigt.

Gebr. Hirschfeld

Modehaus für Damen- u. Kinderkonfektion

450

Johannes Holst

Markt 6. Kohlmarkt 6.
Westr. Lederhof. 245 295 375 475
Blaue Schlosser-Sofen u. Sack
148 185 240 280
Blau Pilot-Sofen 245-595
Halbstiel, prima Rindleder,
Raar 995
Arbeiter-Spangenschuhe
Raar 450 595
Sämtliche Manufakturwaren,
Schuhwaren sehr billig.
Rote Rabattmarken. 59

(61) Hans Köpper

 Goldschmied
und Graveur
Lübeck
4 Sandstraße 4

Die Arbeitsgarderoben

Bahr & Umlandt

— Breite Straße 31 —
sind anerkannt preisw. u. haltbar.
Zwirnhosen . . 1.40 bis 3.50
Bürohosen . . 2.50 bis 5.50
Maurerhosen . . 2.90 bis 7.50
Gen. Cordhosen 4.00 bis 9.50
Schlosseranzüge 2.80 bis 5.00
Klapp- u. Bauchhosen in allen
Qualität u.
Trotz der billigen Preise
rote Lubecamarken. (60)

Fahrrad- und

Nähmasch.-Rep.-Werkst.

Alle Fabrikate werden sachgemäß u.
billig ausgeführt unter prompter Be-
dienung. Email-, Bernia, bill. u. gut
(63) Carl Heynert, Lübeck,
Moisl. Allee 6a. Fernspr. 352.
Achtung Radfahrer! (64)
Schmidt's Prima Löwenpneumatik
ist das beste und billigste.
Karbon zu billigsten Tagespreisen.
H. A. Hill Nacht, Johannistr. 9.

Betten, Bettfedern

u. a. Betten-Artikel

kaufen Sie billig und reell bei
Markt **Otto Albers** Kohlmarkt
4. 10.
3. B. kompl. Betten v. 12.50 Mt. an.
Federn per Wfd. v. 45 Pf. b. 4 Mt.
(62) Rote Lubeca-Marken.

F. Meyers Schuhwarenhaus

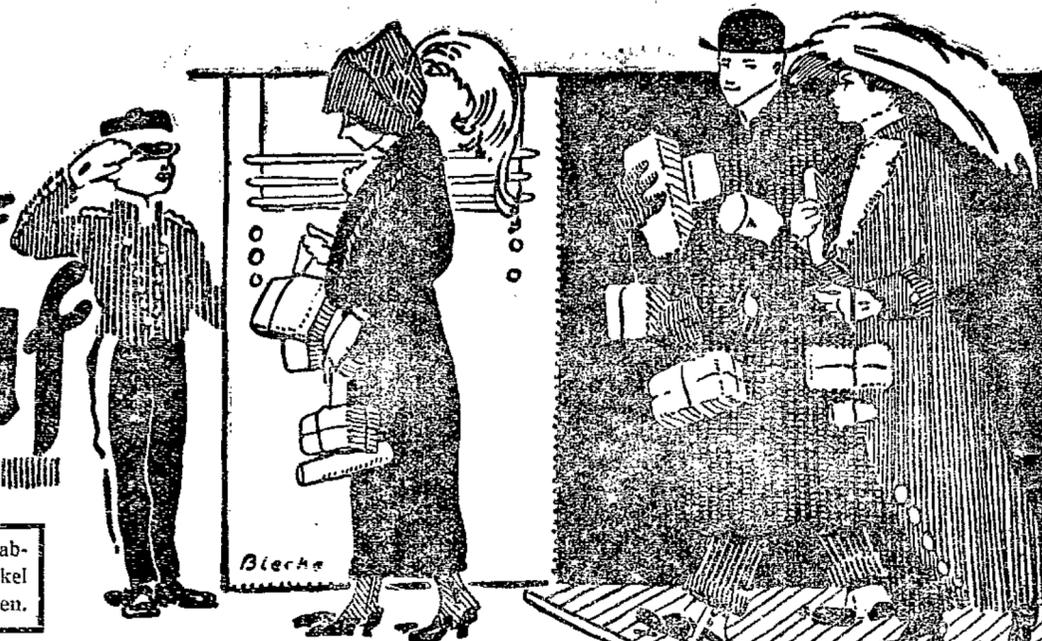
Hüxterdamm 2. (439)

Inventur-Ausverkauf.

Preise teilweise bis zur Hälfte ermäßigt. Nur kurze Zeit.

Bitte Schaufenster zu beachten.

Inventur-Ausverkauf



Das ganze Warenlager, ohne Rücksicht auf den Artikel, gelangt zu herabgesetzten Preisen zum Verkauf. Die Preisherabsetzungen auf Ausverkaufs-Artikel sind gewaltig. Rabattmarken werden während des Ausverkaufs nicht gegeben.

DAMEN-KONFEKTION.

Kostüme regulär 28.50 bis 55.00
jetzt 12⁵⁰ 16⁵⁰ 23⁵⁰ 29⁵⁰

Farbige Paletots regulär 8.75 bis 32.00
jetzt 2⁸⁵ 6⁹⁵ 9⁵⁰ 14⁷⁵

Schwarze Paletots regulär 19.50 bis 44.00
jetzt 6⁹⁵ 14⁷⁵ 17⁸⁵ 24⁵⁰

Abendmäntel regulär 29.50 bis 45.00
jetzt 14⁷⁵ 17⁸⁵ 19⁵⁰ 22⁵⁰

Kostümröcke regulär 3.20 bis 23.50
jetzt 1⁹⁵ 5⁶⁵ 9⁸⁵ 12⁷⁵

Enormer Posten
Reste in Wolle u.
Waschstoffen
für Kinderkleider, Blusen, Kostüm-
röcke und ganze Kleider geeignet
mit
50%
auf die bereits herabgesetzten blauen
Preise, also
für die Hälfte
des sonstigen Restpreises.

Farb. u. schwarze Kleider regulär 29.50 bis 95.00
jetzt 14⁷⁵ 19⁸⁵ 37⁵⁰ 45⁰⁰

Tüll- u. Batistkleider regulär 18.50 bis 47.50
jetzt 9⁷⁵ 14⁷⁵ 17⁸⁵ 24⁵⁰

Seidene Blusen regulär 12.50 bis 22.00
jetzt 3⁸⁵ 4⁹⁵ 8⁹⁵ 9⁸⁵

Tüll-Blusen regulär 12.00 bis 24.50
jetzt 4⁹⁵ 7⁹⁵ 9⁸⁵ 10⁹⁵

Woll-Blusen regulär 8.95 bis 13.50
jetzt 2⁹⁵ 3⁸⁵ 4⁹⁵ 5⁶⁵

Enormer Posten **Kinder-Kleider** in den Größen 45—105

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V	Serie VI
2.65	3.75	4.75	6.75	8.75	11.50
sonst 3.45	sonst 4.95	sonst 7.25	sonst 8.95	sonst 13.50	sonst 22.50

Enormer Posten **Herren-Anzüge**

Serie I	Serie II	Serie III
12 ⁵⁰	18 ⁵⁰	26 ⁷⁵
früher 25.00	35.00	45.00

Enormer Posten **Knaben-Anzüge**

Serie I	Serie II	Serie III
4.00	6.00	8.00
früher bis 8.00	10.50	12.50

Enormer Posten **Herren - Paletots und Ulster**

Serie I	Serie II	Serie III
19.50	24.50	29.50
regulär 28.00 bis 45.00 M.		

Enormer Posten **Buckskin-Herren-Hosen**

Serie I	Serie II	Serie III
2.95	3.95	5.65
regulär 3.95 bis 8.75 M.		

Ca. 2000 Mtr. Gardinen

Posten I	Posten II	Posten III	Posten IV
45 ³	62 ³	85 ³	1.10
früh. bis 65 ³	früh. bis 85 ³	früh. bis 1.25	früh. bis 1.60

in weiß, crème und elfenbein, besonders gute Qualität, in nur neuen, modernen Dessins per Meter

3 Serien **Damenhemden u. Beinkleider**

Serie I	Serie II	Serie III
1.28	1.95	2.35
sonst bis 2.00 3.25 4.50		

3 Serien **weiße Bett-Bezüge**

Serie I	Serie II	Serie III
3.35	4.25	4.95
sonst bis 4.95 5.95 7.25		

3 Serien **Augendrell-Handtücher**

Serie I	Serie II	Serie III
3.65	5.95	6.45
regulär pro Dtz. 4.50 bis 7.85 pro Dtz. Stück 32 ³ St. 50 ³ St. 55 ³		

Kleiderstoffe 90/110 cm breit
jetzt pro Meter 95³ 1.15 1.65 2.25
regulär 1.30 bis 3.50

Blusenstoffe 70/95 cm breit
jetzt pro Meter 1.25 1.45 1.95 2.35
regulär 1.80 bis 4.25

Kostümstoffe 110/130 cm br.
jetzt pro Meter 1.65 3.45 3.75 4.25
regulär 2.65 bis 6.50

Enormer Posten
weiße Bettsatins 190/140 cm breit
herausragende gute Qualitäten

sonst pro Meter	83 ³	1.20	1.30	1.40	1.50
jetzt pro Meter	75 ³	90 ³	98 ³	1.05	1.20

Die noch vorrätigen **Damen-Winterhüte** jetzt zu jedem annehmbaren Preis.

Ca. 2500 Meter
Hemdentuch 82 cm breit
mittelfädige Qualitäten

sonst pro Meter	55 ³	68 ³	78 ³
jetzt pro Meter	38 ³	48 ³	58 ³